

Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland

Wolfgang Schoeller, Willi Semmler, Jürgen Hoffmann, Elmar Altvater

2. Teil: Versuch einer Darstellung der empirischen Verlaufsform der Kapitalakkumulation

1. Einleitung: Gliederung und Grenzen der Darstellung

In PROKLA 13 hatten wir im ersten Teil dieses Aufsatzes vor allem die methodischen Probleme erörtert, die sich bei der Analyse der Entwicklungstendenzen eines kapitalistischen Landes stellen. Wir haben darin versucht, das Verhältnis zwischen Marxschen Kategorien und den Begriffen der uns zur Verfügung stehenden bürgerlichen Statistik zu bestimmen, die Aussagefähigkeit von Indikatoren der erscheinenden Oberfläche für zugrundeliegende Gesetzmäßigkeiten zu erörtern, die Problematik der Analyse eines kapitalistischen Nationalstaats im Zusammenhang der Weltmarktentwicklung herauszustellen. Im folgenden 2. Teil des Aufsatzes wenden wir uns der historischen Analyse selbst zu. Historische Analyse kann allerdings nicht heißen, daß nun in allen Einzelheiten der tatsächliche Verlauf des Prozesses der Kapitalakkumulation, das heißt auch der Reproduktion des Kapitalverhältnisses, also des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital in allen seinen Dimensionen, dargestellt würde. Wir haben uns selbst eine Beschränkung auferlegt, insofern einzelne Aspekte der Kapitalentwicklung ausführlicher als andere behandelt werden; manche werden sogar ganz aus unserer Darstellung herausfallen, nicht deshalb, weil sie uns unwesentlich erscheinen, sondern, weil wir die Probleme nur schrittweise aufzuarbeiten vermögen. Es wird weiteren Arbeiten überlassen, darauf konzentriert einzugehen.

Dies ist natürlich mißlich, gerade wenn es darum geht, politische Konsequenzen aus einer analytischen Einschätzung zu ziehen. Dennoch meinen wir, daß unsere Analyse in der Lage ist, den Rahmen zu umreißen, in dem sich die Kapitalentwicklung in den nächsten Jahren bewegen wird, in dem sich also auch die taktischen Überlegungen der Organisationen der Lohnarbeiterklasse vollziehen. Es wird uns dabei vor allem darum gehen, den in der westdeutschen Linken zumeist sehr unspezifisch benutzten Begriff von den „Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals“, die diesem Sprachgebrauch gemäß meistens „wachsen“ und „sich verschärfen“, zu verdeutlichen. Zu diesem Zweck wird der Hauptgegenstand dieses Artikels eine eingehende Untersuchung der Entwicklung der *Profitorate* des westdeutschen Kapitals, der auf sie Einfluß nehmenden Faktoren und ihrer Bedeutung für die Kapitalakkumulation sein. Es werden also im wesentlichen die das Kapitalverhältnis bestimmenden objektiven Entwicklungstendenzen untersucht, wohingegen die Bedingungen der Entfaltung der Arbeiterklasse nur am Rande in diesem Artikel gestreift wer-

den (1).

Die Gliederung dieses Artikels folgt zum Teil der Chronologie der Entwicklung, zum Teil richtet sie sich nach systematischen Gesichtspunkten. Bei der Untersuchung der Entwicklungstendenzen der Profitrate gehen wir chronologisch vor, indem wir die sich auf der Grundlage des allgemeinen Trends (vgl. Schaubild 3) abzeichnenden Phasen in ihrer historischen Aufeinanderfolge untersuchen. Nach der Darstellung der allgemeinen Entwicklungsbedingungen werden wir die Rolle der Integration des westdeutschen Kapitals in den Weltmarkt herausarbeiten. Daran anschließend werden einige Bemerkungen zur Rolle des Staates im Entwicklungsprozeß des westdeutschen Kapitalismus gemacht; in diesen letzten Teilen wird nur eine Grobeinschätzung von uns vorgelegt, die in weiteren Arbeiten verfeinert werden wird. In einem der nächsten PROKLA-Hefte wird zu diesem Zweck ein Erklärungsversuch der gegenwärtigen Inflation veröffentlicht.

Wir beschränken also die Reichweite unserer Untersuchung bewußt auf die Analyse der wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Profitrate und der Konsequenzen ihrer Veränderungen für die Bewegung der Kapitalakkumulation. Wenn wir im folgenden versuchen, die kapitalistischen Entwicklungstendenzen mit empirischem Material nachzuzeichnen, so wollen wir damit natürlich nicht die Marxsche Theorie *empirisch* beweisen. Denn die Formen der Wertbewegung sind nicht im Sinne positivistischen Wissenschaftsverständnisses operationalisierbar, empirisch testbar und anhand des vorliegenden statistischen Materials belegbar (1a). Die Wertkategorien, um

- 1 Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die verschiedenen in der PROKLA veröffentlichten Arbeiten des Redaktionskollektivs Gewerkschaften. Vgl. auch die jüngste Veröffentlichung des Projekts Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Zweiter Teil: Grundriss der Klassenverhältnisse (1950 bis 1970), Westberlin 1974. Diese Arbeit erschien kurz vor Redaktionsschluß dieses Aufsatzes, so daß es nicht möglich ist, darauf ausführlich einzugehen. Während das Projekt Klassenanalyse (PKA) versucht, die Klassenverhältnisse und deren innere Gliederung entsprechend den von Marx abgeleiteten verselbständigten Formen anhand des Materials der bürgerlichen Statistik darzulegen und dabei den strukturellen Aspekt herauskehrt, gehen wir bei unserer Untersuchung von der Akkumulationstheorie aus. Die Bemerkungen des PKA zur historischen Entwicklung der Kapitalakkumulation (S. 49–65) in Deutschland/Westdeutschland sind übrigens ebenso unzureichend wie unsere Hinweise auf die Konsequenzen sich entfaltender Widersprüche der Kapitalakkumulation für die Klassengliederung der Gesellschaft.
- 1a Vgl. zum Verhältnis von Theorie und Empirie neuerdings Friedrich Eberle und Eike Hennig, Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie und Empirie, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 2, Frankfurt 1974, S. 7–110. Indem sie die Darstellung des ‚Kapital im Allgemeinen‘ der ‚Strukturgeschichte‘ und die politischen Schriften von Marx der ‚Ereignisgeschichte‘ zuschlagen, und zwischen beiden ‚Geschichten‘ auf der Grundlage der Marxschen Theorie keine Verbindungsmöglichkeit sehen, müssen sie alle Versuche der Vermittlung von Wertbewegung und ihren notwendigen sowie historischen Erscheinungsformen von vornherein als hoffnungslos erklären. Damit aber definieren sie die Marxsche Theorie de facto als irrelevant für das Begreifen historischer Ereignisse oder gar die Begründung politischer Taktiken. Ihr Vertrauen auf bürgerlichen Empirismus ergänzt sich auf diese Weise mit der Rekonstruktion eines elfenbeinernen ‚Marxismus‘. Am Schluß des langen Aufsatzes geben sie zu, „zu sehr auf Verdacht zu zweifeln“. Trotz des in vielen Punkten ungerechtfertigten Verdachts, haben sie mit ihrem Appell, „die zentralen methodischen Fragen in die Versuche zur Rekonstruktion der Marxschen

die es uns hier geht, und mit denen allein die Widersprüchlichkeit des historischen Akkumulationsprozesses in Westdeutschland auf den Begriff gebracht werden kann, können nur illustriert werden. Die eigentliche Schwierigkeit dabei besteht darin, die Illustration anhand systematisch und sinnvoll ausgewählter Kategorien und Materialien durchzuführen, und das empirische Material der bürgerlichen Statistik sinnvoll anhand der Marxschen Theorie zu interpretieren.

So kommt es, daß wir uns in dieser Darstellung sozusagen auf „doppeltem Boden“ bewegen: Indem wir das empirische Material der bürgerlichen Statistik benutzen, befinden wir uns ganz in der Begrifflichkeit der bürgerlichen Ökonomie; bei der Ableitung von Tendenzaussagen hingegen legen wir die Marxsche Theorie zugrunde. Dieses Vorgehen läßt sich nicht vermeiden; im ersten Teil dieses Aufsatzes (PROKLA 13) haben wir dafür eine Begründung gegeben (1b). Unsere wichtigste These, die wir in PROKLA 13 eingehend begründet haben, ist die Annahme von der über längere Zeiträume gleichen Bewegungsrichtung der auf der empirisch meßbaren Oberfläche erscheinenden Wertkategorien. Uns geht es daher nicht darum, z. B. die aktuelle Größe der Profitrate auszurechnen. Wenn wir allerdings eine dazu korrespondierende Größe in der bürgerlichen Statistik die Entwicklung der Kapitalrentabilität berechnen, dann kann man für jedes Jahr eine exakte Prozentzahl angeben. Diese Prozentzahl hat mit der aktuellen Höhe der Profitrate nur annäherungsweise etwas zu tun. Dennoch gehen wir davon aus, daß die Bewegungsrichtung der Kapitalrentabilität im großen und ganzen auch die Bewegungsrichtung der Profitrate bezeichnet. Unter diesem Aspekt scheint uns die Berechnung der Kapitalrentabilität wichtig zu sein: sie ergibt Aufschluß nicht über die aktuelle Größe, aber doch über die **Bewegungsrichtung** der Profitrate.

Ähnliches läßt sich sagen für die *Komponenten* sowohl der Profitrate als auch der Kapitalrentabilität. Bei Berücksichtigung der vorgetragenen Eingrenzungen – nur die Bewegungsrichtung von Wertkategorien angeben zu wollen – lassen sich für die auf die Profitrate einwirkenden Komponenten „korrespondierende“ Kategorien in der bürgerlichen Statistik finden. Wenn wir im folgenden die korrespondierenden Begriffe auflisten, dann nur mit der Warnung, daß es sich dabei keineswegs um Transformationen von Marxschen Begriffen in bürgerliche handelt. Die Marxsche Theorie ist nicht ein gegenüber der bürgerlichen Theorie anderes wissenschaftliches Sprachsystem, das in die bürgerliche Wissenschaftssprache einfach übersetzt werden könnte. Die Marxsche Theorie ist ja gerade Kritik dieser

Theorie endlich (!) einzuschließen“, recht. Uns scheint nur dies „endlich“ ein wenig übertrieben zu sein. Denn die Diskussion über das Verhältnis von Wesen und Erscheinung, über die Ableitung der Oberfläche, über die Brauchbarkeit statistischer Indikatoren usw., wie sie (in oftmals polemischer Form) innerhalb der westdeutschen Linken seit längerer Zeit geführt wird, ist gerade die geforderte Diskussion der zentralen methodischen Fragen. Nur nehmen die Verfasser trotz einer überwältigenden Literaturschau davon in keinsten Weise Kenntnis.

- 1b Ähnliche Schwierigkeiten haben auch das Projekt Klassenanalyse, a. a. O. und Helmut Zschocke, Kapitalstruktur und Kapitalverwertung in der BRD-Industrie, Berlin (DDR) 1974, dessen Ansatz ähnlich dem unseren auch akkumulationstheoretisch orient ist. Darauf werden wir im Laufe des Textes noch an einigen Stellen eingehen.

Wissenschaft, insbesondere der bürgerlichen Ökonomie (1c). Die historische Analyse der Bewegung der kapitalistischen Ökonomie kann nun aber nicht darauf verzichten, zur Bestimmung dieser Bewegung als eines empirisch faßbaren Prozesses auf der Grundlage des statistischen Materials die Widerspruchsmomente und die Bewegungsrichtung der Kapitalakkumulation herauszuarbeiten.

Wenn wir dies alles berücksichtigen und außerdem die Einschränkungen in PROKLA 13 nicht vergessen, dann können die Bewegungen – nicht die absoluten Größen – folgender statistischer Kategorien als Indikatoren für Kategorien der Wertbewegung benutzt werden: Die Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen pro Arbeitsplatz $\frac{K}{L}$) indiziert in etwa die technische Zusammensetzung des Kapitals; die Kapitalproduktivität (Nettoproduktionswert ins Verhältnis gesetzt zum Bruttoanlagevermögen – Y/K) indiziert das Verhältnis von lebendiger zu toter Arbeit ($v+m/c$); die Arbeitsproduktivität (Nettoproduktionswert pro Arbeiter – Y/L) indiziert die Produktivkraft der Arbeit; die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Nettoproduktionswert – $\frac{W}{Y} = w$) indiziert den Anteil der Arbeiterklasse am von ihr erzeugten Wertprodukt ($v/v+m$) – wobei von der Unterscheidung zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern zunächst abstrahiert ist; das Verhältnis von Profiten und Löhnen (nämlich $1-w/w$) indiziert die Mehrwertrate. Und schließlich: die Kapitalrentabilität ($\pi = \frac{Y/L(1-w)}{K/L}$)

indiziert die Profitrate ($p' = \frac{m/v}{1+c/v}$)

Wir betonen noch einmal, daß hiermit *keine Transformationen* vorgenommen werden sollen, sondern lediglich die allein meßbaren Bewegungen der bürgerlichen Kategorien Aufschluß darüber geben können, wie sich die Wertbewegung selbst vollzogen hat. Dies impliziert aber eine weitere Schwierigkeit, nämlich die sprachliche Bewältigung dieser beiden Ebenen bzw. Kategoriensysteme. Wir haben uns bemüht, immer dann die Marxschen Kategorien zu gebrauchen, wenn wir eine Interpretation der Wertbewegung zu geben versuchen; wir benutzen immer dann die Begriffe der Statistik, wenn wir statistische Indikatoren für Entwicklungsprozesse vorstellen und interpretieren. Diese scharfe Trennung läßt sich jedoch nicht in allen Passagen der Darstellung durchhalten.

Mit dem empirischen Nachweis, daß die Kapitalrentabilität in Westdeutschland seit Mitte der 50er Jahre tendenziell gefallen ist, ist keineswegs die Marxsche Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate empirisch bewiesen. Darum geht es

1c Sie ist nicht nur Kritik etwa im Sinne der Ideologiekritik, sondern materialistische Kritik. Dies bedeutet, daß sie die historischen Grundlagen, auf denen bürgerliche Wissenschaft, speziell die bürgerliche Ökonomie, entsteht, in die Kritik mit einbezieht. Die Aufdeckung der Notwendigkeiten der Kategorien, in denen sich die bürgerliche Wissenschaft bewegt, geschieht durch die Analyse der inneren Natur der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer Bewegungsgesetze und Bedingungen ihrer Aufhebung. Nicht der kritische Aspekt als solcher, sondern die Tatsache, daß die Marxsche Theorie über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist, also Revolutionstheorie ist, macht sie untransformierbar in andere Wissenschaftssprachen.

uns auch gar nicht. Nur ist es auf diese Weise der empirischen Untersuchung von Entwicklungsprozessen in einem kapitalistischen Land in einem konkreten Zeitabschnitt möglich, die Entwicklungstendenzen und ihre *Widersprüche* in den Marx'schen Kategorien auf den Begriff zu bringen (2).

Damit dürfte klar sein, daß die Kontroverse über das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, sofern sich die Kontrahenten auf empirisches Material beziehen, am Gegenstand vorbeigeht. Da aber gerade die empirisch vorgehenden Kritiker des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate eine sehr starke politische Bedeutung gewonnen haben, wollen wir einleitend doch kurz darauf eingehen, ohne allerdings jene Argumente zu berücksichtigen, die die theoretische Konsistenz des Gesetzes angreifen (2a).

Bei den *empirisch orientierten Kritikern* können wir drei Argumentationslinien unterscheiden.

1. Die *erste* Position (3) geht von dem „empirischen Faktum“ einer langfristigen Konstanz der Einkommensverteilung, des Kapitalkoeffizienten (bzw. der Kapitalproduktivität) und einer entsprechenden Konstanz der Profitrate aus. Dementsprechend ist hier auch eine langfristige Konstanz der organischen Zusammensetzung des Kapitals unterstellt.

Dieser Position zufolge, die sich häufig auf empirische Trends in Westdeutschland für den Zeitraum vor 1960 beruft, neigt jede Abweichung von den postulierten konstanten Proportionen (während langfristiger Akkumulationsphasen oder während des industriellen Zyklus) dazu, durch entsprechende Gegenreaktionen die alten Proportionen wiederherzustellen.

Auf eine angebliche empirische Konstanz dieser makroökonomischen Größen beruft sich etwa Schmitt-Rink in seiner Kritik am Gesetz der fallenden Profitrate, wenn er schreibt: „Marx Annahme, daß der Kapitalkoeffizient im Zuge des Mechanisierungsprozesses steigt, daß die Kapitalproduktivität sinkt – will sagen: daß die Kapitalintensität stärker steigt als die Arbeitsproduktivität –, wird durch die verfügbaren Ergebnisse empirischer Erhebungen widerlegt: Der Kapitalkoeffi-

2 Dieser Anspruch bedarf zweier wichtiger Einschränkungen: Erstens werden mit einer Darstellung der historischen Verhältnisse in einem kapitalistischen Land theoretische Kontroversen nicht entschieden. Zweitens ist selbst unsere empirische Darstellung noch begrenzt. Wenn wir beispielsweise die Profitrate berechnen, dann benutzen wir vor allem Zahlen aus der Industrie. Die Branchenprofitraten in anderen Bereichen der Ökonomie werden hier nicht berechnet. Mit diesem Vorgehen aber wird von den Ausgleichsbedingungen zur Durchschnittsprofitrate, von möglichen Wertübertragungen zwischen den Sektoren, abstrahiert. Darüber hinaus haben wir hier noch keine Überlegungen angestellt über die Besonderheiten der Situation des westdeutschen Kapitals gegenüber anderen kapitalistischen Ländern. Um einen befriedigenden Überblick über die Tendenzen der Kapitalakkumulation zu erhalten, wäre dies aber notwendig. Schon aus diesen Einschränkungen ergibt sich die Notwendigkeit, vor Überinterpretationen des von uns vorgelegten und analysierten Materials zu warnen.

2a Stellvertretend seien hier erwähnt: Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln-Deuz 1959 und Natalie Moszkowska, Das Marx'sche System – Ein Beitrag zu dessen Ausbau, Berlin 1929

3 Diese Position vertritt vor allem die Cambridge-Schule. Vgl. die Arbeiten von Joan Robinson und Nicholas Kaldor.

zient, die Kapitalproduktivität, beweist bemerkenswerte Konstanz“ (4). Diese „Konstanz“ gilt freilich nur – wie wir noch zeigen werden bis zur ersten Hälfte der 60er Jahre. Die „empirischen Erhebungen“ zeigen für die 60er und 70er Jahre keineswegs mehr eine Konstanz dieser Größen. Schefold seinerseits will die empirische Konstanz von Einkommensverteilung und Profitrate mit dem Argument einsichtig machen, daß „die Klassen sich irgendwie darauf ‚geeinigt‘ haben“ (5). Die Tendenz zur Konstanz der Proportionen ergibt sich bei Schefold – der mit seinen Argumenten an die Cambridge-Schule anknüpft – dadurch, daß die Unternehmer immer eine „befriedigende Profitrate“ durchsetzen. Steigt etwa im Boom die organische Zusammensetzung und die Lohnquote (durch Verknappung von Arbeitskräften) und sinkt daher die Profitrate, so lassen die Investitionen nach, weil die Profitrate nicht mehr als „befriedigend angesehen wird“. Die Stagnation bereitet umgekehrt wieder eine hohe Profitrate vor, so daß solange gewartet wird, bis die Bedingungen für eine befriedigende Profitrate wieder heranreifen. Sinkt andererseits die Profitrate infolge eines schneller als die Produktivität steigenden Reallohns, „so fällt die Profitrate entweder gleich, eine Krise auslösend, oder es wird plausibel, daß die organische Zusammensetzung steigen muß, was nur ein anderer Ausdruck für einen stattfindenden Substitutionsprozeß, der . . . schließlich doch im Fall der Profitrate und der Krise münden muß“ (6). Weder der Verweis auf die angeblich empirische Konstanz der Komponenten der Profitrate noch die theoretischen Erklärungen der Gegenreaktionen, die nach Abweichungen die Konstanz der Proportionen wieder herstellen sollen, scheinen uns ein ausreichendes Fundament zu haben. Daß die empirischen Fakten gegen diese Konstanz sprechen, werden wir noch zeigen. Darüber-

- 4 G. Schmitt-Rink, Kapitalintensität und Kapitalrentabilität im Marxschen Modell. Über Konsistenz und Relevanz des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, in: Schmollers Jahrbuch 1967, S. 139
- 5 B. Schefold, Wert und Preis in der marxistischen und neokeynesianischen Akkumulationstheorie, in: Mehrwert, Heft 2, 1973, S. 164
- 6 B. Schefold, a. a. O., S. 165 f. Hinter dieser zunächst einleuchtenden Überlegung steht ein sehr formalistisches Modell vom kapitalistischen Akkumulationsprozeß. Danach werden in der Krise immer wieder die *alten* (Wert)verhältnisse wiederhergestellt – auch wenn zugegeben wird, daß sich die stofflichen, produktionstechnologischen Verhältnisse durchaus zu ändern vermögen. Demgegenüber halten wir es mit Eugen Varga, der schreibt: „Die Wiederholung der Zyklen bedeutet aber nicht die Aneinanderreihung von qualitativ gleichartigen Vorgängen. Der neue Zyklus ist zugleich eine Stufe in der Geschichte des Kapitalismus, die ihn um ein Stück seinem Ende entgegentreibt. Jede Krise vernichtet eine große Zahl von kleinen Kapitalisten, bedeutet einen weiteren Fortschritt der Zentralisation: jeder Aufschwung bedeutet eine große Neuanlage von fixem Kapital . . .“ Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt und Wien 1969, S. 208. Schefold vernachlässigt die Unterscheidung von kapitalistischem Entwicklungsgesetz, seiner tendenziellen Durchsetzung und der zyklischen Verlaufsform der Tendenzen. Dies letztere wird von ihm hypostasiert. Der Kapitalismus gewinnt dadurch Ewigkeitscharakter, da er ein sich selbst notwendigerweise stabilisierendes System ist. Politische Konsequenzen, die auch Schefold genau wie die anderen Vertreter der Cambridge-Position ziehen, bleiben notwendig moralisch. Ausführlich kritisiert diesen Aspekt Robert Rowthorn, Marxism and the Capital Theory Controversy, in: Bulletin of the Conference of Socialist Economists, 2,2 Autumn 1972, S. 22 ff.

hinaus kann die theoretische und empirische Fragestellung in bezug auf den *kapitalistischen* Akkumulationsprozeß nicht diejenige nach der *Konvergenz* zur gleichgewichtigen Reproduktion sein (eine typische Frage der bürgerlichen Gleichgewichtstheorie), sondern es geht um die Klärung jener Tendenzen, die gerade *Ungleichgewichte* und *Widersprüche* im kapitalistischen Reproduktionsprozeß produzieren.

2. Eine *zweite* Position, für die Gillman repräsentativ ist (7), bezweifelt die Marx'schen Darlegungen zur *wachsenden organischen Zusammensetzung* des Kapitals in empirischer Hinsicht auch für alle Phasen der kapitalistischen Entwicklung zutreffend seien. Gillmans Untersuchung, die im Grunde auf den Hypothesen einiger amerikanischer Ökonomen (wie etwa Kuznets) beruht, denen zufolge der amerikanische Wachstums- und Akkumulationsprozeß seit den 20er Jahren vorwiegend durch einen kapitalsparenden technischen Fortschritt bestimmt gewesen sei, ist die gründlichste empirische Untersuchung dieses Problems. Gillman kommt darin zu dem Schluß: „Während Marx' Gesetz von der fallenden Tendenz der Profitrate für den Kapitalismus in seinem Stadium der raschen Entwicklung und Mechanisierung galt, hört seine Gültigkeit schrittweise auf, oder es behauptet sich nur schwach, wenn die Industrie sich voll entwickelt und mechanisiert. Dies muß so sein, würde das Argument lauten, weil die Transformation des Kapitalismus vom Handwerk auf seine industrialisierte Stufe – von der *Hand* in die *Maschinenfabrikation* – gleichzeitig seine Transformation von der kleinen, unter Wettbewerbsbedingungen stehenden Position zur weitgehend monopolistischen Großproduktion bedeutet. Herrschen einmal diese Bedingungen, nehmen die entgegenwirkenden Tendenzen von den Marx sprach, eine neue, qualitative Intensität an. Neue Formen von Innovationen im technologischen und Lenkungsbereich der Wirtschaft sind entwickelt worden, wodurch sich die Rate des Mehrwerts erhöht hat, ohne daß eine quantitative Erhöhung des konstanten Kapitals wie in der Vergangenheit dazu geneigt hätte, die organische Zusammensetzung des Kapitals zu erhöhen“. Gillmans Hauptargument gegen eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung seit den 20er Jahren ist also die „Möglichkeit der Produktion eines zusätzlichen Mehrwerts ohne eine entsprechende Ergänzung des investierten Kapitals“ (8).

In der bürgerlichen Definition des technischen Fortschritts hieße dies: Erhöhung des Outputs oder der Arbeitsproduktivität ohne Steigerung des Kapitaleinsatzes pro Arbeitskraft (neoklassische Definition) oder Erhöhung des Outputs ohne Steigerung des Kapitaleinsatzes pro Outputeinheit (postkeynesianische Definition). Wir kommen unten bei Analyse der Kapitalentwicklung in der BRD auf dieses Problem nochmals zurück. In der Tat sind denn auch eine Reihe von Untersuchungen amerikanischer Ökonomen vorgelegt worden, die eine Tendenz zum kapitalsparenden technischen Fortschritt seit den 20er Jahren in den USA festgestellt haben wollen.

7 J. M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt und Wien 1969

8 J. M. Gillman, a. a. O., S. 73

In den Marx'schen Begriffen bedeutet die These Gillmans: Steigerung der Produktivität der Arbeit (und dementsprechend der Mehrwertrate) ohne Zunahme der toten Arbeit im Verhältnis zur lebendigen Arbeit $\frac{c}{v+m}$, bzw. ohne Zunahme der organischen Zusammensetzung c , wenngleich auch die technische Zusammensetzung steigen kann. Daß diese von Gillman u. a. behauptete Tendenz zu kapital-sparenden Innovationen, zu einem gleichbleibenden oder gar sinkenden Kapitalkoeffizienten (bzw. einer gleichbleibenden oder steigenden Kapitalproduktivität), nun ihrerseits nicht verallgemeinerbar ist – obwohl diese Tendenz sich phasenweise tatsächlich durchsetzen mag –, zeigt auch die empirische Entwicklung Deutschlands (Man vgl. etwa die ansteigende Kapitalproduktivität in Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise in unserem Schaubild 1 und nach dem zweiten Weltkrieg im Schaubild 2.). Diese von bürgerlichen und marxistischen Ökonomen festgestellte Art des technischen Fortschritts war tatsächlich in der Bundesrepublik in den 50er Jahren vorherrschend, verschwindet allerdings in den 60er Jahren.

3. Eine dritte Gruppe von Kritikern, die ebenfalls unausgesprochen die Konstanz der organischen Zusammensetzung im Zeitablauf voraussetzen, setzt ihre Kritik an einer anderen Komponente der Profitrate an, der *Mehrwertrate* oder der *Lohnquote*. Diesen Kritikern zufolge ist der relevante Einfluß auf die Profitrate in der Nachkriegsentwicklung (insbesondere in den 60er Jahren) nicht von dem trendmäßigen Anstieg der toten Arbeit im Verhältnis zur lebendigen Arbeit, also nicht von einem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals ausgegangen, sondern vielmehr von der Veränderung der *Verteilungsverhältnisse* zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten der Lohnarbeiter. (Diese Position wird vehement von Glyn/Sutcliffe in ihrem Buch „Die Profitklemme“ vertreten – in PROKLA 14/15 sind wir bereits darauf eingegangen) (9). Anhand unserer Formel für die Profitrate und die Kapitalrentabilität (vgl. PROKLA 13 und weiter unten) ist diese Argumentation leicht nachvollziehbar. Sinkt etwa die Mehrwertrate in unserer Formel für die Profitrate, so muß die Profitrate sinken, oder in den statistischen Begriffen ausgedrückt, steigt etwa der Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen bzw. die gesamtwirtschaftliche Lohnquote, so muß die Kapitalrentabilität sinken. Die Lohnstreiks der Arbeiter und die gestiegene Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit werden in dieser Interpretation zur unmittelbaren und entscheidenden Ursache der sinkenden Kapitalverwertung. Vorausgesetzt ist hier freilich, daß eine reale Umverteilung des Einkommens zu ungunsten des Profitanteils durch *Lohnstreiks* und *Geldlohnforderungen* erreicht werden kann.

Das empirische Erscheinungsbild eines zunehmenden Lohnanteils am Nettoproduktionsvolumen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Westdeutschland scheint diesen Kritiken zunächst recht zu geben. Der Anstieg des Lohnanteils am Nettoproduktionsvolumen scheint tatsächlich Ende der 60er Jahre mehr Ge-

9 A. Glyn und B. Sutcliffe, *British Capitalism, Workers and the Profits Squeeze*, Harmondsworth 1972, in deutsch: *Die Profitklemme*, Berlin 1974 (rotbuch)

wicht für die abnehmende Tendenz der Kapitalrentabilität zu bekommen. Abgesehen von der inflationären Verfälschung von w und abgesehen von der u. E. problematischen Gleichsetzung von Lohnquote (w) mit der Mehrwertrate, weist andererseits – und dies ist der eigentliche *langfristige* Trend, den wir noch aufzeigen werden – die Kapitalproduktivität einen kontinuierlichen Fall seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre auf. Die Kapitalproduktivität stellt zwar zunächst ein Verhältnis physischer Größen dar, kann aber nach unseren Überlegungen in Teil I als Verhältnis von Werten interpretiert werden, nämlich als Verhältnis von lebendiger zu der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Arbeit. (Umgekehrt repräsentiert der Kapitalkoeffizient das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit). Dieser Trendabfall der Kapitalproduktivität deutet daher auf einen Anstieg der toten Arbeit im Verhältnis zur lebendigen Arbeit hin und – bei Berücksichtigung der Wertveränderung der Arbeitskraft – auf einen Anstieg in der organischen Zusammensetzung (hervorgerufen durch die enorme „Kapitalintensivierung“ in der BRD). Die eigentliche längerfristige Ursache für den Trendabfall der Kapitalverwertung ist daher nicht so sehr der Anstieg des Lohnanteils am Nettoprodukt, sondern die Tatsache, daß die Produktivitätssteigerung zumindest in der BRD mit einem viel stärkeren Anstieg der Kapitalintensität und daher mit einem tatsächlichen Anstieg der organischen Kapitalzusammensetzung erkaufte wurde. Auch diese dritte Position scheint uns daher weder in theoretischer noch empirischer Hinsicht haltbar zu sein.

2. Die historischen Voraussetzungen des westdeutschen „Wirtschaftswunders“: Faschismus, zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit

Eine Analyse der Akkumulationsbewegung des westdeutschen Kapitals kann nicht ohne Berücksichtigung der historischen Voraussetzungen des schnellen Wirtschaftsaufschwungs, der sehr bald zum „deutschen Wirtschaftswunder“ ideologisiert wurde, geleistet werden. Die günstigen Bedingungen der Profitentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg, die die Grundlage für die rasche Kapitalakkumulation waren, sind durch Weltwirtschaftskrise, Faschismus, Krieg und unmittelbare Nachkriegszeit bewirkt worden. Um die Dynamik des westdeutschen Kapitalismus zu verstehen, muß man also seine Vorgeschichte untersuchen. Dies soll in diesem Abschnitt geschehen.

2.1 Die Weltwirtschaftskrise

Ausgangspunkt unserer Darstellung ist die Weltwirtschaftskrise (10), nicht nur, weil

- 10 Die Weltwirtschaftskrise gehört noch immer zu den ungeklärten Phänomenen der kapitalistischen Entwicklung in der bürgerlichen Wirtschaftsgeschichte. Es lohnt nicht, auf die diversen Theorien und historischen Darstellungen über die Weltwirtschaftskrise einzugehen. Die verschiedenen bürgerlichen Theorien sind – immanent kritisiert – sehr ausführ-

deren Bedeutung vor allem in der Tiefe der Depression und der Dauer der ihr nachfolgenden Stagnationsphase der Kapitalakkumulation zu sehen ist, sondern vor allem, weil die Krise immer einen neuen Startpunkt darstellt und die Voraussetzungen für die gesamte weitere Entwicklung – bis zur nächsten Krise – erzeugt. Hier wurde in historisch einzigartiger Weise deutlich, daß das Kapital zur Schranke seiner eigenen Entwicklung geworden ist, auch wenn dem bürgerlichen Bewußtsein diese Schranke eher als der rationalen Erklärung entzogene Katastrophe (11), denn als notwendiges Resultat der Zuspitzung der Widersprüche kapitalistischer Entwicklung erschien.

Jede zyklische Krise ist Ausdruck der gesunkenen Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals, die die Neuanlage von Kapital reduzieren. Die Ausdehnung des fungierenden Kapitals reicht dann nicht mehr aus, um die Arbeiter voll zu beschäftigen und die bestehenden Kapazitäten des als Produktionsmittel fixierten Kapitals auszulasten. So kommt es zu Arbeitslosigkeit und Unterauslastung der Produktionskapazitäten als den beiden wichtigsten Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise. In den Konsequenzen der Krise ist aber bereits die Möglichkeit der Überwindung angelegt: Preisverfall des Warenkapitals – wie in bis dahin unbekanntenen Dimensionen während der Weltwirtschaftskrise geschehen (12) –, Entwertung des angelegten produktiven Kapitals durch Konkurse, Abschreibungen (die die vollzogene Entwertung buchungstechnisch sanktionierten), selbst die physische Vernichtung von Warenlagern und Produktionsmitteln, und eine Verringerung der Auslagen für die Ware Arbeitskraft durch die lohndrückende Wirkung der millionenstarken industriellen Reservearmee mußten dazu führen, daß die Profitabilität des Kapitals wieder hergestellt werden konnte. Denn die Ausbeutungsrate konnte durch die disziplinierende Wirkung der Krise gesteigert und der vorzuschießende Kapitalwert durch Entwertungsprozesse verringert werden. Da sich so der Verwertungsgrad des Kapitals eigentlich hätte verbessern müssen, hätte auch erwartet werden können, daß der Krise ein neuer Aufschwung der Kapitalakkumulation folgen würde: Dies war jedoch in der Weltwirtschaftskrise keineswegs der Fall. Vielmehr ging sie in eine Phase der Stagnation über, die in den USA bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs andauer-

lich bei Gerhard Kroll, von der auch Gottfried Haberler (Prosperität und Depression, Tübingen und Zürich 1955) stellt die Theorien immanent dar, um sich selbst eine eklektische Mixtur zur eigenen Erklärung der Weltwirtschaftskrise zusammenzumischen. Die immer noch – nach unserer Auffassung und Kenntnis beste historische Darstellung der Bedingungen, Abläufe und ökonomischen sowie politischen Konsequenzen der Krise stammt von Eugen Varga, *Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen*, Frankfurt und Wien 1969. Darin verdienen die 1930 bis 1934 geschriebenen Aufsätze und das teilweise wiedergegebene Buch „Die große Krise und ihre politischen Folgen – Wirtschaft und Politik 1928–1934“, S. 88–370 besondere Beachtung. Vgl. auch G. Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958; M. Flamant, *Jeanne Singer-Kérel, Modern Economic Crises*, London 1970; Ernst Wagemann, *Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft*, Berlin 1931; Ch. P. Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Band 4)*, München 1973

11 Vgl. dazu G. Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923, S. 110–115

12 Vgl. dazu die statistischen Angaben in: *Statistisches Handbuch von Deutschland*, München 1949, S. 463 ff.; auch E. Varga, a. a. O.

te (13). Demnach ist es nicht nur notwendig, die Weltwirtschaftskrise zu erklären, sondern es sind auch die Gründe für die langdauernde Stagnationsperiode und deren national spezifische Überwindung zu untersuchen.

Ohne jetzt zu beanspruchen, eine alle Bedingungen berücksichtigende Erklärung der „großen Depression“ zu geben, möchten wir doch auf drei uns wesentlich erscheinende Zusammenhänge hinweisen:

Erstens hat der wachsende Anteil des Fixkapitals an dem insgesamt vorgeschossenen konstanten Kapital den Charakter der Entwertungsprozesse verändert. Die Fixierung wachsender Kapitalmassen in stofflicher Form, Kapitalmassen, die während mehrerer Umschlagsperioden in der Produktionssphäre festgelegt sind, muß zwangsläufig die Formen, in denen die Entwertung von Kapital in der Krise als Voraussetzung für die Neuanlage sich vollzieht, verändern. Das hier angesprochene Problem wird in der Betriebswirtschaftslehre allgemein mit der „wachsenden Fixkostenbelastung“ bezeichnet, die die Anpassungselastizität der Wirtschaft an wechselnde Absatzlagen verringert. Während der Krise hat schon E. Schmalenbach darauf hingewiesen. Er stellt fest, daß die ökonomischen Verhältnisse sich „im Übergang oder auf der Schwelle von der freien zur gebundenen Wirtschaft“ befinden. Er führt diesen „Systemwechsel“ auf die Verschiebung der Produktionskosten innerhalb des Betriebes zurück. „Und zwar handelt es sich darum, (. . .) daß der Anteil der proportionalen Kosten am Produktionsprozeß kleiner und der Anteil der fixen Kosten immer größer geworden ist, und zwar so sehr, daß schließlich der Anteil der fixen Kosten für die Produktionsgestaltung bestimmend wurde“ (15). Das Wachstum der *Betriebsgrößen* die Steigerung der *Kapitalintensität* und die infolge des hohen Fixkapitalanteils notwendige *Kontinuität des Produktionsablaufs* in den großen Betrieben sind daher auch das eigentliche Problem der großen Kapitale, die immer größere Profitmassen akkumulieren müssen, allein um eine einmal erreichte Rentabilität halten zu können. Schmalenbach: „In unzähligen Generalversammlungen hört man die Verwaltung vortragen, der Betrieb arbeite heut noch nicht voll befriedigend; aber wenn noch einige Maschinen angeschafft und sonstige Erweiterungen vorgenommen würden, dann werde der Betrieb rentabel“ (16).

Voraussetzung dafür, daß dieser Prozeß funktioniert, sind aber steigende Absatzmöglichkeiten. Solange die kapitalistische Wirtschaft sich in einer Boomperiode mit rapide sich ausdehnendem Absatzmarkt befindet, können auch die Produktionspotenzen ausgeweitet werden; ja die Einzelkapitale müssen sogar wegen der kostengünstigen Massenproduktion, die durch die Konkurrenz allen Einzelkapitalisten – sofern der Produktionsprozeß und der Markt dies zulassen (hier spielt die Gebrauchswertseite des Produktes hinein) – aufgeherrscht wird, wachsende Kapitalmassen im Produktionsprozeß fixieren. Dies ist in der Rationalisierungswelle auch in Deutschland zwischen 1926 und 1928 geschehen. Fixierte Kapitalmassen aber verursachen unabhängig von ihrer Auslastung Kosten: Reparaturkosten, Reinigungs-

13 Vgl. G. Kroll, a. a. O., 20. Kapitel

14 Wie bei A. Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Frankfurt 1973, S. 41 nachzulesen.

15 E. Schmalenbach, zit. bei A. Sohn-Rethel, a. a. O., S. 41

16 Ebd., S. 43

und Instandhaltungskosten; auch die Kredite, die in der Regel zur Anschaffung der Fixkapitale darstellenden Produktionsmittel aufgenommen worden sind, müssen unabhängig von der Absatzlage verzinst und zurückgezahlt werden. Der Kostpreis des einzelnen Produkts variiert aufgrund des Fixkostenanteils nicht mit der Variation der Ausbringungsmenge; er sinkt mit steigendem Fixkostenanteil bei einem Rückgang der absetzbaren Produktion nur noch geringfügig oder kann sogar steigen (17). Ein Preisverfall in der Krise, der ja die Funktion haben könnte, die Wertdimensionen wieder zu bereinigen, trifft die Kapitale umso stärker, je höher bei ihnen der die „Fixkosten“ verursachende Fixkapitalanteil ist. Aber mehr noch: Die Unelastizität bei den Preisreaktionen hat ihre Entsprechung in der Unelastizität der an veränderte Absatzbedingungen notwendigen Anpassung. Bei hohem Fixkapitalanteil ist eine *schrittweise* Anpassung des Produktionsausstoßes nicht mehr möglich. Wenn für das jeweilige Einzelkapital absehbar ist, daß der Produktionsausstoß nicht mehr erhöht werden kann, dann wird es – um die Fixkostenbelastung zu vermeiden – ab einem bestimmten Auslastungsgrad eher die gesamte Anlage stilllegen als sie mit Kapazitätsunterauslastung produzieren lassen. Dadurch aber wird die Krise über die Maßen vertieft: die Produktionseinschränkungen sind stärker als sie es von der Absatzlage her eigentlich sein müßten. Das bleibt wiederum nicht ohne Konsequenzen für die Nachfrageverhältnisse (zunächst in der Abteilung I). Auch der Aufschwung aus der Krise wird dadurch erschwert. Denn neue Anlagen werden erst errichtet bzw. alte stillgelegte Anlagen wieder in Betrieb genommen, wenn die Realisierungschancen groß genug sind, um die produzierten Waren bei Betrieb der Gesamtanlage abzusetzen – vorausgesetzt, daß Entwertung und Lohndrückung in der Krise so weit durchgesetzt worden sind, daß profitable Produktion überhaupt möglich ist. Hier zeigt es sich, daß in der Krise immer die Bedingungen der Produktion, d. h. der Produktion von Profit, und die Kapitalzirkulation zur Realisierung der produzierten Werte und Profite berücksichtigt werden müssen. Die erste Bedingung erfordert „Bereinigung“ der Kapitalstrukturen durch Entwertung (Konkurse, Preisverfall usw.) sowie Disziplinierung der Lohnarbeiter (Lohndrückung, Steigerung von Arbeitszeit und Arbeitsintensität). Die zweite Bedingung macht ein den Produktionsbedingungen der Waren entsprechendes Realisierungsfeld notwendig, das umso größer sein muß, je größer die Mindestabsatzmenge zum rentablen Betrieb einer Anlage ist. Damit sind wir aber bereits bei dem zweiten Zusammenhang, der uns für die Erklärung der Tiefe und der Dauer der Krise wesentlich erscheint.

17 Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn eine Produktion von 100 Stück Kosten in Höhe von 10 000 Geldeinheiten (GE) verursacht, dann beträgt der Kostpreis pro Stück 100 GE. Von diesen 10 000 GE Kosten mögen 5 000 GE aber unabhängig von der Produktionsmenge anfallen. Bei einem Rückgang auf 60 Stück fallen unserer Annahme zufolge 3 000 (nämlich 60 v. H. von 5 000) variable Kosten, 5 000 fixe Kosten an. Gesamtkosten der Produktion von 60 Stück sind also 8 000 GE. Der Kostpreis pro Stück bei der verringerten Produktion würde also nicht mehr 100 betragen, sondern 133, 3 GE. Dies ist in der Betriebswirtschaftslehre ein bekanntes Phänomen. Vgl. beispielsweise E. Heinen, Betriebswirtschaftliche Kostenlehre, Bd. 1, Grundlagen, Wiesbaden 1959, S. 280 ff.

Zweitens: Für die Schwere und Dauer der Krise gleichermaßen bedeutsam ist in dieser Zeit auch der beinahe vollständige Zerfall des Weltmarkts. Nicht nur, daß mit dem Ausbruch der Kreditkrise, die als „schwarzer Freitag“ der New Yorker Börse im September 1929 oberflächlich datierbar in die Geschichte einging, das in Deutschland angelegte ausländische, vor allem das US-amerikanische Kapital, ein krisenverschärfendes Element darstellte und 1931 nach dem Zusammenbruch der Danatbank beinahe schlagartig verflüssigt und zurückgezogen wurde; mit dem Zusammenbruch des Währungssystems (Aufhebung der Konvertibilität des Pfundsterling und Übergang zur Devisenbewirtschaftung in Deutschland) wurden auch die Realisierungschancen für Waren in anderen Ländern fast verunmöglicht. Denn infolge der allgemeinen Krise sanken die Absatzchancen rapide, was wiederum Anlaß protektionistischer Maßnahmen war. Der national begrenzte Markt aber erwies sich in der Krise als zu klein, um alle Kapazitäten, die auf ein größeres Realisierungsfeld ausgelegt waren, beschäftigen zu können.

Drittens kommt noch etwas anderes hinzu. Trotz ihrer in der Geschichte des Kapitalismus noch nie vorher dagewesenen Wucht konnte auch die Weltwirtschaftskrise zumindest in Deutschland nicht ohne Zeitverzögerung (dies sieht in den USA anders aus) (18) die Löhne der *beschäftigten* Arbeiter reduzieren. Der Druck der schnell anwachsenden industriellen Reservearmee fing nur langsam an zu wirken, zumal die Arbeiterklasse noch nicht so demoralisiert war, daß gegen den Druck des Kapitals nicht harter Widerstand geleistet wurde (19). So kam es, daß die tariflichen Stundenlöhne der beschäftigten Arbeiter in Deutschland noch bis 1930 ansteigen und erst im dritten Krisenjahr absinken, während die Lebenshaltungskosten schon im Jahre 1930 aufgrund des starken Preisverfalls radikal fallen (20). Nach Kroll ist daher auch die Gewinnerzielung bereits seit 1928 rückläufig und die Kapitalrentabilität sinkt. (Vgl. auch Schaubild 1) Aus dieser vielleicht überraschenden Gegenüberstellung darf jedoch keineswegs geschlossen werden, daß sich die Lage der Arbeiter noch verbessert, während diejenige der Kapitalisten sich verschlechtert hätte. Die Arbeitslosigkeit, mit fast 1,4 Mio schon 1928 sehr hoch, steigt seit Beginn der akuten Krise mit wachsender Geschwindigkeit bis zum offiziellen Höchstwert von mehr als 6 Mio im Jahre 1933 an (21). So verringern sich auch schon seit 1929 die Arbeitseinkommen *insgesamt*. Betrug sie noch 1928 in Deutschland 42,6 Mrd RM, so machen sie 1932 mit 25,7 Mrd RM noch knapp 60 vH des Ursprungswerts aus (22).

18 Vgl. dazu G. Kroll, a. a. O., S. 74

19 Daß die Löhne relativ zu den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals zu hoch und die Profite relativ zu niedrig waren, keineswegs aber die Löhne absolut stiegen – wie die Kurve von „w“ im Schaubild 1 vermuten lassen könnte, zeigt jede Gegenüberstellung der Lohn- und Profitentwicklung. Vgl. Statistisches Handbuch, a. a. O., S. 463 (Preisindex), S. 472 (Tariflöhne), S. 484 (Arbeitslosigkeit); auch E. Hennig, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt 1973, S. 53, passim

20 Vgl. Statistisches Handbuch, a. a. O., S. 463/472

21 Vgl. Statistisches Handbuch, a. a. O., S. 484 f.

22 Vgl. die Angaben bei G. Kroll, a. a. O., S. 108. Das ganze Elend, das die Arbeiterklasse in diesen Jahren zu erleiden hatte – Elend, das allerdings dem „stummen Zwang der ökonomischen

Die hier nur angerissenen und auf Deutschland beschränkten Tendenzen können wir anhand des *Schaubildes 1* verfolgen. Darin wird deutlich, daß seit 1929 der Kapitalstock der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr zunimmt und in den Jahren 1930 bis 1933 sogar abnimmt (vgl. gK). Dies ist ein Zeichen dafür, daß selbst Ersatzinvestitionen nicht mehr in ausreichendem Umfang vorgenommen wurden. Aber offensichtlich verringerte sich das in Produktionsmitteln angelegte Kapital nicht in hinreichendem Maße, um den Verwertungsgrad des noch fungierenden Kapitals zu erhöhen. Die Steigerung der Lohnquote (w), die sich aus dem Schaubild 1 entnehmen läßt, ist – wie schon ausgeführt wurde – *nicht* auf eine Zunahme der Arbeitseinkommen zurückzuführen, sondern auf ein absolutes Absinken des Nettoprodukts (Y) und der infolge der Kapitalverluste entstehenden *negativen* Profite. Dennoch dürften die Reallöhne der *beschäftigten* Arbeiter nicht schnell genug abgesunken sein, um dem Kapital einen Profitanreiz zu verschaffen. So sinkt denn auch die Kapitalrentabilität ins Bodenlose. Der Kapitalismus wurde zum „Kapitalismus mit umgekehrtem Profitvorzeichen“ (23).

Um aber keine falschen oder einseitigen Schlüsse aus dieser Darstellung zu ziehen, muß allerdings betont werden, daß *erstens* der Niedergang der Kapitalrentabilität in den USA noch weit größer als in Deutschland war (und dennoch keine faschistische Form bürgerlicher Herrschaft hervorbrachte) und daß *zweitens* das Absinken der Kapitalrentabilität durchaus ungleichmäßig – bezogen auf einzelne Branchen und vor allem auf die Größe des Kapitals (Monopolisierung!) – gewesen ist. Die Krise verringerte so zwar die ökonomische Macht des Kapitals, aber dies war keineswegs gleichbedeutend mit einem Machtgewinn der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Doch zeichnete sich mit der Dauer der Krise immer mehr ab, daß das Kapital, wenn es ökonomisch nicht aus seinen eigenen Kräften in der Lage war, aus der Depression herauszukommen, eine politische Bereinigung der Krise brauchte (23a). Diese versprach die Nazipartei als Roßkur anzubieten. Wenn auch die ökonomischen Voraussetzungen des Faschismus hiermit bezeichnet sind, ist damit keineswegs der politische Durchsetzungsprozeß der „Machtgreifung“ ausreichend bestimmt. Schließlich gibt eben schon die Tatsache zu denken, daß die Krise in den USA weit schlimmer als in Deutschland war, und dort eine faschistische Bewegung

mischen Verhältnisse“ geschuldet war, nicht dem faschistischen Terror zur Erhaltung der Kapitalherrschaft mit brutalen Mitteln – kommt in diesen Daten nicht zum Ausdruck. Die Scheinobjektivität der Zahlen verdunkelt diesen Zusammenhang, der auch in einer ökonomischen Analyse nicht aufdeckbar ist. Wir sind uns der Begrenztheit einer solchen Analyse bewußt, meinen aber dennoch, daß die Herausarbeitung globaler – und daher vom individuell und kollektiv erfahrbaren Elend abstrahierenden – Tendenzen notwendig ist zum Verständnis des geschichtlichen Zusammenhangs von Weltwirtschaftskrise, ihren politischen Lösungsformen und der westdeutschen Kapitalakkumulation nach dem zweiten Weltkrieg.

- 23 So A. Sohn-Rethel, a. a. O., S. 120. Unser Schaubild 1 zeigt, daß dieser Satz durchaus wörtlich zu nehmen ist!
- 23a Auf die Funktion der Krise als ökonomisches „Bereinigungsmittel“ setzte noch 1929 beispielsweise Thyssen: „Ich brauche diese Krise jetzt. Sie bietet die einzige Möglichkeit, die Lohnfrage und die Reparationen auf einen Schlag zu regeln.“ zit. bei Ch. P. Kindleberger, a. a. O., S. 183

nicht hat die „Macht ergreifen“ können. Wir verweisen nur darauf, daß an dieser Stelle die politischen, sozialen, ideologischen Prozesse einbezogen werden müßten, um das Phänomen des deutschen Faschismus wirklich zu begreifen (24). Entsprechend unserer begrenzten Zielsetzung mit dieser Analyse, verzichteten wir auf eine ausführliche Darstellung und gehen dazu über, die faschistischen „1 000 Jahre“ auf ihre Bedeutung für den späteren Entwicklungsprozeß des westdeutschen Kapitals zu untersuchen.

2.2 *Der Faschismus in Deutschland*

Eine Überwindung der Depression nach der Krise kann gelingen, wenn durch Lohnsenkung, Verlängerung der Arbeitszeiten und Intensivierung der Arbeit die Mehrwertrate erhöht, die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit nicht durch eine damit einhergehende Steigerung der Kapitalintensität, die ja negative Konsequenzen für die Entwicklung der Kapitalrentabilität hätte, zunichte gemacht wird und nicht zuletzt die Zinsen gegenüber dem industriellen Profit gesenkt werden. Die Verbesserung der Realisierungsbedingungen für das produzierte Warenkapital auf dem inneren und äußeren Markt mußte aber noch hinzukommen, wobei die Nachfrageentwicklung wesentlich durch die Nachfrage der Kapitale untereinander, d. h. aber von deren Profitaussichten, bestimmt wird. Diese Voraussetzungen für einen erneuten Aufschwung der kapitalistischen Produktion konnten aber im Verlauf der Weltwirtschaftskrise – wie wir im Nachhinein konstatieren können – nicht mehr in der „traditionellen Weise“ kapitalistischer Krisenüberwindung geschaffen werden. An diesem Punkt der Erkenntnis setzten die bürgerlichen Theorien in den 30er Jahren an, wenn sie die Schlußfolgerung zogen, daß ohne staatliche Eingriffe das Niveau der Investitionen zu niedrig sein würde, um noch die Vollbeschäftigung der Arbeitsbevölkerung zu gewährleisten. Der Stagnationstheoretiker Alvin Hansen benannte als Faktoren, die verantwortlich für das ungenügende Investitionsniveau seien, erstens das unzureichende Bevölkerungswachstum im Vergleich zum 19. Jahrhundert. Damit sei eine rasche Ausdehnung der effektiven Nachfrage begrenzt. Als zweiten Faktor nannte er den technischen Fortschritt, der seinen Impetus verloren habe. Drittens schließlich sei es nicht mehr möglich, die kapitalistische Produktionsweise territorial auszudehnen, so daß auch der von der „new frontier“ ausgehende Wachstumsimpuls abgenommen habe. Diese Faktoren sollten die Aussage von Keynes bekräftigen, daß im Vergleich zum 19. Jahrhundert die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“, sprich: die Profitabilität abgenommen habe, und nur noch mittels Staats-

24 Wir können in diesem Zusammenhang nicht ausführlich auf das besondere Verhältnis von Politik und Ökonomie, wie es die einmal in Gang gesetzte faschistische Lösung der Krise bewirkte, noch auf das Verhältnis von Bourgeoisie und faschistischer Partei eingehen. Vgl. dazu A. Sohn-Rethel, a. a. O., auch B. Blanke, Thesen zur Faschismus-Diskussion, in Sozialistische Politik, Nr. 3 (1969); N. Kadritzke, Faschismus als gesellschaftliche Realität und als unrealistischer Kampfbegriff, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 8/9 (1973), S. 129 ff.; wichtig auch die Diskussion im Argument, Nr. 32 (1965); 41 (1966); 47 (1968) zwischen Mason und Czichon u. a.

eingriffen den stagnativen Tendenzen wirksam entgegengetreten werden könnte (24a).

So war zumindest implizit der bürgerlichen Theorie als wissenschaftlicher Reflex der in und nach der Krise gemachten praktischen Erfahrungen bewußt, daß politische Interventionen durch den Staat in die Kapitalreproduktion notwendig seien, um die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ auf ein „befriedigendes“ Niveau zu heben. Mit anderen Worten: Die Profitrate des Kapitals konnte nicht mehr durch die in der Krise sich abspielenden Bereinigungsprozesse allein hergestellt werden. Vielmehr waren zur Anhebung der Profitrate nun staatliche Aktionen notwendig.

Es ist hier nicht beabsichtigt, die Stagnationsthese ausführlich darzustellen und zu kritisieren. Uns geht es nur darum zu zeigen, daß in der Weltwirtschaftskrise offensichtlich Bedingungen sich herausgebildet hatten, die einen Neuaufschwung ohne politische Eingriffe des Staates unmöglich machten. Die in weiten Kreisen der Wirtschaftstheorie bis zur Krise postulierte, wenn auch niemals verwirklichte Politik des „Laissez faire“ hatte sich als unangemessen angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus erwiesen, aus eigener Kraft die Depression zu überwinden.

So begann in allen kapitalistischen Ländern der Staatsinterventionismus eine größere Rolle zu spielen; in Deutschland vollzog sich dieser Prozeß insofern am – im kapitalistischen Sinne – konsequentesten, als hier alle diejenigen Institutionen der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft zerschlagen wurden, die einer schnellen Anhebung der Profitabilität des Kapitals und einer Beschleunigung des Akkumulationstempos im Wege standen: Um die Ausbeutungsrate der Lohnarbeiterklasse anzuheben, wurden die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse brutal zerschlagen und statt dessen durch staatliche Organisation der Arbeiter in der Deutschen Arbeitsfront diese so diszipliniert, daß die Arbeitszeit verlängert, die Arbeit intensiviert, die Mobilität der Arbeitskraft eingeschränkt und die Löhne begrenzt werden konnten.

Einer solchen Schwächung der ökonomischen und politischen Macht der Organisationen der Arbeiterbewegung diente auch die Beseitigung des parlamentarischen Systems, wodurch zudem die Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse, die die Wirksamkeit staatsinterventionistischer Maßnahmen hätten schmälern können, in ihrer politischen Artikulationsmöglichkeit behindert wurden und die bürgerliche Klasse zumindest auf der politischen Oberfläche vereinheitlicht wurde – ohne allerdings damit die Konkurrenz der Kapitale aufzuheben (25). Um das

24a Vgl. die kurzen aber präzisen Darstellungen bei Eric Roll, *A History of Economic Thought*, London 1973 sowie C. Napoleoni, *Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien*, Frankfurt 1968

25 Dies hebt E. Varga, a. a. O., S. 110 hervor: „... schon machen sich die inneren Widersprüche zwischen den einzelnen Kategorien der Kapitalisten geltend. Hoover hat große Investitionen der Eisenbahnen, zugleich aber auch Ausbau des Kanalsystems und weit ausgedehnten Bau von Automobilstraßen vorgeschlagen. Das Eisenbahnkapital protestiert: Du forderst von uns, wir sollen eine Milliarde Dollar in unseren Eisenbahnen neu anlegen, aber gleichzeitig organisierst Du die Konkurrenz der Schifffahrt und der Automobile gegen uns! Wie können wir unter solchen Umständen neues Kapital in den Eisen-

deutsche Kapital von der Weltmarktkonkurrenz abzuschließen, wurde eine Politik der Autarkie im Innern und der Expansion nach außen, die nur die Kehrseite der Autarkiepolitik ist (26), betrieben. Die dazu notwendige staatliche Machtenfaltung bedeutete die forcierte Aufrüstung, die Militarisierung der ganzen Gesellschaft. Damit war gleichzeitig auch das bei jedem Neuaufschwung sich stellende Problem der Realisierung der unter profitableren Bedingungen produzierten Warenmasse verringert. Denn die ab 1934 betriebene Aufrüstung bedeutete für das Kapital ein ständig sich ausweitendes Absatzgebiet.

Unsere *Thesen* zur Entwicklung des Kapitals unter dem Faschismus lauten: 1. Durch die erzwungenen niedrigen Löhne, langen Arbeitszeiten und die Senkung des Lebensstandards der Lohnabhängigen wurde die *Mehrwerttrate* absolut erhöht. Damit wurden die Voraussetzungen der Profitproduktion entscheidend verbessert, während zugleich durch die Ausschließung der Konkurrenz des Auslands vom Inlandsmarkt und die *Entwicklung der staatlichen Nachfrage* in Form der Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsprogramme die Realisierung der produzierten und potentiell produzierbaren Wert- und Mehrwertmassen gesichert war. Auf dieser Basis konnte insgesamt durch die Ausdehnung der Arbeitszeit und die Intensivierung der Arbeit der beschäftigten Arbeiter und durch die Eingliederung bisher unbeschäftigter Arbeiter in den kapitalistischen Produktionsprozeß die Wertproduktion gesteigert werden. 2. Durch die absolute Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft (und die Abschließung von der Weltmarktkonkurrenz) war das Kapital zunächst *nicht* gezwungen, die *Produktivkraft der Arbeit* wesentlich zu steigern. Zugleich wurden durch die staatliche Nachfrage die Reproduktionsbedingungen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entscheidend verändert: die vorhandenen Produktionsressourcen der Abteilung I mußten zu einem großen Teil für die Produktion von Rüstungsgütern freigehalten werden, während der Stagnation der Reallöhne eine Stagnation der Konsumgüterindustrie entsprach. Deren Produktivkraft wurde praktisch nicht erhöht, denn dies hätte ja zusätzliche Nachfrage nach Produktionsmitteln seitens der Abteilung II gegenüber der Abteilung I (wo diese hergestellt werden) bedeutet. Das absolute Niedrighalten des Arbeitslohns und damit der Konsumtionskraft der Massen, die beschleunigte Profitproduktion und die Realisierung von produzierten Werten durch die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern ergänzten und entsprachen sich. Diese beiden Thesen sollen nun ausgeführt werden.

Die *Lage der Arbeiterklasse* ist zunächst bestimmt durch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit. Diese übt im zyklischen Verlauf der Kapitalakkumulation immer die Funktion aus, den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken. Die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise hat eben diesen Effekt gehabt: Wenn wir z. B. den tariflichen Stundenlohn für Facharbeiter im Jahre 1928 gleich 100 setzen, dann sinkt dieser Lohn bis zum Jahre 1933 auf 81,9. Dies ist nichts besonderes gegenüber ähnlichen Entwicklungen in anderen kapitalistischen Ländern während der Welt-

bahnen anlegen, wir werden doch nur Verlust haben! . . .“ Varga führt an der angegebenen Stelle noch mehrere solcher Widersprüche zwischen Kapitalfraktionen an.

26 F. Pollock, Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung, in: Zeitschrift für Sozialforschung, Jahrg. 1, 1932

wirtschaftskrise. Die Besonderheit der deutschen Entwicklung unter dem Faschismus zeigt sich erst dann, wenn wir untersuchen, ob nach der Überwindung der Weltwirtschaftskrise (27) im beginnenden Aufschwung die Löhne wieder gestiegen sind: Selbst in den Jahren, in denen die Arbeitslosigkeit durch die entwickelte staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern und durch andere Arbeitsbeschaffungsprogramme praktisch überwunden war, fanden keine relevanten Lohnerhöhungen statt; die Löhne wurden vielmehr gesetzlich begrenzt (Lohnstop 1933), die Mobilität der Arbeiter wurde eingeschränkt (28). So blieben die Löhne aller Arbeiterkategorien unter dem Stand, den sie vor der Weltwirtschaftskrise erreicht hatten. Bei einem Vergleich der realen Bruttostundenverdienste ergibt sich, daß nur in den Jahren 1939 und 1941 der Stand von vor 1933 erreicht wurde. In allen anderen Jahren blieben die Löhne unter dem vor der faschistischen Machtergreifung erreichten Niveau. Daß dies offensichtlich nicht ohne Folgen auf den Wert der Arbeitskraft, also dem Wert des durchschnittlichen Konsumtionsfonds, blieb, zeigt folgende Auflistung des Pro-Kopf-Verbrauchs einiger lebenswichtiger Güter: Im Zeitraum von 1930 bis 1938 – also von einem Tiefpunkt der Krise bis zur Blüte der faschistischen Konjunktur – steigt der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch um nicht ganz 12 v. H.; der Verbrauch von Geflügel geht um fast 12 v. H. zurück; der Eierverbrauch fällt um 14 v. H. und der Verbrauch von Trinkmilch stagniert; der Verbrauch verschiedener Speisefette geht insgesamt zurück, nur bei Butter steigt er um ca. 9 v. H.; der Kartoffelverbrauch steigt in diesen acht Jahren um ganze 5 v. H., während der Verbrauch von Obst und Gemüse stark reduziert wird (29). Mit diesen „Steigerungsraten“ wurde noch nicht einmal das Niveau von 1928 erreicht, das wiederum nur geringfügig über dem von 1913 lag. Eine solche Stagnation des Konsumtionsniveaus mußte staatlicherweise erzwungen werden (30).

Gleichzeitig nimmt die Arbeitslosigkeit nach der faschistischen Machtergreifung kontinuierlich ab. Nach dem Höhepunkt im Januar/Februar 1933 mit über 6 Mio Arbeitslosen gehen die Zahlen zurück. Im April 1937 wird die Millionengrenze erstmals seit Oktober 1927 unterschritten. Auch die Beschäftigung nimmt regelmäßig zu, wenn auch infolge der Aufrüstung (Aufbau der Wehrmacht) ein Teil der Arbeitslosen nicht in den Produktionsprozeß eingegliedert wird, sondern in der Wehrmacht oder anderen militärischen und paramilitärischen Organisationen verschwindet. (Ein anderer Teil – klassenbewußte, politisch aktive Proletarier – wird

27 Vgl. dazu das Material bei G. Kroll, a. a. O.

28 Vgl. dazu auch, wie im folgenden auch zum Problem der Wertsenkung der Arbeitskraft unter dem Faschismus E. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt 1972, S. 152

29 Statistisches Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 488; eigene Berechnungen

30 Sohn-Rethel spricht in diesem Zusammenhang von „absoluter Mehrwertproduktion“. Dies erscheint uns problematisch zu sein, da er erstens mechanisch absolute und relative Mehrwertproduktion gegenüberstellt und zweitens nicht berücksichtigt, daß Produktivkraftsteigerungen der (bei gleichbleibender Arbeitszeit) sich in einem vergrößerten Gebrauchswertquantum darstellen, ohne daß sich – ceteris paribus – die Wertmasse erhöhen müßte; die Konsumtionskraft der Massen kann – bei entsprechendem Preisverfall – also erhöht werden, ohne daß der Lohn erhöht werden muß. Die veränderten Methoden der Profitproduktion können daher nur im Zusammenhang mit den spezifischen Bedingungen der Akkumulation analysiert werden.

in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen.)

Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu der in den Vereinigten Staaten, wo trotz weitaus langsamerer Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Löhne sehr viel schneller anstiegen: Setzt man 1929 gleich 100, dann erreichten die Reallöhne in Deutschland 1937 98, während sie in den USA auf 132 anstiegen. Gleichzeitig wurde in Deutschland die wöchentliche Arbeitszeit ausgedehnt: Sie betrug 1938 für Männer über 50 Stunden, für Frauen beinahe 48, und dies, obwohl bereits nach dem ersten Weltkrieg die 48-Stundenwoche erkämpft worden war. Diese Ausdehnung der Arbeitszeit und der *beschäftigten* produktiven Arbeiter hatten den oben bereits beschriebenen Effekt, daß die wert- und mehrwertschöpfenden Potenzen insgesamt ausgeweitet wurden.

Infolge der Wertsenkung der Arbeitskraft wurde offensichtlich auch das Verhältnis von Mehrwertmasse zum variablen Kapital („Exploitationsgrad“) zugunsten des Kapitals verändert. Wir können hier die Veränderung der Ausbeutungsrate nur an der Veränderung der Lohnquoten und des Verhältnisses der Kapital- zu den Arbeitseinkommen illustrieren. Demnach sank die (gesamtwirtschaftliche) Lohnquote – als Anteil der Löhne am Volkseinkommen gemessen – von 64 v. H. im Jahre 1932 unter dem Faschismus auf 57 v. H. im Jahre 1938 (das Niveau von 1932 wurde übrigens erst 1963 – in Westdeutschland – wieder erreicht!). Dagegen stiegen – nach Berechnungen A. Schweitzers (31) – die Gewinne der großen Unternehmen von 1932 bis 1936 um 433 v. H. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt man, wenn man die von W. G. Hoffmann ermittelten Zahlen über das Arbeits- und Kapitaleinkommen im verarbeitenden Gewerbe in Beziehung zueinander setzt; der besseren Übersicht halber sind die Zahlen für die Weimarer Republik und die BRD mit in die folgende Tabelle aufgenommen worden (32):

- 31 Arthur Schweitzer, *Labour in Organized Capitalism*, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1959, S. 497
32 Vgl. auch Mandel, a. a. O.

Tabelle 1:

Entwicklung von Kapitalstock, Arbeits- und Kapitaleinkommen 1925–1959

	Jahr	Kapitalstock	Arbeitseinkommen	Kapitaleinkommen	Verh. 4:3 in vH
	1	Mrd. RM 2	Mrd. RM 3	Mrd. RM 4	5
Weimar	1925	114,4	31,2	2,6	8,4
	1926	112,2	30,1	2,3	7,7
	1927	118,2	36,6	5,9	16,1
	1928	128,3	40,8	5,3	13,0
	1929	131,4	42,9	5,5	12,8
	1930	127,4	39,2	3,0	7,7
	1931	115,1	31,2	0,5	1,6
	1932	99,3	23,4	-9,0	-
	1933	95,5	23,7	-2,0	-
	1934	99,6	28,0	2,1	7,5
Faschismus	1935	102,8	30,5	7,1	23,2
	1936	105,6	33,3	7,6	23,6
	1937	114,9	36,6	13,5	37,2
	1938	123,3	39,5	17,1	43,4
	1950	147,4	38,9	15,5	40,0
BRD	1951	182,8	46,7	20,5	43,9
	1952	207,6	51,7	23,6	45,5
	1953	213,7	56,9	24,9	44,0
	1954	225,4	62,3	30,3	48,7
	1955	252,2	70,7	33,0	46,6
	1956	278,5	79,1	34,4	43,2
	1957	306,9	85,8	37,5	43,0
	1958	329,7	92,0	37,1	40,5
	1959	354,5	98,4	46,6	47,5

Quelle:

W. G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin-Heidelberg-New York 1965, S. 507 ff. und 256; eigene Berechnungen)

In diesen Zahlenreihen zeigt sich die historische Funktion des Faschismus ganz deutlich. Er hat die Ausbeutungsrate (indiziert durch das Verhältnis von Kapitaleinkommen zu Arbeitseinkommen) der Arbeiterklasse sehr schnell und in gewaltigem Umfang auf ein Niveau gebracht, daß mehr als 300 v. H. über dem Niveau der Weimarer Republik liegt. Dadurch wurde denn auch die Profitrate so gesteigert, daß die Akkumulation des Kapitals einen neuen Aufschwung nahm. Die Kapazitätsausnutzung stieg insbesondere mit der Rüstungskonjunktur schnell an und die Errichtung neuer Kapazitäten wurde profitabel bei staatlich fixierten Löhnen, niedrig gehaltenem Konsumtionsniveau und schnell ansteigendem Staatsverbrauch. Die organisier-

te Arbeiterbewegung war zerschlagen und jeder Versuch, gegen die faschistische Herrschaft aufzumucken, endete im KZ. So kann Pritzkoleit schreiben: „In einem Wort: Der Industrie ging es gut. Der Unternehmer war wieder Herr im eigenen Haus. Zwischen den Betriebsleiter und die Gefolgschaft konnten weder Gewerkschaft noch Betriebsrat treten . . . Die Belegschaft war ihrem Betrieb zur Treue verpflichtet, das heißt: sie war an ihren Betrieb gebunden und mußte mit dem grundsätzlich stabilen Lohn vorliebnehmen, der ihr geboten wurde . . .“ (33).

Das *Niedrighalten des Arbeitslohns*, die *Stagnation des Konsumtionsniveaus* der Lohnabhängigen und die *Abschließung der Weltmarktkonkurrenz* vom deutschen Markt schufen dem deutschen Kapital die Möglichkeiten, zu einer hohen Mehrwertrate zu produzieren, ohne daß allgemein die Arbeitsproduktivität (Y/L) (bestimmte Bereiche der Schwerindustrie und der Investitionsgüterindustrie ausgenommen) wesentlich gesteigert wurde. Über die staatliche Rüstungsnachfrage wurden vielmehr die Ressourcen der Abt. I in die Rüstungsproduktion umgeleitet und damit die brachliegenden Kapazitäten voll ausgelastet, während der Kapitalstock des deutschen Kapitals insgesamt sich nicht wesentlich vergrößerte. Aus Tabelle 1 geht hervor, daß das Niveau des Kapitalstock unter dem Faschismus zu keiner Zeit (1933–1938) die Höhe des Kapitalstocks im Jahre 1928 erreicht, aus dem Schaubild 1 werden zudem die geringen Zuwachsraten des Kapitalstocks sichtbar (hier: der gewerblichen Wirtschaft), was auch durch Bettelheim (34) bestätigt wird, der davon ausgeht, daß während des Faschismus nur noch ca. 30 % der Investitionen auf „produktive Privatinvestitionen“ entfielen. Über die steigenden Auslastungen des vorhandenen Kapitalstocks und die Eingliederung brachliegender Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß, die Verlängerung der Arbeitszeiten etc. wurde die Kapitalproduktivität (Y/K) unverhältnismäßig schnell gesteigert. Zum anderen mußte mit der Abschließung vom Weltmarkt jedoch nicht nur das akut gewordene *Rohstoffproblem* gelöst werden, sondern auch die bisher vom Weltmarkt ausgehende *Nachfrage* durch eine „staatliche Nachfrage“ im Inland ersetzt und diese „finanziert“ werden. Eine solche Nachfrage konnte offenbar bei der zunächst gegebenen Verwertungssituation nicht von den Kapitalen kommen. Denn anders als die USA und Großbritannien konnte Deutschland nicht auf traditionelle Rohstoff- und Absatzmärkte zurückgreifen, zumal die in diesen Ländern 1932/33 wieder „Tritt fassende“ Akkumulation wesentlich von nach außen abgeschirmten Binnenkonjunkturen getragen wurde. Der faschistische Staat mußte daher die Realisierung des Wertprodukts über die Rüstungsnachfrage garantieren, die über die staatliche Zwangsfiktion („Mefo-Wechsel“) finanziert wurde, der keinerlei realer Gegenwert entsprach: *Es*

33 K. Pritzkoleit, Gott erhält die Mächtigen, Düsseldorf 1963, S. 30

34 Ch. Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, München 1974, S. 249: „Alles in allem überstiegen die von uns zu den Privatinvestitionen gerechneten Sparten erst 1938 das Niveau von 1928 . . .“ Und: „Während dieser Zeitspanne fand auch keine Entwicklung der Produktivkräfte im eigentlichen Sinne statt, sieht man von begrenzten Sektoren in der Schwerindustrie ab.“ (S. 250) Das Nominalkapital der Aktiengesellschaften sank – nach Bettelheim – sogar von 22,26 Mrd RM (1932) auf 18,74 Mrd RM (1938).

waren letztlich Wechsel auf die zu erobernden Rohstoff- und Absatzgebiete (35).

Entsprach in dieser Weise die terroristisch erhöhte Ausbeutungsrate und das absolute Niedrighalten der Löhne den Bedürfnissen der Rüstungsproduktion und wurde andererseits die Modifikation des inneren Zusammenhangs zwischen den Abteilungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die Ausschließung der Weltmarktkonkurrenz ermöglicht (hier lagen auch die Interessenidentitäten von Kapital und – diese Bedingungen garantierenden – faschistischem Staat), so wurde mit der einmal ins Werk gesetzten Lösung der Krise in dieser Art auch die militärische Expansion nicht nur von der faschistischen Bewegung bewußt angestrebt, sondern auch ökonomisch notwendig: als Voraussetzung der „Bezahlung des Defizits“ mit zu erobernden Material-, Kapazitäts- und Arbeitsreserven. Die Rüstungsproduktion schuf dafür also nicht nur die materielle Voraussetzung, sondern erzwang in diesem Zusammenhang geradezu die militärische Expansion! Die Opposition der Bourgeoisie gegen Hitler mußte so – wie Sohn-Rethel anschaulich beschreibt – wirkungslos bleiben, da sie selbst keine (ökonomische) Alternative mehr zu bieten hatte (36).

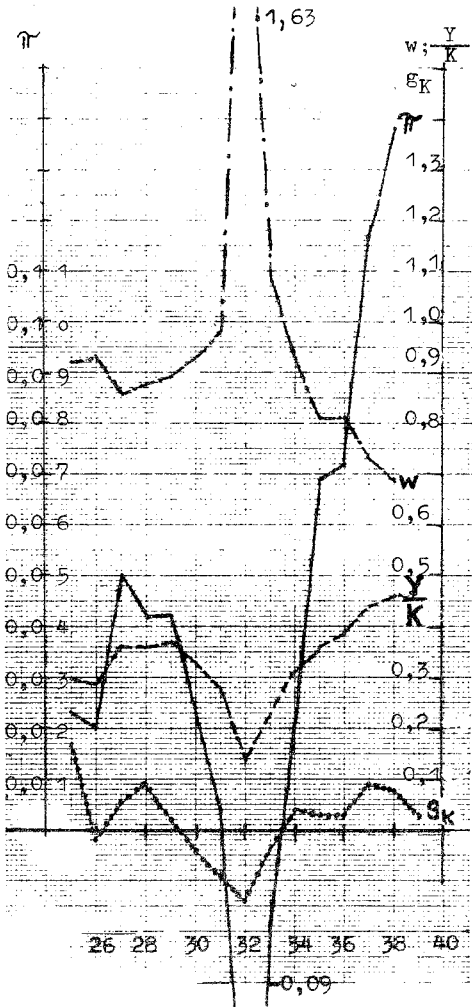
Autarkiepolitik, terroristische Erhöhung der Mehrwertrate und imperialistische Expansion ergänzten und bedingten sich in dieser Weise. Wir können unsere Thesen zur Entwicklung des Kapitals unter dem Faschismus mit Hilfe des *Schaubild 1* verdeutlichen:

- 35 Zur Darstellung des Finanzierungsmechanismus der Aufrüstung vgl. Ch. Bettelheim, a. a. O. und Sohn-Rethel, a. a. O.
- 36 Wir verweisen an dieser Stelle auf die in Anmerkung 24 zitierte Literatur!

Schaubild 1

Entwicklung der Kapitalproduktivität Y/K , der Lohnquote w , des Wachstums des Kapitalstocks g_K und der Kapitalrentabilität π in den Jahren 1925 bis 1939 (gewerbliche Wirtschaft)

$$\pi = \frac{Y}{K} (1 - w)$$



Quelle:

Eigene Berechnungen auf Basis der Daten bei W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965

Während die Lohnquote w weit unter das Niveau von 1926–1930 gedrückt wird (und übrigens auch weit unter das Durchschnittsniveau der Jahre 1850 bis 1913) steigt das Nettoprodukt im Verhältnis zum vorhandenen Kapitalstock (Kapitalproduktivität Y/K) unverhältnismäßig schnell an. Dies ist in diesem Zeitraum auf die schnelle Steigerung der wert- und mehrwertschaffenden Potenzen infolge der Eingliederung von Arbeitern in den Produktionsprozeß, Verlängerung der Arbeitszeiten Eingliederung von Arbeitern in den Produktionsprozeß, Verlängerung der Arbeitszeiten und Intensivierung der Arbeit zurückzuführen (Erhöhung des Nettoprodukts Y bei stagnierendem Kapitalstock K). Die Entwicklung der Kapitalrentabilität π als zusammengefaßter Ausdruck der Verwertungssituation des Kapitals illustriert augenfällig die Funktion des Faschismus in Deutschland: *Innerhalb von sechs Jahren wurde die Kapitalrentabilität π von -9 v. H. auf ca. $+14$ v. H. geschraubt.* Daraus schließen wir, daß die Profitrate sich in ähnlicher Weise unter dem Faschismus entwickelte.

2.3 Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit

Die im Faschismus terroristisch geschaffenen Verhältnisse wurden durch die Wirkungen des Krieges noch bestärkt: Das Lebensniveau der Arbeiterklasse wurde weiter herabgedrückt, der faschistische Terror gegen jede oppositionelle Regung in der Arbeiterklasse und im Bürgertum steigerte sich bis zu einem in der Menschheitsgeschichte noch niemals dagewesenen barbarischen Ausmaß. Der „Überschuß an Irrationalität“, der prinzipiell in der faschistischen Bewegung angelegt ist, fand seinen Auslauf.

Für unsere Problemstellung bedeutsam ist die Beantwortung der Frage, welche Konsequenzen der Krieg für die Kapitalentwicklung brachte. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Auffassung, im Krieg hätten nur Destruktionsprozesse stattgefunden, kann gezeigt werden, daß der zweite Weltkrieg für das deutsche Kapital den Anlaß für massenhafte Einführung neuer Technologie in den Produktionsprozeß bildete. Dies ergab sich nicht nur aus den Erfordernissen der Kriegsführung, sondern auch deshalb, weil die dem Produktionsprozeß entzogenen Arbeitskräfte ersetzt werden mußten. Zwar konnte teilweise die Lücke durch Kriegsgefangene und andere ausländische Arbeitssklaven gefüllt werden. Deren Arbeitskraft war so billig für das deutsche Kapital, daß durch deren Existenz technologische Veränderungen zur Einsparung von Arbeitskraft, also zur Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit, in manchen Bereichen nachgerade überflüssig wurden. Aber nicht jeder verlassene Arbeitsplatz konnte ohne technische Veränderungen durch Arbeitssklaven besetzt werden. Daher mußten Arbeitsplätze geschaffen werden, an denen ungelernete oder angelernte Arbeiter, vor allem auch Frauen, eingesetzt werden konnten. Es ergab sich die Notwendigkeit, durch Steigerung der Produktivkraft der noch beschäftigten und nicht an der Front kämpfenden Arbeiter Ersatz zu schaffen. So wurden im zweiten Weltkrieg die für die erste Phase der Kapitalakkumulation in Westdeutschland so wichtigen Produktionsverfahren der Fließfertigung, der Großserienproduk-

tion bei verstärkter Typisierung und Spezialisierung einführt (37). Die Verbreitung dieser neuen technologischen Verfahren wird dadurch begünstigt, daß infolge kriegswirtschaftlicher Maßregelungen die Konkurrenz der Kapitale untereinander eingeschränkt war. Auf der so hervorgebrachten neuen technologischen und arbeitsorganisatorischen Basis konnte „der Anteil der Facharbeiter an den Beschäftigten beträchtlich gesenkt werden. Frauen und berufs fremde Arbeitskräfte konnten leicht angelernt, Zwangsarbeiter eingesetzt werden“ (38). Der Konzentrationsprozeß beschleunigte sich, die produzierte Wert- und Profitmasse wurde auch während des Krieges noch bedeutsam erhöht. So kam es, daß das westdeutsche Kapital fast bis zum Kriegsende akkumulieren und seine gesellschaftliche Machtposition ausbauen konnte, während die Arbeiterklasse, soweit sie nicht unter extremen Arbeitsbedingungen im Produktionsprozeß für den Krieg produzierte, an der Front oder in den faschistischen Konzentrationslagern im wahrsten Sinn des Wortes blutete.

Das Ergebnis des zweiten Weltkrieges ist nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten in der zum Teil erfolgten Kapitalvernichtung, die sozusagen in Form von Trümmern und Ruinen offensichtlich ins Auge stach, zu sehen. Wichtiger für den weiteren Verlauf der Geschichte ist, daß die Arbeiterklasse geschwächt aus dem Krieg hervorging: ihre Organisationen waren zerschlagen, die Führer zu einem großen Teil ermordet. Nach dem Sieg über den Faschismus 1945 wurde somit erst recht deutlich, welches Ausmaß die Niederlage hatte, die die deutsche Arbeiterklasse 1933 bei der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte einstecken müssen.

Zwar ging auch die westeuropäische und westdeutsche Bourgeoisie aus dem Krieg ökonomisch, politisch und ideologisch (der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus war unübersehbar (39)) geschwächt hervor. Ohne Hilfe von außen, nämlich durch den US-Imperialismus, und auch von innen, nämlich durch die Spaltung der Arbeiterklasse und ihrer neu entstehenden Organisationen, wäre sie sicher nicht in der Lage gewesen, die Herrschaft des Kapitals zu behaupten. Dort wo die Hilfe des US-Imperialismus fehlte, wie in den osteuropäischen Staaten, wurde ihre Herrschaft dann auch sehr bald beseitigt und durch neue Formen des ökonomischen Eigentums und der politischen Herrschaft ersetzt (40). Auch in den westeuropäischen Ländern aber gefährdeten die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes, die Erkenntnis, daß Kapitalismus und Faschismus innerlich zusammenhängen, die tiefen ökonomischen Zerrüttungen mit der Begleiterscheinung des Massenelends die absolute Herrschaft der Bourgeoisie. Radikaldemokratische, teilweise Volksfrontbe-

37 Robert Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967

38 R. Katzenstein, a. a. O., S. 130

39 Dies wird ganz besonders deutlich im Ahlener Programm der CDU von 1947 dokumentiert, in dem explizit auf den Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus hingewiesen wird. Natürlich wurden die Konsequenzen, die aus dieser Erkenntnis hätten gezogen werden müssen, niemals politisch virulent.

40 Es ist hier nicht möglich, auf die Entwicklung in den vom Faschismus befreiten ost- und südosteuropäischen Ländern einzugehen, die Übergangsformen vom Kapitalismus zum Sozialismus entwickelten. In ihrem Selbstverständnis definierten sie sich als Volksdemokratien im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die sich durch den Faschismus desavouiert hatte.

wegungen gewannen in einigen Ländern Westeuropas an Bedeutung (Italien, Frankreich).

Dadurch, daß der Gegensatz zur Sowjetunion aber sehr bald an Schärfe gewann (Beginn des „Kalten Krieges“ 1946), kam der ökonomischen und politischen Stabilisierung Westeuropas für die Errichtung der „heiligen Allianz des Antikommunismus“ eine besondere Bedeutung zu. Mit ihrem „European Recovery Programm“ (Marshall-Plan) versuchten folglich die USA seit 1947 ökonomische Impulse zu vermitteln, um zunächst einmal die wirtschaftliche Grundlage für eine bürgerliche Politik zu schaffen. Von April 1948 bis Februar 1952 pumpten die USA rund 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa.

Der politischen Restauration der bürgerlichen Klasse in Westdeutschland ging die ökonomische, nicht ohne Hilfestellung der kapitalistischen Siegermächte (vor allem der USA) voran. Die US-Besatzungsmacht setzte sich souverän über Sozialisierungsvoten von Landtagen und Volksabstimmungen (Hessen und Nordrhein-Westfalen) hinweg, der Aufbau demokratischer Bewegungen wurde wenn nicht verhindert, so doch behindert. Die Gewerkschaften wurden von oben und nicht durch Initiative von unten aufgebaut. Die Politik der „Nicht-Präjudizierung“ einer deutschen Regelung, wie es immer hieß, lief de facto auf die Präjudizierung der gesamten weiteren Entwicklung im Sinne der Rekonstruktion des westdeutschen Kapitals hinaus (41). Besonders deutlich wird dies im Falle der für den weiteren ökonomischen Aufschwung entscheidenden Währungsreform in den drei Westzonen im Juni 1948.

Die faschistische Kriegsfinanzierung hatte das Geld- und Kreditsystem in Deutschland zerstört. Die Inflation konnte nur durch rigorosen Preisstopp zurückgestaut werden. In welchem Ausmaß die deutsche Währung nach dem zweiten Weltkrieg zerrüttet war, wird daran deutlich, daß sich trotz scharfer Überwachung und Verbote auf dem „schwarzen Markt“ eine Zigarettenwährung herausgebildet hatte: die Zigarette, und nicht mehr das gültige Staatspapiergeld mit Zwangskurs, fungierte als Zirkulationsmittel. So war klar, daß eine Währungsreform, sprich: eine Abwertung der Währung notwendig sei. Mehrere Hundert Reformpläne von deutscher Seite wurden auch entworfen, davon einige – wie der Plan der Münchner Gewerkschaften – als kombinierte Pläne einer Währungsreform und einer Lastenausgleichsregelung. Aber letztlich wurde die Währungsreform doch von der US-Besatzungsmacht gemacht; und sie wurde für die weiteren Bedingungen der Kapitalakkumulation geschickt gemacht. Denn indem nur die Währung abgewertet wurde, wurden lediglich die Geldsummen reduziert – insgesamt auf rund 6,5 v. H. ihres ursprünglichen Wertes. Eine ähnliche Entwertung des sächlichen Eigentums fand nicht statt. Trotz einiger Sonderregelungen für Banken (Bildung von Ausgleichsforderungen) bedeutete diese Regelung zweierlei: Erstens eine Reduzierung der Verschuldung des industriellen Kapitals gegenüber dem zinstragenden Kapital, also auch eine Verbesserung der Teilungsverhältnisse zwischen industriellem Profit und Zins zugunsten

41 Vgl. hierzu insgesamt H. H. Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln und Opladen 1970, S. 62 ff. Hartwich zeigt eingehend, daß im Sinne der US-Besatzungspolitik der privatwirtschaftliche Wiederaufbau und damit die Stärkung der kapitalistischen Produktionsweise einer politischen Lösung vorausgehen mußte.

des industriellen Kapitals; und zweitens eine Reduzierung aller kleinen Sparbeträge der Lohnarbeiterklasse. Das Bestreben gerade der kleinbürgerlich orientierten Schichten des Proletariats, aus der proletarischen Abhängigkeit durch Ansparen eines kleinen Geldvermögens herauszubekommen – durch die faschistische Propaganda noch verstärkt – oder Vorsorge für Alter, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Ausbildung usw. zu treffen, wurde zum zweiten Mal innerhalb einer Generation durch brutale Enteignung konterkariert.

Es ist hier nicht möglich, ausführlich auf diese Prozesse der Wiederherstellung der Kapitalherrschaft nach dem zweiten Weltkrieg einzugehen. Die ökonomischen Verhältnisse stützten diesen Prozeß. Um dies zu belegen, sollen nur einige Zahlen genannt werden. Trotz Kriegszerstörungen und Demontagen, deren Bedeutung in der Regel überschätzt wird (42), lag der Werkzeugmaschinenbestand 1945 in Westdeutschland mindestens um 33 v. H. über dem Stand von 1938, während er in Frankreich nur um 9 v. H. im gleichen Zeitraum gewachsen war (43). Daraus ergibt sich, daß die militärische und politische Niederlage der deutschen Bourgeoisie im Jahre 1945 nicht unmittelbar gleichzusetzen ist mit einer ökonomischen Niederlage. Auch die arbeitsfähige Bevölkerung war zumindest in den drei Westzonen nicht durch die Kriegsverluste dezimiert worden. Im Gegenteil, sie stieg von Mai 1939 infolge der Flüchtlingszuwanderung von 39,4 Millionen auf 44 Millionen im Oktober 1946 an. Einen ähnlichen Anstieg können wir bei der Beschäftigung feststellen. Sie war Ende 1946 schon stärker als im Jahre 1936, mit 11,8 Millionen gegenüber 11,2 Millionen (44).

So ergibt sich – grob umrissen – folgendes Bild Ende der vierziger Jahre in Westdeutschland: *Erstens* hat sich für das westdeutsche Bürgertum gezeigt, daß die militärische und politische Niederlage keineswegs die ökonomische Niederlage impliziert. Die faschistische Form der politischen Herrschaft des Bürgertums war zerschlagen; nicht aber das ihr zugrundeliegende Herrschaftsverhältnis. *Zweitens* waren die Neuordnungsvorstellungen der Organisationen der Arbeiterklasse vor allem am Widerstand der US-Besatzungsmacht gescheitert, die Westdeutschland als Speerspitze gegen das sich herausbildende sozialistische Lager benutzte. *Drittens* standen die Produktionskapazitäten in wichtigen Bereichen trotz Kriegszerstörungen und Demontagen bereit, so daß im Falle sich verbessernder Verwertungsbedingungen mit der Produktion begonnen werden konnte. *Viertens* stand dem Kapital trotz der Kriegsverluste an Menschenleben keine geringere, sondern sogar gewachsene Zahl ausbeutbarer Arbeitskraft z. T. mit sehr hoher Qualifikation zur Verfügung. *Fünftens* hatte die von der US-Besatzungsmacht de facto durchgeführte Währungsreform dafür gesorgt, daß das industrielle Kapital sich weitgehend entschulden konnte und gleichzeitig die Ersparnisse des „kleinen Mannes“ radikal reduziert wurden. *Sechstens* wurde nach der Währungsreform der Preisstop aufgehoben, während der

42 Vgl. dazu die Ausführungen von H. Heininger, *Der Nachkriegszyklus der westdeutschen Wirtschaft*, Berlin (DDR) 1959, S. 60 ff., der die verschiedenen Berechnungen der Kriegsverluste und Demontagen einer kritischen Untersuchung unterzieht.

43 H. Heininger, a. a. O., S. 56

44 H. Heininger, a. a. O., S. 146 f.

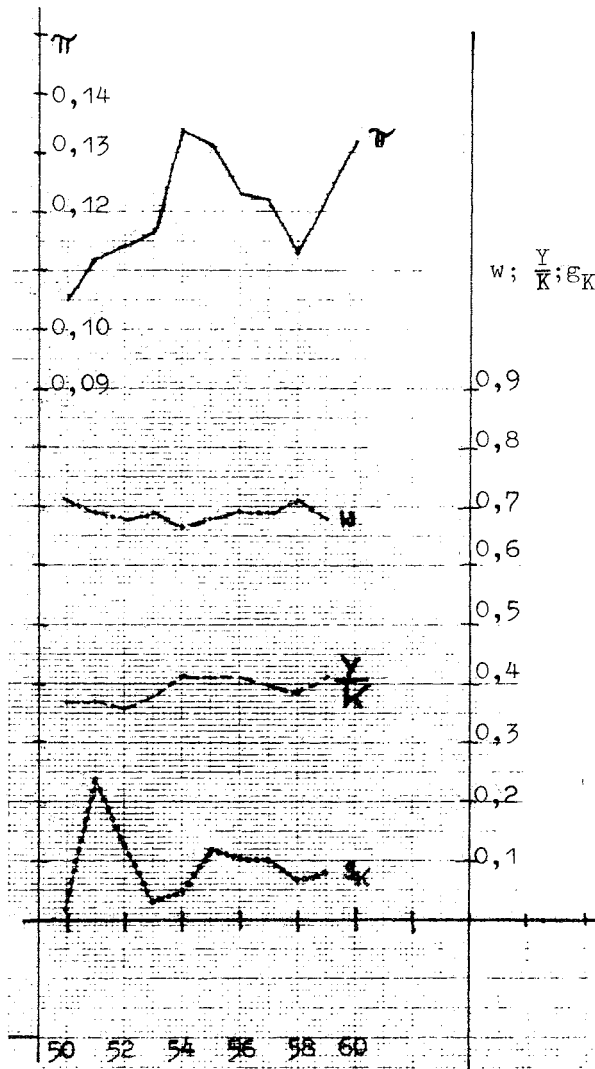
Lohnstopp zunächst bis Ende 1948 aufrechterhalten blieb, was zu einer für die Anfangsphase der Kapitalakkumulation wichtigen Reduzierung der sowieso schon elenden Reallöhne führte.

So nimmt es nicht wunder, daß das im Faschismus terroristisch erpreßte hohe Niveau der Ausbeutung zunächst erhalten und später – wie wir noch zeigen werden – sogar noch gesteigert werden konnte. Aufgrund der geschwächten und politisch entrechteten Arbeiterklasse sowie infolge der hohen Zahl von Arbeitslosen konnte das Kapital zu niedrigen Lohnkosten produzieren. So kommen – je nach der Berechnungsmethode – Untersuchungen über die Lage der Arbeiterklasse zu dem Ergebnis, daß das Reallohniveau der westdeutschen Arbeiter erst 1950 (so Wallich) bzw. erst 1956 (so Kuczynski) das Niveau von 1938 wieder erreichte (45). Hält man sich vor Augen, daß der Lebensstandard im Jahre 1938 unter demjenigen vor der Weltwirtschaftskrise lag, dann wird deutlich, auf welche günstige Verhältnisse das westdeutsche Kapital nach dem zweiten Weltkrieg traf, sobald es wieder anfangen konnte zu akkumulieren. Dies war nach der Währungsreform in breitem Umfang der Fall. So verwundert es nicht, daß unter diesen Umständen, d. h. bei stagnierender oder gar fallender Lohnquote und bei steigender Kapitalproduktivität die Kapitalrentabilität Anfang der 50er Jahre sehr schnell wieder das Niveau erreichen konnte, das im Faschismus terroristisch erreicht worden war. Anhand unseres Schaubildes 2 läßt sich diese Entwicklung nachvollziehen: Im Zusammenhang mit dem Schaubild 1 betrachtet zeigt es sich, daß die Jahre von 1945 bis 1950 nicht als eine „Unterbrechung“ der Kontinuität des Kapitals vom Faschismus zur Bundesrepublik Deutschland gewesen sind, die aber eher als bereinigend im Sinne kapitalistischer Rationalität denn als ein Neuanfang einzustufen sind.

- 45 H. C. Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, Frankfurt 1955, S. 78 ff.; J. Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Berlin (DDR) 1963, S. 386. Erst Ende 1948 wird durch den Wirtschaftstopp der seit 1933 de facto bestehende Lohnstopp aufgehoben.

Schaubild 2

Entwicklung der Kapitalproduktivität Y/K , der Lohnquote w , des Wachstums des Kapitalstocks g_K und der Kapitalrentabilität π in den Jahren 1950 bis 1959 (die Zahlen gelten für die gewerbliche Wirtschaft)



Quelle:

Eigene Berechnungen auf Basis der Daten bei W. G. Hoffmann, Das deutschen Wirtschaft seit Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts berg/New York 1965

3. Komponenten und Tendenzen der Kapitalakkumulation in Westdeutschland von 1950 bis 1970

3.1 Die Kontinuität des Kapitalverhältnisses

Bisher haben wir die Bedingungen darzustellen versucht, die vor Existenz der BRD als politisches Gebilde in Weltwirtschaftskrise, Faschismus, Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit erzeugt worden sind und die Richtung sowie das Tempo der Kapitalakkumulation seit den 50er Jahren bestimmten. Die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation in Westdeutschland aber interessieren uns nicht als solche, sondern deshalb, weil nur deren Kenntnis darüber Aufschluß zu geben vermag, welche Bedingungen *heute* vorherrschen, welche zu erwarten sind und welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssen für die Erarbeitung einer Taktik der Arbeiterbewegung. In diesem Sinne betrachten wir die Entwicklungstendenzen in den 50er und 60er Jahren vor allem unter dem Aspekt, welche ökonomischen und politischen Verhältnisse in dieser Phase erzeugt worden sind, die für die weitere Entwicklung des Kapitalverhältnisses in den 70er Jahren relevant bleiben.

Die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation lassen sich deutlich anhand des Schaubildes 3 (bzw. der Tabelle 2) darstellen. Die Kapitalrentabilität ist gleich zu Beginn der 50er Jahre sehr hoch. In der ersten Hälfte der 50er Jahre steigt sie weiter an, um danach eine eindeutig fallende Tendenz anzunehmen. Diese Tendenz dauert auch – soweit dies erkennbar ist – in den 70er Jahren an. Diese Bewegung der Kapitalrentabilität läßt sich auf die Bewegungen der Kapitalintensität, der Arbeitsproduktivität und der Lohnquote zurückführen. Der Zusammenhang dieser Größen ergibt sich aus der schon in PROKLA 13 von uns entwickelten Relation zwischen Arbeitsproduktivität, der Lohnquote bzw. dem Komplement zur Lohnquote, der Profitquote, und der Kapitalintensität. Aus der statistisch aufweisbaren Bewegung dieser Größen lassen sich folgende grobe Angaben über die Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation machen:

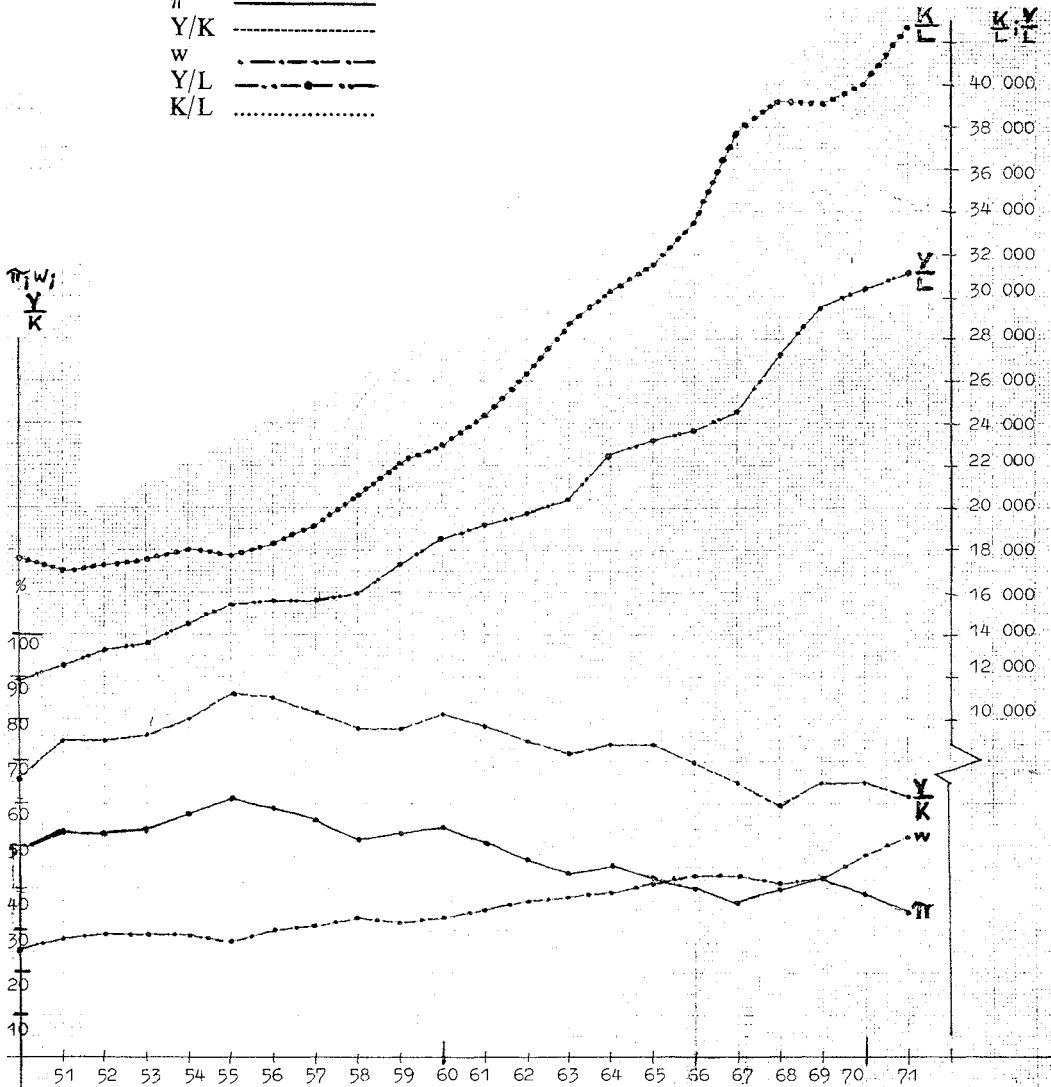
Der Anstieg der Kapitalrentabilität in den 50er Jahren ist dem nur geringen Wachstum der Kapitalintensität, dem schnellen Wachstum der Arbeitsproduktivität und der niedrigen Lohnquote geschuldet. Der fallenden Tendenz der Kapitalrentabilität seit Ende der 50er Jahre liegt hingegen eine sehr hohe Wachstumsrate der Kapitalintensität, eine demgegenüber geringere Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und eine ansteigende Lohnquote zugrunde. Die immer noch steigende Arbeitsproduktivität wurde mit einem schnelleren Anstieg der Kapitalintensität erkaufte, so daß seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre auch die Kapitalproduktivität fällt (46).

46 Vgl. dazu auch Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 169/70, Tabelle 3

Schaubild 3

Entwicklung der Kapitalrentabilität π , der Lohnquote w , der Arbeitsproduktivität Y/L und der Kapitalintensität K/L der Industrie in der BRD

π —————
 Y/K - - - - -
 w - · - - -
 Y/L - · - - -
 K/L ······



Quelle:

Eigene Berechnungen und Kregel u. a., Produktionsfaktoren und -potential..., a. a. O.

Tabelle 2:

Kapitalrentabilität in der Industrie

(auf Basis der Daten bei: R. Krengel u. a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 13. Folge, 1950 bis 1960, Berlin 1973; dies., Statistische Kennziffern, 12. Folge, 1960 bis 1971, Berlin 1972)

Jahr	$\frac{Y}{K}$	$\frac{Y}{L}$ (=eff. Netto- produktions- volumen je Beschäftigt.)	$\frac{K}{L}$ (=Bruttoan- lagevermö- gen je Beschäft.)	w	(1 - w)	π
1950	0,667	11 952	17 927	0,264	0,736	0,491
1951	0,750	12 777	17 045	0,284	0,716	0,537
1952	0,757	13 222	17 475	0,294	0,706	0,534
1953	0,765	13 615	17 796	0,298	0,702	0,537
1954	0,809	14 589	18 034	0,288	0,712	0,576
1955	0,862	15 515	17 989	0,289	0,711	0,613
1956	0,852	15 730	18 454	0,307	0,693	0,590
1957	0,821	15 831	19 298	0,317	0,683	0,561
1958	0,783	16 165	20 645	0,330	0,670	0,525
1959	0,785	17 351	22 113	0,325	0,675	0,530
1960	0,815	18 770	23 032	0,331	0,669	0,545
1960	0,812	18 702	23 028	0,333	0,667	0,542
1961	0,791	19 246	24 346	0,355	0,645	0,510
1962	0,757	19 918	26 304	0,378	0,622	0,471
1963	0,727	20 688	28 440	0,389	0,611	0,444
1964	0,746	22 487	30 136	0,391	0,609	0,454
1965	0,741	23 334	31 504	0,413	0,587	0,435
1966	0,706	23 811	33 748	0,433	0,567	0,400
1967	0,653	24 749	37 913	0,430	0,570	0,372
1968	0,700	27 479	39 238	0,418	0,582	0,407
1969	0,754	29 508	39 127	0,428	0,572	0,431
1970	0,755	30 254	40 049	0,483	0,517	0,390
1971	0,729	31 098	42 648	0,520	0,480	0,350

Zahlen ab 1960 einschließlich Saarland (in Preisen von 1962, w wurde auf Basis der Nominallöhne (!) berechnet!)

$$\pi = Y/K (1 - w)$$

Diese in bürgerlichen Kategorien dargestellten Entwicklungstendenzen lassen sich auch auf der Grundlage der Marxschen Theorie umreißen.

In den 50er Jahren war die Mehrwertproduktion ohne größere Steigerung des Einsatzes von konstantem Kapital pro Arbeiter, also ohne bedeutsames Wachstum der technischen und organischen Kapitalzusammensetzung möglich. Bei einer hohen Mehrwertrate, die der Wertsenkung der Arbeitskraft durch Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Krieg geschuldet war, bedeutete die schnelle Zunahme der Beschäftigung eine in gleichem Maße zunehmende Wertproduktion, und daher auch Mehr-

wertproduktion. Unter diesen Umständen einer hohen Mehrwerttrate und einer nur langsam steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals mußte die Profitrate ebenfalls sehr hoch sein. Seit dem Ende der 50er Jahre aber wird zur Steigerung der Mehrwertproduktion das Kapital in verstärktem Maße auf die Methoden der Produktion des relativen Mehrwerts verwiesen. Die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit resultiert zwar in einer Wertsenkung der Arbeitskraft, aber der zur Erreichung dieses Resultats notwendige ansteigende Einsatz von konstantem Kapital bringt auch die beschleunigte Steigerung der organischen Kapitalzusammensetzung mit sich. Konsequenz ist eine tendenziell fallende Profitrate. Anders ausgedrückt: Die Steigerung der Mehrwerttrate kann die negative Wirkung der ansteigenden organischen Zusammensetzung auf die Profitrate nicht kompensieren oder überkompensieren.

Nach diesen globalen Aussagen ist es möglich, die Entwicklungsphase des Kapitalismus in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg grob zu gliedern. Aufgrund der besonderen historischen Umstände nach dem Zweiten Weltkrieg, also aufgrund der *besonderen und keineswegs typischen* Voraussetzungen der Kapitalakkumulation lassen sich zwei Phasen unterscheiden, die *ungefähr* den beiden Jahrzehnten der 50er und 60er Jahre entsprechen. So haben wir auch unsere Darstellung entsprechend dieser Einteilung gegliedert.

Uns ist die Problematik einer Periodisierung kapitalistischer Entwicklung bewußt, da sie häufig eher willkürlichen Einteilungskriterien aufgrund der Praktikabilität von Manipulationen mit Datenmaterial oder aufgrund von fehlerhaften theoretischen Ansätzen zustandekommen. Es sei an dieser Stelle daher deutlich betont, daß diese Periodisierung weder etwas mit der aus statistischen Gründen möglicherweise sinnvollen Untergliederung nach Jahrzehnten noch mit der den Vorstellungen der neoklassischen Wachstumstheorie verwandten Einteilung in eine extensive und eine intensive Entwicklungsphase zu tun hat (47).

Unser Periodisierungskriterium kann vielmehr wie folgt formuliert werden: Anfang bis Mitte der 50er Jahre herrschen noch Bedingungen der Kapitalakkumulation vor, die während des Faschismus, des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Es ist sozusagen eine unter kapitalistischen Entwicklungsbedingungen *atypische* Phase, deren Voraussetzungen und Grundlagen im Verlauf der Entwicklung schwinden. Warum und wie dies geschieht, wird unten genauer dargestellt.

Die zweite Hälfte der 50er Jahre ist am ehesten als „Phase des Umbruchs“ zu bezeichnen, in der die überkommenen günstigen Voraussetzungen schon erodieren, aber dennoch in abgeschwächter Form weiter wirksam sind. Erst seit etwa 1958/60 findet der westdeutsche Kapitalismus zur „Normalität“ zurück. Seitdem zeigt es sich, daß die im Prozeß der Kapitalakkumulation heranreifenden Widersprüche sich bis zur krisenhaften Zuspitzung verschärfen können.

47 Wie aus Schaubild 3 ersichtlich, fällt seit 1955 die Kapitalrentabilität. In diesem Zeitraum wird die Auflösung der industriellen Reservearmee zudem zunehmend sichtbar. (Vgl. dazu später die Darstellung der „Beschäftigungsschranke“.) Zur Kritik an einer solchen groben Periodisierung vgl. Projekt Klassenanalyse, a. a. O., S. 56 ff.

So wirken in dieser Phase des westdeutschen Kapitals noch die unter dem Faschismus und im Verlauf des Zweiten Weltkriegs entstandenen Bedingungen der Kapitalakkumulation nach. Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses erfolgt beinahe krisenfrei. Zwar setzen sich auch in den 50er und in der ersten Hälfte der 60er Jahre die Tendenzen der Kapitalakkumulation in zyklischer Form durch. Aber vor 1967 spitzen sie sich niemals bis zu einer scharfen Krise zu. Die Krise als Form der „Bereinigung“ von im Verlauf der Kapitalakkumulation entstandenen Widersprüchen war überflüssig. In dieser Phase hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten, wie sie noch niemals in der Geschichte des Kapitalismus erreicht worden sind, konnten sich daher Theorien, die die Krisenfreiheit des Spätkapitalismus oder die grundsätzliche staatliche Manipulierfähigkeit der Wirtschaft behaupteten, oberflächlich betrachtet auf die „Realität“ selbst beziehen. Ihr Grundfehler dabei war und ist, die Entwicklungsphase der Kapitalakkumulation nicht auf ihre besonderen, außergewöhnlichen Umstände hin untersucht und nicht beachtet zu haben, daß gerade die außergewöhnlich günstigen Bedingungen für einen beschleunigten Akkumulationsprozeß von Kapital im Verlauf dieses Prozesses schwinden und dann auch der westdeutsche „Wirtschaftswunder“-Kapitalismus zur Normalität der zyklischen Bewegung, d. h. der periodisch hereinbrechenden Krisen zurückkehrt (48).

Auf der anderen Seite bilden sich in dieser Zeit alle diejenigen ökonomischen, sozialen und politischen Momente heraus, die bis heute die sprichwörtliche „Stabilität“ der westdeutschen Gesellschaft ausmachen. Auf die uns am wichtigsten erscheinenden Bedingungen soll an dieser Stelle kurz eingegangen werden (49).

(1.) Es entsteht eine Branchenstruktur, die Westdeutschland zu dem – im Vergleich mit allen anderen entwickelten kapitalistischen Ländern – hochindustrialisiertesten Land macht (gemessen an dem Anteil der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte) und die das westdeutsche Kapital für seine starke Stellung auf dem Weltmarkt geradezu prädestiniert (50).

Die traditionelle Branchenstruktur mit den Schwergewichten im Maschinenbau, in der Chemie-, Eisen- und Stahlindustrie und im Fahrzeugbau war schon immer eine Voraussetzung für die günstige Stellung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt. Die expandierende Nachfrage auf dem Weltmarkt mit Beginn des Korea-Krieges und die sich verbessernden Verwertungsbedingungen des Kapitals führten in allen hochentwickelten Ländern zu einer Steigerung der Importnachfrage. In diesem Zusammenhang der Wiederherstellung des Weltmarkts wurden Maßnahmen zum Abbau der Zollschränken und anderer Handelshemmnisse durch Bil-

48 Die Erfahrung einer Periode relativ krisenfreier und schneller kapitalistischer Entwicklung wirkt noch heute in Theorien nach, die – wie etwa bei Habermas und auch bei Offe – die inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation im „Spätkapitalismus“ negieren und es als „orthodoxe“ Position bezeichnen, wenn an der grundlegenden Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft festgehalten wird. Vgl. J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a. M. 1973, S. 73 ff.

49 entfällt

50 Vgl. auch G. Fels, Probleme der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1 (1971); ders., Der Wandel der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und seine Konsequenzen für die Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, in: WSI-Studien, Nr. 22, Köln 1973

derung von Wirtschafts- und Zollgemeinschaften (Montanunion 1952; EWG 1957) und zum Abbau der Konvertibilitätsbeschränkungen der Währungen unternommen. Die Ausdehnung der Märkte und die Massenproduktion ermöglichten ihrerseits auch in Westdeutschland die Einführung neuer Produktionsmethoden, die angesichts des begrenzten nationalen Marktes unrentabel gewesen wären.

War in der Weltwirtschaftskrise der Zusammenbruch des Weltmarktes ein wesentlicher Grund für die Schärfe und das Ausmaß der Krise, da hierdurch die exportorientierte Industrie ihre Märkte verlor, so wird in den 50er Jahren der allgemeine Aufschwung auf dem Weltmarkt und die günstige Konkurrenzstellung des westdeutschen Kapitals zu einem wichtigen Faktor der beschleunigten Kapitalakkumulation.

So steigt der Anteil des Auslandsumsatzes in der westdeutschen Industrie von 8,3 v. H. im Jahre 1950 bis 1972 auf 20,0 v. H. an. Westdeutschland wird auf diese Weise nach den USA zum zweitgrößten Welthandelsland. Im Jahre 1971 liegt sein Anteil an der Weltausfuhr bei 11,28 v. H. (51).

Diese starke Stellung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt aber führt nicht nur zu einer starken Weltmarktabhängigkeit im Sinne einer Abhängigkeit von der Nachfrageentwicklung auf dem Weltmarkt. Da die Realisierungsbedingungen der in Westdeutschland produzierten Werte auf dem äußeren Markt zum entscheidenden Moment der Kapitalzirkulation werden, hat dies auch Konsequenzen für die Reproduktionsstruktur des Kapitals. Mit anderen Worten: die traditionelle Branchenstruktur, die für die Exportfähigkeit Voraussetzung war, verfestigt sich noch im Verlauf der Entwicklung. Die Branchenstruktur, so wie sie sich in Westdeutschland herausgebildet hat, ist nur dann „angemessen“, wenn die Realisierungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt erhalten bleiben und – da ja die in den entsprechenden Branchen angelegten Kapitale akkumulieren müssen und folglich immer mehr Waren produzieren – sich noch ausweiten.

In viel größerem Maße als andere nationale Kapitale ist daher das westdeutsche Kapital daran interessiert, daß der Weltmarkt expandiert und protektionistische Maßnahmen unterbleiben. Auf der anderen Seite allerdings entstehen aufgrund dieser Struktur Ungleichmäßigkeiten und Krisen auf dem Weltmarkt. Der seit Beginn der 50er Jahre strukturelle Überschuß der Exporte über die Importe bedeutet bei anderen Ländern ein ebenso strukturelles Handelsbilanzdefizit. Auf die Dauer muß dies zur Zahlungsunfähigkeit einzelner Länder führen.

Die Weltwährungskrisen, wie sie sich seit Beginn der 60er Jahre regelmäßig ereigneten, sind also *auch* – auf andere Momente gehen wir nicht ein (52) – eine Folge der im Verlauf der Kapitalakkumulation in Westdeutschland herausgebildeten Branchenstruktur.

51 Statistisches Jahrbuch 1973, S. 72; Börsen und Wirtschaftshandbuch 1973, Frankfurt a. M. 1973, S. 218

52 Vgl. dazu Chr. Neusüss, B. Blanke, E. Altvater, Kapitalistischer Weltmarkt und Weltwährungskrise, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 1 (1971); Busch/Schöller/Seelow, Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1971

(2.) Eine weitere, sich in dieser Zeit herausbildende Grundlage für die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft ist die politische Stabilität und auch heute noch starke Legitimationskraft des bürgerlichen Staates. Dies muß als eine Folge der weitgehenden ökonomischen Krisenfreiheit interpretiert werden. Die Gründe für diese ökonomische Krisenfreiheit sind schon kurz angedeutet worden und werden im folgenden noch ausführlich dargelegt. Jedoch bliebe die Analyse einseitig, wenn nicht auch auf die Rolle des Staates in diesem Prozeß hingewiesen würde. Der entscheidende Punkt hierbei ist, daß die Bedingungen der Kapitalakkumulation nicht mehr durch den westdeutschen Staat hergestellt werden mußten. Dadurch war es möglich, „liberal“ die Dinge sich selbst entwickeln zu lassen. Alle Ansätze etwa von Seiten der SPD und der Gewerkschaften nach dem Krieg und in den frühen 50er Jahren zur verstärkten wirtschaftlichen Planung seitens des Staates hätten konsequent in ein Konzept der sozialistischen Transformation der Gesellschaft integriert werden müssen, das gar nicht vorlag und vor allem sich nach 1948/52 auch auf keine entwickelte soziale Bewegung hätte stützen können. Andernfalls konnte staatliche Politik in dieser Phase nur dann den Bedingungen der Kapitalakkumulation angemessen sein, wenn sie die Kapitalbildung dadurch begünstigte, daß der Staat möglichst wenig Ressourcen in Anspruch nahm. Dieses Verhältnis von Kapitalakkumulation und staatlicher Politik wurde bei der Aufrüstung der Bundeswehr ganz deutlich. In einer Phase, in der Arbeitskräfte bereits knapp wurden, sollten innerhalb weniger Jahre einige Hunderttausend Männer im arbeitsfähigen Alter der Produktion entzogen werden. Um aber die Kapitalakkumulation nicht durch diese Maßnahme zu verlangsamen, wurde der Aufbau der Bundeswehr verlangsamt (53).

Allerdings kann dies nicht heißen, daß der Staat überhaupt nicht in die Kapitalbildung eingegriffen hätte. Es kann nur heißen, daß seine Eingriffe allesamt darauf hinausliefen, die Kapitalakkumulation dadurch zu beschleunigen, daß der Staat selbst auf die Inanspruchnahme von ökonomischen Ressourcen verzichtete. Beispiele hierfür sind die gezielten Maßnahmen zur Entwicklung der Grundstoffindustrie mit dem „Investitionshilfegesetz“ (54). Hierbei handelt es sich um eine Umverteilungsmaßnahme zwischen verschiedenen Branchen mit Staatshilfe, um die stofflichen Voraussetzungen für eine beschleunigte Akkumulation herzustellen. Da die Produkte der subventionierten Branchen preisgebunden blieben, konnte das vorzuschießende Kapital für Rohstoffe und Investitionsgüter in anderen Branchen niedrig gehalten werden. Der Charakter dieser Maßnahme ist eindeutig: Der Staat sorgte dafür, daß innerhalb des Kapitals Investitionsmittel umverteilt wurden, ohne daß er einen Teil der Mittel auf sich gezogen hätte, um die Investitionen selbst durchzuführen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die in der ersten Hälfte der 50er Jahre wichtigen steuerlichen Anreizsysteme. Über die mehrmals modifizierte Steuergesetzgebung (insbesondere über die 7er Paragraphen des EStG) wurden degressive Abschreibungsverfahren ermöglicht, die sich geradezu als Zwang

53 Vgl. dazu Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten und Berlin 1966, insbes. S. 75 ff.

54 Vgl. zur Wirkung des „Investitionshilfegesetzes“ die Darstellungen bei Wallich, a. a. O., Hartwich, a. a. O. und J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt a. .M. 1969

zur Kapitalbildung von seiten der Steuergesetzgebung auswirkten (55). Darüber hinaus nahm die staatliche Förderung der Akkumulation auch direkt die Form einer Steuerbefreiung der Profite und Investitionen an, wodurch die Selbstfinanzierung des Kapitals und die Akkumulation direkt beeinflusst wurden.

Der Unterschied zur Förderung der Kapitalakkumulation unter dem Faschismus, aber auch zu den Mitte der 60er Jahre entwickelten konjunkturpolitischen Instrumenten liegt darin, daß der Staat hier nicht durch die Anregung der Nachfrage, nicht durch Ausdehnung der staatlichen Verbrauchs- und Investitionsnachfrage und auch nicht durch ein sektorales Eingreifen in die Kapitalreproduktion wirksam wurde, sondern die Kapitalbildung in globaler Weise förderte. Dabei sollte der Staat – und dies fand seinen Ausdruck in der neoliberalen Wirtschaftstheorie – so wenig wie möglich ökonomische Ressourcen an sich ziehen, diese vielmehr der privaten Nutzung überlassen. Mit Hilfe der Zahlen über den Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich dieser Trend belegen. Stieg etwa in der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg der Staatsverbrauch von 14 auf 26 v. H. an – worin sich freilich auch der enorme Anstieg der Rüstungsausgaben widerspiegelt –, so liegt der Anteil des Staatsverbrauchs am Volkseinkommen im Durchschnitt von 1950/54 bei 17,5 v. H. und sinkt sogar noch weiter ab. 1955/59 liegt der Staatsverbrauch dementsprechend bei 15,6 v. H. (56). Diesem Absinken des öffentlichen Verbrauchs entspricht auf der anderen Seite ein Anstieg der privaten Investitionen.

Mit der ökonomischen Rekonstruktion restaurierte sich auch die politische Herrschaft des Kapitals. Seinen sichtbaren Ausdruck findet diese Restauration in dem schrittweisen Zurückdrängen der gewerkschaftlichen Forderungen nach Teilvergesellschaftung, Mitbestimmung und ökonomischer Planung bereits Anfang der 50er Jahre (57), in dem schnellen Erstarren der bürgerlichen Parteien, vor allem der CDU/CSU, in der Wiederherstellung des militärischen Machtapparates durch Aufrüstung der Bundeswehr, in dem Wandel des Selbstverständnisses der SPD von der Klassenpartei zur „Volkspartei“ in der Integration Westdeutschlands in die militärischen, politischen und ökonomischen Paktsysteme der kapitalistischen Staaten usw. – Zwar haben sich gegen jeden Schritt der politischen Restauration politische Bewegungen gebildet – gegen die Aufrüstung, gegen die atomare Bewaffnung, gegen die Notstandsgesetzgebung –, aber sie endeten immer in der politischen Niederlage, aus der Lehren gezogen wurden, aber die doch jeden Neuanfang politischer Opposition erschwerten.

Es soll hier keine politische Geschichte Westdeutschlands geschrieben werden; daher mag diese Aufzählung von einzelnen Momenten der Restauration der politischen Herrschaft des Kapitals genügen. Wichtig in unserem Zusammenhang ist dabei nur, daß dadurch die „Rahmenbedingungen“ der Kapitalakkumulation, die auch heute noch relevant sind, produziert worden sind.

55 Die degressive Abschreibung lief darauf hinaus, daß Teile des Profits dann nicht besteuert wurden, wenn sie reinvestiert wurden; je höher die Reinvestition, desto höher der steuerfreie Profit. Vgl. zum Mechanismus des Gesetzes insbesondere Hartwich, a. a. O.

56 W. G. Hoffmann, a. a. O., S. 108

57 Vgl. z. B. die im Münchener Programm des DGB erhobenen Forderungen, 1949

(3.) Das schnelle Wachstum des von den produktiven Arbeitern erzeugten Wertprodukts ermöglichte in der ganzen Entwicklungsphase von Beginn der 50er Jahre bis zur ersten Hälfte der 70er Jahre – mit nur kurzen Unterbrechungen in den Krisen-jahren 1967/68 – regelmäßige Reallohnsteigerungen, ohne daß hierfür scharfe ökonomische Kämpfe hätten geführt werden müssen. Zwar hat es in der Geschichte der BRD eine Reihe von schweren und langandauernden Streiks gegeben – um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen: den Bayernstreik 1954, den Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57, in Baden-Württemberg 1963 und 1971 (58) –, aber sie haben niemals ernstlich die Kontinuität des Reproduktionsprozesses des Kapitals stören können, so wie es in anderen kapitalistischen Ländern – in Italien, Großbritannien und Frankreich – seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre geschehen ist.

Die Tatsache der kontinuierlichen Verbesserung des Reproduktionsniveaus der Arbeiterklasse hat sich mit der Zeit in einer weitgehend wirtschaftsfriedlichen Haltung der Gewerkschaften niedergeschlagen. Das Scheitern ihrer Neuordnungsvorstellungen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die Unmöglichkeit, die Konzeption expansiver Lohnpolitik (Agartz) in die Praxis umzusetzen, die Perspektivlosigkeit einer auf Systemveränderung abzielenden Politik bei gleichzeitiger Anbindung an die sich rapide in die herrschende Gesellschaft integrierende SPD und bei sich verschärfendem Antikommunismus führte dann zu Ersatzstrategien, mit denen zwar einzelne Verbesserungen erreicht wurden, zugleich wurden aber grundlegende Änderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse implizit oder auch explizit abgelehnt.

Auch nach der ersten großen Krise im Jahre 1967 blieben die Gewerkschaften bei ihrer Integrationspolitik. Die spontanen Streiks von 1969 und von 1973 waren die Antwort darauf. Damit haben sich aber keineswegs die grundlegenden Beziehungen der Klassen und der Organisationen der Klassen gewandelt, so daß trotz der Bedeutung der spontanen Streiks für die politische Rekonstruktion der organisierten Arbeiterbewegung die Relevanz für die Bedingungen der Kapitalreproduktion nicht überschätzt werden darf. Während in den mit dem westdeutschen Kapital konkurrierenden westeuropäischen Ländern die Kontinuität der Kapitalakkumulation durch Klassenkämpfe beeinträchtigt ist, wird die erweiterte Reproduktion des Kapitals in Westdeutschland durch Streiks fast überhaupt nicht gestört. Der Streik ist infolge seiner Seltenheit in den vergangenen 25 Jahren zu etwas Außergewöhnlichem, ja beinahe Anstößigem geworden: Obwohl formell möglich und erlaubt, hat die restaurative Entwicklung de facto zu einer Ächtung des Streiks geführt, die zusammen mit der ökonomischen Disziplinierung der Arbeiter zu einem wirksamen Instrument des Kapitals dann wird, wenn Reallohnsteigerungen ohne Kämpfe nicht mehr erreicht werden können. Diese Entwicklung der Arbeiterklasse und der Klassenkämpfe ist jedenfalls heute mit dafür verantwortlich, daß in den 70er Jahren die Stellung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt gegenüber anderen kapitalistischen Ländern sich absolut und relativ verbessert.

58 Vgl. dazu die demnächst in der Europäischen Verlagsanstalt Köln-Deutz erscheinende Studie von Bergmann, Jacobi und Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der BRD (z. Zt. als unveröffentlichtes Manuskript verfügbar).

So zeigt es sich, daß die heute herrschenden Bedingungen nur verstanden werden können, wenn ihre geschichtliche Entstehung nachvollzogen wird. Dies soll nun unter dem begrenzten Aspekt der Untersuchung der Kapitalakkumulation in Westdeutschland geschehen.

3.2 *Profirate und Kapitalakkumulation in den 50er Jahren*

3.2.1 *Profit und Lohn*

Das hohe Akkumulationstempo zu Beginn der 50er Jahre ist vor allem durch die hohe Ausbeutungsrate bestimmt. Diese ist nicht so sehr durch die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit als vielmehr durch das im Faschismus und im Krieg heruntergedrückte Konsumtionsniveau und die niedrige Lohnquote bedingt (vgl. Schaubilder 1 und 2).

Eine Erklärung der hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts etwa durch die vorhandene Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft, wie es Jánossy versucht, oder durch die Weltmarkimpulse und die staatlichen Interventionen (Maddison) bzw. durch den Nachholbedarf nach dem Krieg (Shonfield) oder auch durch die „Freisetzung der privaten Unternehmerinitiative“, wie es die Neoliberalen vornehmen (59), reicht keineswegs aus, um das beschleunigte Wachstum beinahe aller strategischen ökonomischen Größen begreifen zu können. Was hätten dem Kapital qualifizierte Arbeitskräfte, große brachliegende Bestände an Produktionskapazitäten, vorzügliche Absatzchancen auf dem Weltmarkt, eine Ausweitung der staatlichen Nachfrage, „initiativfreudige“ Unternehmer genützt, wenn das, was da hätte abgesetzt werden können, nicht mit einer ausreichend hohen – und im westdeutschen Fall sogar außergewöhnlichen hohen – Profitrate hätte produziert werden können?

Für das Kapital sind zunächst einmal die Produktionsbedingungen maßgeblich, ob und inwiefern sie eine ausreichende Verwertung des vorgeschossenen Kapitals ermöglichen. Dies gilt gleicherweise für das Einzelkapital wie für das Gesamtkapital, – hier im nationalen Rahmen betrachtet. Da der Kapitalwert zirkulieren muß, werden für die Verwertung auch die Realisierungsbedingungen der produzierten Werte und Surpluswerte bedeutsam. Aber um realisiert werden zu können, müssen sie zunächst einmal produziert werden. Der einzelne Kapitalist mag zwar meinen, daß er den Profit aus der Veräußerung der produzierten Waren bezieht. Für das Gesamtkapital kann dies keineswegs gelten. Es kann nur der Profit den Formwandel in Geld vollziehen, der auch wirklich produziert worden ist. Wert und Mehrwert bzw. Profit entstehen nicht bei der Realisierung, sondern in der Produktion. – der Produktionsbedingungen gegenüber den Realisierungsbedingungen (Nachfrageverhältnissen) beimessen. Wir gingen davon aus, daß das hohe Akkumulationstempo

59 F. Janossy, *Das Ende der Wirtschaftswunder*, Frankfurt 1968; A. Maddison, *Economic Growth in the West*, New York, London (Allen & Unwin Ltd.) 1964; a. Shonfield, *Modern Capitalism*, London, Toronto, New York 1965 (Oxford University Press); W. Eucken, *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1950

durch eine hohe Ausbeutungsrate, die im Faschismus terroristisch erzwungen und durch den Krieg bestärkt worden ist, möglich war. Wie kann aber erklärt werden, daß die hohe Ausbeutungsrate in dem ersten Jahrzehnt nach dem Krieg gehalten und sogar noch erhöht worden ist? Wenn wir das in Tabelle 1 aufgeführte Verhältnis von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen in der gewerblichen Wirtschaft als Indikator benutzen, dann zeigt sich, daß der Anteil der Kapitaleinkommen in den 50er Jahren ansteigt. Ein wichtiger Grund für diese Tendenz war die vorhandene industrielle Reservearmee bis zur zweiten Hälfte der 50er Jahre.

In den 50er Jahren entwickelte sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Tabelle 3:
Arbeitslosigkeit in der BRD 1948–1960

Jahr	Registrierte Arbeitslose in 1 000	Arbeitslosenquote
1948	451	—
1949	1283	—
1950	1580	10,4
1951	1432	9,1
1952	1379	8,5
1953	1259	7,6
1954	1221	7,1
1955	928	5,2
1956	761	4,2
1957	662	3,5
1958	683	3,6
1959	476	2,5
1960	235	1,2

Quellen:

H. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955, S. 274 und Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 7/1273, 1973, S. 206

Erst 1955 sinkt die Arbeitslosigkeit unter 1 Million, und erst gegen Ende der 50er Jahre geht sie so weit zurück, daß man von „Vollbeschäftigung“ sprechen kann. Die große Zahl von Arbeitslosen hat ganz sicher disziplinierend gewirkt und erstens das Teilungsverhältnis des Nettoprodukts zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten des Kapitals beeinflußt, zweitens jahrelang dem Kapital die Akkumulation ermöglicht, ohne infolge knapper Arbeitskraft und steigender Löhne die Kapitalintensität steigern zu müssen.

Ein weiterer Faktor kommt noch hinzu: nämlich der während der ganzen 50er Jahre anhaltende Zustrom von Flüchtlingen und Umsiedlern aus den ehemaligen Ostgebieten und dann auch aus der DDR. Allein vom Jahr 1945 bis zum Jahr 1950 strömten 7,9 Mio Flüchtlinge nach Westdeutschland. Bis 1961 waren es weiter pro Jahr zwischen 330 000 (1953) und 150 000 (1959).

Diese Flüchtlinge waren für das Kapital durchaus keine Last, wie es häufig in

den Apologien des „Wirtschaftswunders“ dargestellt wird. Ihre Funktion für den Akkumulationsprozeß — abgesehen von kurzfristigen Eingliederungsproblemen — bestand vielmehr in dreierlei: *Erstens* füllten sie die industrielle Reservearmee immer wieder auf und drückten damit auf die Löhne auch der beschäftigten Arbeiter (60). *Zweitens* ermöglichten sie den reibungslosen Nachschub von häufig sehr hoch qualifizierten Arbeitskräften für die Produktion. *Drittens* erzeugten sie — einmal in den Produktionsprozeß eingegliedert, — auf der Basis der angewandten Technologie im Produktionsprozeß zusätzliche Wert- und Mehrwertmassen (61), trugen also das ihre zur Steigerung der Wertproduktion bei, die sich als hohe Steigerungsrate des Sozialprodukts ausdrückte. Kurz, die objektive Funktion der zuströmenden Flüchtlinge bestand darin, bedeutsame Lohnsteigerungen im Zuge des Abbaus der industriellen Reservearmee zu verhindern und mit ihrer Eingliederung in den Produktionsprozeß ohne Veränderung der Produktionsbedingungen die Erhöhung der Wert- und Mehrwertproduktion zu ermöglichen.

So kam es, daß sich das Verhältnis von Profiten zu Löhnen (Kapitaleinkommen zu Arbeitseinkommen) noch gegenüber der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg verbesserte (vgl. Tabelle 1).

Einige Daten aus der ersten Hälfte der 50er Jahre mögen dies zusätzlich belegen:

- 60 So schreiben Gündel, Heininger, Hess, Zieschang, Die Labilität des Wirtschaftssystems in Westdeutschland, Berlin 1963, D. 59: „Die Umsiedler wurden zu einer äußerst ergiebigen Akkumulationsquelle für das westdeutsche Kapital. Infolge ihrer Verelendung nahmen sie auch unter den schlechtesten Bedingungen die Arbeit auf, was die Ausbeutungsbedingungen und damit den ganzen Reproduktionsprozeß nachhaltig beeinflussen mußte.“
- 61 Vgl. dazu die im ersten Teil des vorliegenden Artikels entwickelten Zusammenhänge von Anwachsen der beschäftigten Arbeitsmasse (ΔLN) und Anwachsen des Netto- bzw. Wertprodukts (ΔY), in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 13 (1974)

Tabelle 4:

Arbeitszeit, Löhne, Lebenshaltungskosten 1949–1954

Jahr	Wochenarbeitszeit Std. (1)	Bruttostundenlöhne 1950 = 100 (2)	Bruttostundenlöhne Z in DM (3)	Lebenshaltungskosten 1950 = 100 (2)
1947	39,7	—	—	—
1948	42,9	—	—	—
1949	47,2	—	1,20	—
März		90,1		108
Juni		93,3		107
Sept.		94,8		105
Dez.		95,5		105
1950	49,0		1,26	
März		96,5		100
Juni		97,5		99
Sept.		100,6		100
Dez.		105,3		101
1951	48,5		1,45	
März		109,0		106
Juni		117,2		108
Sept.		118,0		109
Dez.		—		112
1952	48,5		1,56	
Febr.		120,5		111
Mai		122,3		109
August		123,0		109
Nov.		125,0		110
1953	48,8		1,63	
Mai		126,0		108
Nov.		129,4		107
1954	49,5		1,67	
Mai		129,7		108
Nov.		133,0		110

Quellen:

- (1) *Wirtschaftskunde der BRD*, hrsg. Statistisches Bundesamt; Stuttgart und Köln 1955, S. 400 (männliche Arbeiter)
- (2) Henry C. Wallich, *Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs*, Frankfurt 1955, S. 78, 84, 92, 98
- (3) Karl Neelsen, *Wirtschaftsgeschichte der BRD*, Berlin 1971, S. 316

Die Zahlen dokumentieren, daß bei langer und verlängerter Arbeitszeit, steigenden Lebenshaltungskosten und mäßig steigenden Löhnen (39 v. H. im Falle der Bruttostundenlöhne) sicherlich keine Verbesserung in den Verteilungsverhältnissen stattfinden konnten. Zusätzlich muß man wissen, daß die Produktivität je Arbeiterstunde von 1949 bis 1954 um nahezu 45 v. H. zunahm (62). Daraus kann man nur eine

62 *Wirtschaftskunde der BRD* hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart und Köln 1955,

Schlußfolgerung ziehen: Das Verhältnis von Löhnen und Profiten verschlechterte sich noch gegenüber der Zeit vor dem Weltkrieg. Wenn man 1936 als Basis nimmt, dann stieg die Lohn- und Gehaltssumme bis Dezember 1948 auf 158 Indexpunkte, die Profitsumme auf 217 (63). Auch in den folgenden Jahren bietet sich das gleiche Bild. Nach Angaben von W. G. Hoffmann nahm das Kapitaleinkommen von 1950 bis 1959 um durchschnittlich 11,4 v. H. zu (in der Zeit von 1852 bis 1913 – zum Vergleich – stieg das Kapitaleinkommen um 3,73 v. H. pro Jahr), während das Arbeitseinkommen im gleichen Zeitraum nur um jährlich durchschnittlich 7 v. H. ansteigt. Wenn man 1950 gleich 100 setzt, dann steigen folglich die Kapitaleinkommen bis 1960 auf einen Indexwert von 294, während die Arbeitseinkommen nur auf einen Wert von 184 ansteigen.

Die Lohnquote bei *konstanter* Beschäftigungsstruktur verringerte sich dementsprechend von 1950 bis 1960 von 58,6 auf 53,9 v. H., diejenige der beschäftigten Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft sank von 71,5 auf 67,8 v. H. und erreicht damit – wiederum nach den Daten von W. G. Hoffmann – den tiefsten Stand seit 1850 (64). Auch die Berechnungen von Uhlmann und Huber ergeben dieses Bild. Danach sinkt die Lohnquote in den 50er Jahren von 75,4 auf 70,5 v. H., während umgekehrt die Profitquote von 24,6 auf 29,5 v. H. steigt (65).

Daß in unserem Schaubild 3 die Lohnquote demgegenüber leicht ansteigt, ist darauf zurückzuführen, daß die Lohnkosten ins Verhältnis gesetzt werden zum Nettoproduktionsvolumen der Industrie und zudem nicht inflationsbereinigt sind.

Es sind an dieser Stelle einige Bemerkungen zur Berechnung des Lohnkostenanteils am Produkt in der Statistik des DIW und des Sachverständigenrats notwendig, was insbesondere bei der Analyse der Lohnbewegung in den 60er Jahren von Bedeutung sein wird. Die „Lohnstückkosten“ = Lohn- und Gehaltssumme zu effektivem Nettoproduktionsvolumen bei Kregel u. a. sind nämlich durch den Gebrauch der *Nominallöhne* inflationär verfälscht, während das Nettoproduktionsvolumen als „reale“ Größe erfaßt ist (65a). Dadurch wird natürlich die Steigerungs-

S. 160

63 Heininger, a. a. O., S. 228

64 W. G. Hoffmann, a. a. O., S. 91 und 98; Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1967/68, Ziff. 353

65 RKW-Forschungsprojekt „Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: L. Uhlmann, G. Huber, Technischer und struktureller Wandel in der wachsenden Wirtschaft, Frankfurt a. M. 1971, S. 111, Tab. 42

65a Nach mündlicher Auskunft des DIW. Ähnlich sorglos bei der Berechnung (oder doch zumindest bei der Darstellung der Berechnung) geht der Sachverständigenrat vor, der es gleichfalls nicht für nötig erachtet, bei der Berechnung des Lohnkostenanteils am Produkt zu sagen, daß Nominallöhne ins Verhältnis gesetzt werden zu deflationierten Größen. Wir wollen hier nicht verschweigen, daß wir selbst dieser Berechnung des Sachverständigenrats in einem Artikel im „Handbuch I Politische Ökonomie – Perspektiven des Kapitalismus“ (Köln 1974) zur Berechnung der Kapitalrentabilität benutzt haben (vgl. auch Schaubild 4), wenngleich die *darán* anknüpfende Kritik von A. Blechschmidt (im selben Band) ins Leere geht, wie wir hier zeigen werden. – Man sieht, daß die Strenge und Wissenschaftlichkeit der bürgerlichen Theorie auch an der Oberfläche dann zu stinken anfängt, wenn es darum geht, die Verteilungsverhältnisse zu rechtfertigen und Material gegen die „übermäßigen Ansprüche“ der Arbeiter und der Gewerkschaften zu

rate des Lohnanteils am Produkt unverhältnismäßig hoch. (Dieser Einwand gilt nicht für die bisher benutzten Daten bei W. G. Hoffmann und damit für die Schaubilder 1 und 2!) Dieser steigt z. B. von 1950 bis 1971 um 96,9 v. H., während der Lohnanteil am gesamten Umsatz, *beides* in nominalen Größen, im gleichen Zeitraum nur um 28,9 v. H. ansteigt (eigene Berechnung nach Kregel u. a.). Damit wird zweierlei deutlich: (1.) daß der Anstieg der Lohnquote sicherlich die sinkende Kapitalrentabilität mit bewirkt hat; daß aber (2.) dies in viel geringerem Maße geschehen ist, als durch den Verlauf der Kurve w angezeigt wird. Aus dieser Kurve w kann keineswegs auf die realen Verteilungsverhältnisse geschlossen werden, vielmehr bestätigt unsere Berechnung unsere These, daß die Kapitalrentabilität in viel stärkerem Maße von der Entwicklung der Kapitalproduktivität und der dahinter sich verbergenden Veränderung in der Zusammensetzung des Kapitals bestimmt wird als durch die Lohnentwicklung.

liefern.

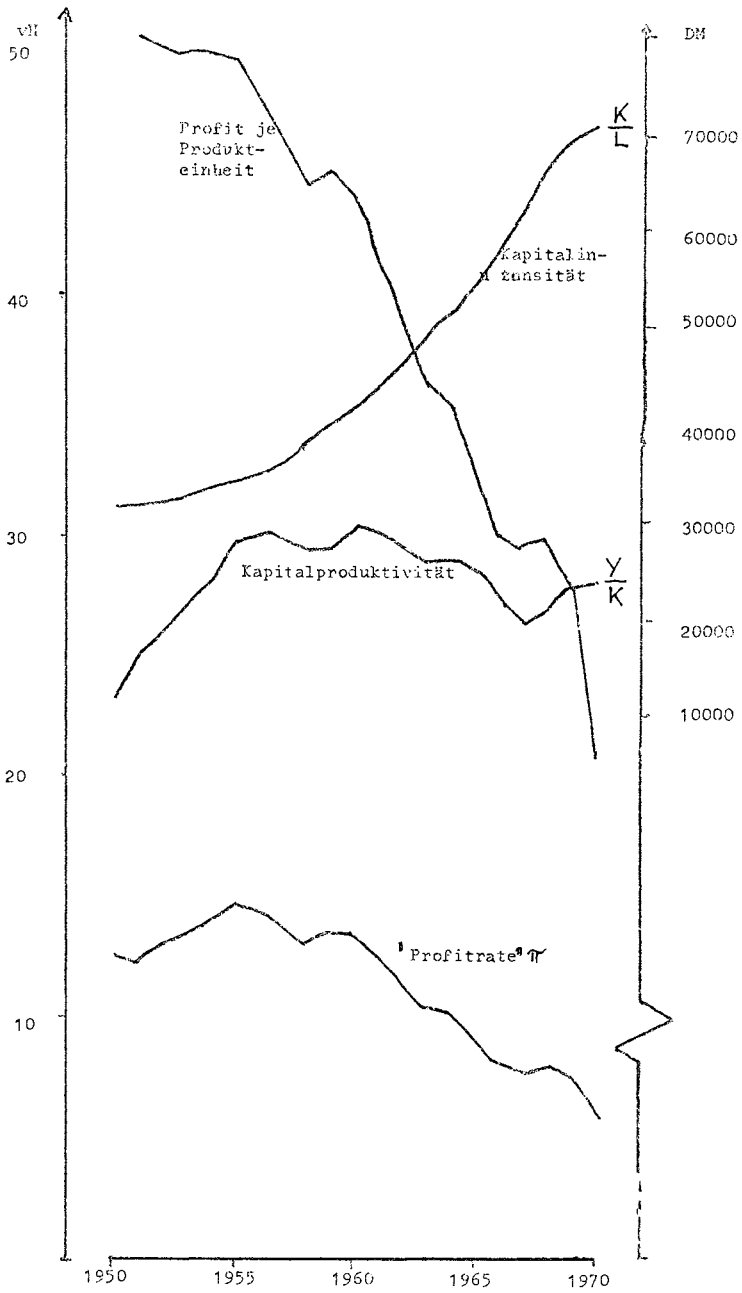
Auch wenn man diese Geldentwertung in Rechnung stellt, ändert sich nichts Entscheidendes am Ergebnis. Es existiert keine offizielle Statistik der Reallohnentwicklung, so daß man die Nominallöhne, die wir in unseren Berechnungen notgedrungen benutzen mußten, nicht einfach durch Reallöhne in den Berechnungen ersetzen kann. Zur Errechnung der Reallohnentwicklung müssen noch komplizierte Überlegungen angestellt werden. So haben wir lediglich modellhaft durchgerechnet, wie sich die Profitrate entwickelt haben müßte, wenn die Reallöhne 10 v. H., 20 v. H., 30 v. H., 40 v. H., 50 v. H. unter den Nominallöhnen gelegen wären. Die Ergebnisse sind eindeutig: Bei einer Differenz im 10-Jahreszeitraum von 1960 bis 1971 von 10 v. H. zwischen Nominal- und Reallöhnen würde im Jahre 1971 die Kapitalrentabilität 0,39 betragen, bei einer Differenz von 20 v. H. 0,43, bei 30 v. H. 0,46, bei 40 v. H. 0,50, bei 50 v. H. 0,53. Dies bedeutet, daß bei einem Auseinanderklaffen der Reallohnentwicklung und der Nominallohnentwicklung von 50 v. H. die Kapitalrentabilität noch leicht gesunken sein muß. Demgegenüber ist der Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte im genannten Zeitraum – nach offizieller Statistik (Sachverständigenrat) – um 35,1 v. H. gestiegen. Wenn wir einen „Deflationierungsfaktor“ entsprechend dem Preisanstieg für die Lebenshaltung einführen, dann erhalten wir für die Dekade von 1960 bis 1971 folgende Bewegung der Kapitalrentabilität: 1960: 0,54; 1962: 0,48; 1964: 0,48; 1966: 0,45; 1967: 0,42; 1968: 0,46; 1969: 0,49; 1970: 0,47; 1971: 0,45. Wir sehen, daß auch bei Berücksichtigung der Reallohnentwicklung der Fall der Kapitalrentabilität in den statistischen Daten erscheint, wenn auch – natürlich – nicht so bedeutsam wie auf der Grundlage der offiziellen inflationistisch verfälschten Zahlen.

Schaubild 4

Entwicklung der Kapitalrentabilität π , der Kapitalproduktivität, des Profits pro Produktseinheit und der Kapitalintensität (*gesamte Volkswirtschaft, nicht inflationsbereinigt!*)

Quelle:

SVG 1973



An dieser offensichtlichen Verschlechterung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter gegenüber dem Kapital konnten auch die Kämpfe der Arbeiterklasse in den 50er Jahren nichts ändern.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist aber noch, daß entsprechend der gewerkschaftlichen Strategie (Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre) erst die Vollbeschäftigungspolitik zu unterstützen, dann mit der Lohnbewegung nachzuziehen, aktiv dazu beigetragen wurde, die Akkumulationsgeschwindigkeit des Kapitals zu heben.

Zusammenfassend kann also zur Entwicklung des Teilungsverhältnisses von Lohn und Profit gesagt werden: Erstens verschlechterte sich das Verhältnis von Lohnquote und Profitquote. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Profite sehr viel schneller anstiegen als die Löhne. Zweitens stiegen die Reallöhne an, ebenso wie das produzierte Wertprodukt – infolge der Eingliederung von zusätzlichen Arbeitskräften in den Produktionsprozeß – ansteigt. Drittens steigt in dieser Phase die Arbeitsproduktivität sehr schnell an, im Durchschnitt der Jahre schneller als die Reallöhne.

Bevor auf die Entwicklung der Kapitalrentabilität in dieser Phase eingegangen werden kann, müssen die Entwicklungstendenzen des in Produktionsmitteln vergegenständlichten Kapitals und der Produktivkraft der Arbeit untersucht werden.

3.2.2 Kapitalstock und Arbeitsproduktivität

Nicht nur Arbeitskräfte standen dem Kapital in ausreichender Menge zur Verfügung, auch Produktionskapazitäten waren vorhanden. Zunächst einmal hatten die Investitionen während des Krieges vor allem in der Abteilung I (Produktionsmittelproduktion) zu bedeutenden Kapazitätserweiterungen auf Basis einer damals relativ hoch entwickelten Technologie geführt (66). Trotz Demontagen und Kriegsschäden waren die Produktionskapazitäten in wichtigen Branchen nicht geringer als vor dem Krieg. Meist reichten schon geringfügige Reparaturinvestitionen, um die bestehenden Kapazitäten als fungibles Kapital wieder in Gang zu setzen. So genügten relativ kleine Investitionen, um große Massen exploitabler Arbeitskraft in den Produktionsprozeß zu integrieren. Jede Beschäftigungszunahme bei noch dazu bis 1957/58 steigenden Arbeitszeiten führte zur Erhöhung der produzierten Wert- und Mehrwertmassen, sofern die so beschäftigten Arbeiter produktive und nicht unproduktive Arbeit leisteten (67).

Die staatliche Wirtschaftspolitik, insbesondere die Steuervergünstigungen, sorgten dafür, daß aus den zusätzlich erzeugten Mehrwertmassen ein großer Teil akkumuliert wurde. So stiegen die Investitionen (in Preisen von 1962 gerechnet) insgesamt von rund 30 Mrd DM auf rund 77 Mrd DM, also um 153 v. H. an. In

66 Vgl. R. Katzenstein, *Die Investitionen . . .*, a. a. O., S. 120 ff., Heininger, a. a. O., S. 48 ff.; durch diesen Prozeß verstärkte sich natürlich die Bedeutung der Abteilung I gegenüber der Abteilung II, was – wie schon dargestellt – die materielle Basis der deutschen Exportabhängigkeit ausmacht.

67 Zur Bedeutung der unproduktiven Arbeiter vgl. unten Teil 3.2.2.

diesen Zahlen ist aber noch nicht einmal die gesamte Akkumulation erfaßt, da ja zur erweiterten Reproduktion nicht nur zusätzliche Produktionsmittel (Bauten und Ausrüstungen, deren Zunahme allein in den Investitionen berücksichtigt ist), sondern auch Rohstoffe, Halbfertigwaren und zusätzliche Arbeitskräfte, die gegen Geld auf dem Arbeitsmarkt gekauft werden, notwendig sind. Das reproduzierbare Sachvermögen (zu Anschaffungspreisen bewertet) steigt im privaten Sektor insgesamt von 151 Mrd DM 1950 auf 392 Mrd DM im Jahre 1960, also um 160 v. H. an, in der gewerblichen Wirtschaft von 74 Mrd DM auf 215 Mrd DM, also um 190 v. H. an, wohingegen die Steigerungsrate im Staatssektor gerade 100 v. H. ausmacht (68).

Die Anfang der 50er Jahre in großem Umfang in Gang kommende Kapitalbildung mußte natürlich einhergehen mit der Einführung neuer Technologie in den Produktionsprozeß. Solange allerdings Arbeitskräfte reichlich zur Verfügung standen und der Lohnsatz vergleichsweise – verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern – niedrig war und die Arbeitszeit ausgedehnt werden konnte, waren die Voraussetzungen für eine Umwälzung der Produktionsmethoden nicht gegeben. „Es fehlten noch die ökonomischen Voraussetzungen für die Anwendung der modernen Technik“ (69).

Ohne nähere Ausführungen über den Umfang und die Richtung der technologischen Erneuerungen in den 50er Jahren machen zu können, da darüber unseres Wissens keine ausführlichen und stichhaltigen Untersuchungen vorliegen und man lediglich auf Mutmaßungen angewiesen ist, können doch die *ökonomischen Resultate* benannt werden.

So steigt in den 50er Jahren nicht nur die Investitionssumme absolut an, sondern es erhöht sich auch die Investitionsquote. Auch im internationalen Vergleich erreicht die westdeutsche Investitionsquote ein außergewöhnlich hohes Niveau. Bezeichnenderweise ist aber in den 50er Jahren der Anteil der Ersatzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen relativ gering, – vor allem im Vergleich zu den 60er Jahren (vgl. Tabelle 4a). Daraus geht hervor, daß hier der Kapitalstock sehr stark ausgeweitet worden sein muß.

68 Vgl. Wirtschaft und Statistik Nr. 11 (1972), S. 621, Tabelle 5

69 R. Katzenstein, a. a. O., S. 135

Tabelle 4a:

Bruttoinvestitionen und Nettoinvestitionen

Jahr	Bruttoinvestitionen	Abschreibungen	Nettoinvestitionen	Nettoinvestitionen in vH der Bruttoinv.	Abschreibungen in vH des Sozialprodukts
1950	18,74	8,32	10,42	55,6	8,5
1955	42,63	14,05	28,58	67,0	7,6
1960	68,96	24,27	44,69	64,8	8,5
1962	93,77	33,48	60,29	64,3	9,3
1964	113,49	44,17	72,32	63,7	9,8
1966	126,31	50,68	75,63	59,9	10,3
1968	124,78	57,40	67,38	54,0	10,6
1970	181,08	74,78	106,30	58,7	10,9
1972	215,55	93,61	121,94	56,6	11,3

Quelle:

Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1973, S. 212 und 216; eigene Berechnungen

In diesem Zeitraum steigt der Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft im Vergleich zu den 60er Jahren nur geringfügig an, nämlich von rund 31 000 DM Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigem im Jahre 1950 auf 41 400 DM im Jahre 1960 (70), also um rund 33 v. H. Gleichzeitig geht die Arbeitsproduktivität steil nach oben, nämlich um rund 75 v. H., und auch die Kapitalproduktivität, die das Verhältnis von lebendiger zur toten Arbeit indiziert, steigt bis zur zweiten Hälfte der 50er Jahre noch an. Solange aber die Arbeitsproduktivität schneller als die Kapitalintensität wächst (die Steigerung der Arbeitsproduktivität unabhängig von einer Zunahme der Kapitalintensität möglich ist), kann die Kapitalrentabilität ansteigen, wenn als zusätzliche Bedingung die Lohnquote konstant bleibt oder gar sinkt. Daß dies der Fall war, haben wir im vorangehenden Abschnitt dargestellt.

Aus der Bewegung von Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität schließen wir auf den Charakter der in den Produktionsprozeß im Verlauf der 50er Jahre eingeführten Technologie. Sie kann nicht sehr kapitalintensiv gewesen sein. Neue Investitionen dürften weder die technische noch die organische Zusammensetzung des Kapitals wesentlich angehoben haben. Die verbesserte Auslastung der Kapazitäten, die Vertiefung des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die langsam einsetzende Einführung neuer Produktionsmethoden hatten somit zwar hohe Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität zum Resultat, aber nur einen geringfügigen Anstieg der Kapitalintensität.

Dieses Verhältnis ist im wesentlichen – neben dem schon beschriebenen Absinken bzw. der Stagnation der Lohnquote – dafür verantwortlich, daß in der ersten Hälfte der 50er Jahre die Kapitalrentabilität noch steigt und anschließend auf hohem Niveau erst langsam fällt.

Der Schlüssel zum Verständnis dieser Entwicklung liegt einmal in der Erklärung der stagnierenden oder sogar sinkenden gesamtwirtschaftlichen Lohnquote,

70 Vgl. Tabelle 2

zum anderen aber in der Erklärung der Momente, die die Produktivitätsentwicklung beeinflussen.

Die Arbeitsproduktivität wird statistisch gemessen als Verhältnis von Output (Nettoproduktionsvolumen, Sozialprodukt, Volkseinkommen oder andere Größen) pro Arbeitseinsatz (pro Erwerbstätiger, je Arbeiter, je Arbeitsstunde usw.). Je nachdem, welche dieser Größen in Relation zueinander gesetzt werden, kommen unterschiedliche Ergebnisse heraus, die der adäquaten Interpretation bedürfen (71).

Aber dies ist nicht die einzige Schwierigkeit bei der Interpretation der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Es kommt hinzu, daß die Kennziffern für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität Preisgrößen sind. Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit hingegen bezieht sich auf die durch Veränderungen des Produktionsprozesses ermöglichte Steigerung der Produktion von Gebrauchswerten in einer gegebenen Zeiteinheit. Wenn die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, dann hat sich also zunächst einmal nur die produzierte Menge bestimmter Waren pro Zeiteinheit vergrößert. In der Statistik wird diese Menge aber nur wahrgenommen als aggregierte Preissumme. Selbst wenn die Veränderungen des Preisniveaus statistisch ausgeklammert werden, kann die Zahlenangabe für die Arbeitsproduktivität und ihre Entwicklung nicht ohne Vorbehalt als Ausdruck für die Produktivkraft der Arbeit und ihre Steigerung interpretiert werden (vgl. auch unsere Ausführungen in PROKLA 13). Darüber hinaus kann die Entwicklung der Arbeitsproduktivität die verschiedensten Prozesse ausdrücken. In der bürgerlichen Ökonomie hat es sich in den vergangenen Jahren eingebürgert, die Wachstumsrate des Sozialprodukts, die als Aggregat von Zunahme des Arbeitsvolumens und der Arbeitsproduktivität verstanden wird, auf die verschiedenen Faktoren zurückzuführen. Dabei kommen nicht nur ausgesprochen widersprüchliche, sondern auch abenteuerliche Ergebnisse heraus; denn Grundlage bleibt die Produktionsfaktoretheorie, die nun mit Hilfe verfeinerter mathematischer Berechnungen auf 20, 30 und mehr Faktoren ausgeweitet wird (72). Das Ganze führt dann dazu, daß die Sammelgröße Arbeitsproduktivität in verschiedene Komponenten – von der Bedeutung der Geschlechtszusammensetzung der Arbeiterschaft, über die Veränderung der Arbeitsstunden bis hin zu Erkenntnisfortschritten – zerlegt wird. Damit wird scheinbar erreicht, die Faktoren des Wachstums des Sozialprodukts in ihrer quantitativen Wirkung abschätzen zu können. Tatsächlich jedoch handelt es sich bei solchen Rechnungen um nichtsnutzige Scharlatanerie, die einen Genauigkeitsgrad vortäuscht, der schon deshalb gar nicht erreicht werden kann, weil die theoretischen Voraussetzungen der komplizierten Berechnungen falsch sind. Damit brauchen wir uns also nicht weiter aufzuhalten (73).

- 71 Vgl. Klaus Grenzdörffer, Probleme der Produktivitätsmessung, in: Das Argument 73 (1972)
- 72 Vgl. z. B. E. F. Denison, Why Growth Rates Differ, Washington D. C. (Brookings) 1967
- 73 Ein Beispiel für solche Berechnungen wird auch bei Klaus Hüfner, Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, Stuttgart 1970 affirmativ zitiert. Darin werden die „Determinanten des Wachstums“ bis auf 25 Faktoren aufgeschlüsselt und als 26. Kategorie noch „unberücksichtigte Determinanten“ eingesetzt. (S. 58 f.)

Dennoch bleibt das Problem, welche Prozesse in die Kennziffer „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ eingehen, bestehen. Auf einige dieser Prozesse, die gerade in Westdeutschland relevant waren, müssen wir hier eingehen.

(1) Wenn die – statistisch ausgewiesene – Arbeitsproduktivität in den Branchen der Wirtschaft unterschiedlich ist, dann findet eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität allein schon dann statt, wenn sich das Gewicht der vergleichsweise produktiven Branchen erhöht. In diesem Fall beruht die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf dem sogenannten „Struktureffekt“. Dieses Moment hat allerdings in den 50er Jahren keine entscheidende Rolle gespielt, wenngleich seine Bedeutung größer als in den 60er Jahren gewesen ist (74).

(2) Die Steigerung der Arbeitsproduktivität kann zu einem Teil, der nicht quantifizierbar ist, auf Steigerungen in der Intensität der Arbeit beruhen. Nachdem die Arbeitskräftezufuhr aufhörte und vor allem infolge der Arbeitszeitverkürzungen in der zweiten Hälfte der 50er Jahre ergab sich die Möglichkeit, die Verringerung der extensiven Seite der Arbeit durch Ausdehnung der intensiven Größe zu kompensieren. Erstens wurde dies möglich, da bei verkürzter Arbeitszeit die „Ausfüllung aller Poren der Arbeitsstunde“ erst physisch zu verkraften war, und zweitens war dies notwendig für das Kapital, um bei der verkürzten Arbeitszeit dennoch auf seine Kosten der tradierten Ausbeutungsrate zu kommen. Allerdings ist eine *Intensivierung der Arbeit ohne den politischen Druck*, wie er im Faschismus ausgeübt wurde, nur möglich, wenn die Produktionsbedingungen selbst verändert werden, wenn also der Arbeitsprozeß technologisch so umgewandelt wird, daß er intensivere Arbeitsformen zuläßt. Diese technologische Umwandlung betrifft sowohl die Seite der Produktionsmittel als auch die Seite der Arbeitsorganisation einschließlich der Formen der Lohnfindung und Entlohnung. Denn die Produktionsmittel müssen so gestaltet sein, daß sie höheres Arbeitstempo erfordern, und die Arbeitsorganisation muß sowohl ein Überwachungssystem enthalten als auch Anreize, damit die Arbeiter intensiver, schneller, pausenloser arbeiten. Auf der Seite der Produktionsmittel ist das wichtigste Mittel die Einführung und Verbreitung der Fließfertigung (75).

Intensivierung ist also eine Kehrseite der Ökonomisierung des konstanten Kapitals: Möglichst rentable Ausnutzung der Maschinerie auf Kosten des „Menschenmaterials“, das ja „Material“ des freien Lohnarbeiters ist und daher den einzelnen Kapitalisten im Falle des vorzeitigen Verschleißes nichts oder nur wenig angeht. Arbeitsunfälle, Frühinvalidität usw. legen davon Zeugnis ab. Ist aber mit der neuen Technologie in der Regel auch eine Steigerung der Arbeitsintensität verbunden, dann geht auch ein Teil der anschließend gemessenen Produktivitätssteigerung notwendig auf Kosten der gestiegenen Arbeitsintensität, die ja statistisch nicht gesondert ausgewiesen wird. Das heißt nichts anderes, als daß die Erhöhung oder Aufrechterhaltung der Mehrwertrate aufgrund von Produktivitätssteigerungen durchaus

74 Vgl. RKW-Forschungsprojekt, Bd. 2, a. a. O., S. 55 ff.

75 Vgl. Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 4 und 5 (1972); Neelsen, Wirtschaftsgeschichte . . . , a. a. O., S. 188.

nicht nur aufgrund der Produktion von relativem Mehrwert infolge der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch verbesserte Maschinerie etc. geht, sondern zu einem bedeutendem Teil auch auf Kosten der gestiegenen Arbeitsintensität. Es soll hier nicht näher darauf eingegangen werden, daß in der Arbeitsorganisation selbst und vor allem in den Anreizsystemen durch spezifische Lohnformen – Arbeitsbewertung, Rolle des Meisters im Produktionsprozeß, Akkordhetze, Prämienlöhne, moderne Verfahren vorbestimmter Zeiten – z. B. MTM oder Work Factor – dem einzelnen Arbeiter kaum eine andere Möglichkeit bleibt, als sich den Intensitätssteigerungen zu unterwerfen (76).

(3) Steigerungen der Arbeitsproduktivität können das Resultat von Substitutionsprozessen der Arbeit durch das konstante, vor allem durch das fixe Kapital sein. Infolge von Knappheit und Preis der Arbeitskraft können für das einzelne Kapital Notwendigkeiten entstehen, Arbeitskraft durch Kapital zu substituieren. Die Tatsache, daß nach Berechnungen des IFO-Instituts im Zeitraum von 1950 bis 1960 insgesamt rund 3 Mio Arbeiter freigesetzt worden sind (77), scheint für solche Substitutionsprozesse zu sprechen. Dagegen spricht allerdings die nur geringfügige Erhöhung der Kapitalintensität. Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß erstens durch das hohe Akkumulationstempo die freigesetzten Arbeiter ohne Umstände wieder in den Produktionsprozeß integriert werden konnten, daß zweitens die neuen Arbeitsplätze nur geringfügig kapitalintensiver waren als die alten und daß drittens dennoch die Steigerung der Kapitalintensität um rund ein Drittel ausreichte, um zur Erzeugung des Nettoprodukts einer bestimmten Größe im Jahre 1960 mit knapp 8 v. H. der Arbeitskräfte von 1950 auszukommen. Dieses Phänomen ist tatsächlich nur zu erklären, wenn man davon ausgeht, daß der „technische Fortschritt“ in den 50er Jahren nicht so kapitalintensiv gewesen ist, wie in den Jahren danach.

(4) Damit können wir zur vierten Komponente übergehen, die den Produktivitätsanstieg bewirkt. Durch Produktionserweiterung, durch die Eingliederung von bestimmten Produktionen in das System der Arbeitsteilung können sich statistisch Produktivitätsfortschritte bemerkbar machen, die weder auf Substitutions- noch auf Struktureffekten noch auf einer Erhöhung der Arbeitsintensität beruhen. Die ausreichende Zurverfügungstellung von Rohstoffen wie Eisen und Stahl oder die regelmäßige Versorgung mit Elektroenergie, Wasser und Kohle können große, produktivitätssteigernde Effekte ausüben. Denn die dadurch ermöglichte Kontinuität der Produktion, die Steigerung des Auslastungsgrades der Kapazitäten, die Beschleunigung der Zirkulation des Kapitals bewirken eine Steigerung des Outputs pro Arbeiter. Gerade zu Beginn der 50er Jahre hat diese Komponente der Produktivitätsentwicklung eine ganz entscheidende Rolle gespielt (78). Am Beispiel des Investitionshilfegesetzes hatten wir auch erwähnt, daß durch staatliche Politik zur Unterstützung derjenigen Zweige, deren Produkte für die Akkumulation von der Gebrauchs-

76 Vgl. ebd. und R. Schmiede, Entwicklungstendenzen und Widersprüche der Leistungsentlohnung, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 74, Frankfurt a. M. 1974

77 RKW-Forschungsprojekt, Bd. 1: Sieben Berichte, Frankfurt a. M. 1970, S. 102 ff.

78 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 69/70, Ziff. 53

wertseite her besonders wichtig waren, auch hinsichtlich der Steigerung der Produktivität ohne Kapitalintensivierung bedeutsame Effekte erzielt worden sind.

Diese einzelnen Komponenten sind nicht in jeder Periode gleichermaßen wirksam. Insbesondere das zuletzt aufgeführte Moment spielt nur dann eine bedeutende Rolle, wenn die Produktion sich von einem niedrigen Niveau her entwickelt, obwohl die Kapazitäten und Arbeitskräfte vorhanden sind, um eigentlich ein höheres Niveau der Produktion zu erreichen. Daher sind die Steigerungsraten der Produktivität, wenn man ihre zyklische Bewegung betrachtet, am höchsten im Aufschwung unmittelbar nach der Krise. In späteren Phasen, in denen diese „Spannung“ (Jánossy) nicht mehr wirksam ist, können Steigerungen der Arbeitsproduktivität nur noch durch entsprechende Kapitalvorschüsse, die die Kapitalintensität erhöhen, erreicht werden (79).

Wie wir schon anhand der empirischen Bewegung von Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität gesehen haben, hat sich auch für Westdeutschland gezeigt, daß eine Situation, in der die Produktivkraftsteigerungen mehrere Jahre über den Zuwachsraten der Kapitalintensität liegen, außergewöhnlich ist. Die Steigerungsraten der Kurven K/L und Y/L in unserem Schaubild 3 klaffen seit Mitte der 50er Jahre auseinander.

Zusammenfassend läßt sich also sagen:

Das hohe Niveau und der Anstieg der Kapitalverwertung in den 50er Jahren lassen sich erklären durch

- das niedrige Konsumtionsniveau der Arbeiterklasse und den niedrigen Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen (hohe Mehrwertrate);
- die von der Kapitalintensivierung unabhängigen Produktivitätssteigerungen; sie erfolgten, ohne daß dem eine größere Ausdehnung des Kapitalstocks pro Erwerbstätigem hätte zugrunde liegen müssen;
- die langen Arbeitszeiten und die rapide Eingliederung zusätzlicher produktiver Arbeiter in den Produktionsprozeß.

3.2.3 Die Vollbeschäftigung als Schranke der Profitproduktion und der Kapitalakkumulation

Der beschleunigte Aufschwung ohne eine wesentliche Veränderung der Kapitalintensität führte zu einer Absorption der verfügbaren Arbeitskräfte im Produktionsprozeß. Wäre der Akkumulationsprozeß „kapitalintensiver“ gewesen, dann wäre die Auflösung der Reservearmee von Arbeitslosen langsamer verlaufen. In der Verknappung der Arbeitskräfte seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre aber findet die Möglichkeit der Mehrwertproduktion durch Zunahme der Beschäftigung ohne umfassen-

79 Dies wird vom RKW-Forschungsprojekt (Berichtsband, a. a. O.) bestätigt: „Die Personalkosteneinsparungen waren in aller Regel an den Einsatz hochwertiger maschineller Einrichtungen gebunden. Dadurch stiegen die absoluten Kosten für den Faktor Kapital bei mehr als drei Viertel der relevanten Fälle.“ (S. 120)

de produktionstechnologische Veränderungen eine Grenze.

Die Zufuhr von Arbeitskräften setzt sich in den 50er Jahren aus folgenden Komponenten zusammen:

- (a) Auflösung der Reservearmee von Arbeitslosen,
- (b) Zuwanderung von Flüchtlingen,
- (c) Erhöhung der Erwerbsquote, insbesondere durch die Ausweitung der Frauenarbeit,
- (d) natürliche Bevölkerungszunahme,
- (e) Wiedereingliederung von durch technische Entwicklungen freigesetzten Arbeitskräften,
- (f) Verwandlung von bislang „Selbständigen“ in Lohnarbeiter im Zuge der Konzentration und Zentralisation,
- (g) Zunahme der wöchentlichen Arbeitszeit,
- (h) Zufuhr ausländischer Arbeitskräfte.

Per saldo wirkten diese Komponenten auf das Arbeitsvolumen, d. h. die insgesamt innerhalb eines Jahres geleisteten Arbeitsstunden, positiv. Doch ab 1957 nimmt das Arbeitsvolumen bereits ab:

Tabelle 5:
Anstieg des Arbeitsvolumens 1951 bis 1960

1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
2,0	1,3	2,1	2,2	3,0	1,6	-1,4	-1,1	-0,6	1,2

Quelle:

RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Sieben Berichte, Erster Band, Frankfurt/M. 1970, S. 23

In diesen Zahlen drücken sich folgende Prozesse aus:

Die Arbeitslosigkeit reduziert sich von 10,3 v. H. im Jahre 1950 auf 1,3 v. H. im Jahre 1960. Die Flüchtlingszuwanderung macht in diesem Zeitraum 2,63 Mio Menschen aller Altersklassen aus. Die Erwerbsquote, d. h. der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung erhöht sich von 46 v. H. auf 48 v. H., die natürliche Bevölkerungszunahme beträgt im entsprechenden Zeitraum zwischen 4 und 6 Personen auf 1 000 Einwohner, wobei aber in Rechnung zu stellen ist, daß infolge der Kriegsverluste die auf der natürlichen Bevölkerungszunahme beruhende Wirkung auf die Arbeitsvolumen insgesamt negativ war. Infolge technischen Wandels wurden insgesamt rund 2 Mio Arbeitskräfte freigesetzt, die für neue Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Der Anteil der „abhängig“ Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nimmt im genannten Zeitraum von 69 auf 77 v. H. zu; dementsprechend werden dem Produktionsprozeß ehemals „selbständige Existenzen“ als Lohnarbeiter zugeführt.

Ausländische Arbeitskräfte werden in nennenswertem Umfang erst mit Beginn der 60er Jahre beschäftigt, so daß sie hier vernachlässigt werden können. Die Arbeitszeit pro Woche steigt nur bis 1955/56 und nimmt danach aufgrund von

tarifvertraglich durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen ständig ab (80).

Ingesamt wirken diese Faktoren so, daß sich mit Beginn der zweiten Hälfte der 50er Jahre deutlich die „Beschäftigungsschranke“ (81) bemerkbar macht. Mit der Stagnation und Abnahme der produktiv verausgabten Arbeitszeit stagniert zunächst der Wertbildungsprozeß. Damit war auch die Akkumulation des Kapitals nicht mehr durch Einbezug zusätzlicher Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß ohne Veränderung der technischen Grundlagen möglich.

Soll unter diesen Bedingungen der akkumulierte Teil des Profits ausgedehnt werden, dann kann dies nur unter zwei Voraussetzungen geschehen: Entweder die Konsumtion der Kapitalistenklasse oder/und der Arbeiterklasse wird eingeschränkt oder das Kapital geht dazu über, die Produktionsbedingungen umzuwälzen, um die Arbeitsproduktivität zu steigern. Damit können die Reproduktionskosten der Arbeitskraft gesenkt werden, ohne daß der Reallohn herabgesetzt werden müßte.

Die erste Methode ist in der Entwicklungsphase des Kapitalismus, die wir hier betrachten, so gut wie ausgeschlossen. Die verschärfte Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten um die knappe Ware Arbeitskraft ermöglicht gerade Lohnsteigerungen, die den akkumulationsfähigen Mehrwert in seiner Ausdehnung weiter begrenzen. So ist es nicht nur das stagnierende und sogar abnehmende Arbeitsvolumen, das die Wert- und Mehrwertproduktion auf gegebener technologischer Grundlage beschränkt; auch die Lohnsteigerungen haben eine entsprechende Wirkung: auf gegebener technologischer Grundlage, d. h. ohne Steigerung der Arbeitsproduktivität, schmälern sie den Mehrwert, drücken auf die Kapitalrentabilität und verringern den Akkumulationsfonds. In dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit, den kapitalistischen Produktionsprozeß durch Steigerung des Maschineneinsatzes, durch neue Produktionsverfahren, veränderte Arbeitsorganisation, Automatisierung, Chemisierung, durch Einbezug der Elektronik usw. technologisch umzuwälzen. Wenngleich diese Prozesse dem einzelnen Kapitalisten durch die Jagd nach Extraprofiten aufgezungen werden – jeder Kapitalist möchte bei knappen Arbeitskräften den technischen Vorsprung vor dem Konkurrenten haben, um seinen Marktanteil, sprich seinen Profit, zu vergrößern –, haben sie doch das allgemeine Resultat, daß die in den Konsumtionsfonds der Arbeiterklasse eingehenden Produkte verbilligt werden (82). Damit kann eine Steigerung der Mehrwertrate erfolgen, die umso größer ist, je größer die Diskrepanz zwischen Lohnsteigerungen und Produktivitätszuwachs ist.

Aus der Tabelle 9 (in Teil 3.3.2) geht hervor, daß in den 50er Jahren der Reallohnzuwachs geringer ist als die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Erst als der Arbeitskräftezustrom geringer wurde und erst recht als die Arbeitszeit verkürzt wurde, bekam die Steigerung der Produktivität einen neuen Charakter. Die wie oben beschriebene terroristisch erzwungene Erhöhung der Ausbeutungsrate der deutschen Arbeiterklasse drohte nun im Gefolge der Akkumulationsbewegung des

80 Vgl. Neelsen, a. a. O., S. 171 ff., Osterland u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt a. M. 1973, Tab. 61 mit Anhang

81 W. Vogt, Makroökonomische Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1960, Tübingen 1964, S. 158

82 Dieses „Verbilligen“ bezieht sich natürlich nur auf die Wertgrößen!

Kapitals dadurch rückgängig gemacht zu werden, daß sowohl die Arbeitszeit und damit auch die Mehrarbeitszeit reduziert wurde und vor allem die Löhne in der zweiten Hälfte der 50er Jahre stark gesteigert werden konnten.

Die Ideologie des westdeutschen Kapitalismus in den 50er Jahren von der „Konsumgesellschaft“, vom „Wohlstand für alle“, vom „Volkskapitalismus“ usw. hatte eine funktionale und eine durchaus dysfunktionale Seite für die Akkumulationsbewegung. Funktional war jedenfalls, daß diese Ideologie herrschaftssichernd wirkte; dysfunktional aber war, daß unter Berufung auf die Inhalte dieser Ideologie durch gewerkschaftliche Kämpfe des Konsumtionsniveaus der Arbeiterklasse tatsächlich angehoben werden konnte, zunächst um die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte nachzuholen („Freißwelle“, „Kleiderwelle“, „Reisewelle“ usw.), dann aber auch deshalb, weil ganz neue Bedürfnisse und Bedürfnisstrukturen entstanden, die vom Kapitalismus selbst in seinem Akkumulationsprozeß erzeugt worden sind. So schreibt auch Neelsen: „Gleichzeitig erweiterten sich die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Arbeiterklasse, was (für die Arbeitenden) aus der ansteigenden Arbeitsintensität sowie aus der allgemeinen Weiterentwicklung der Produktivkräfte resultierte, die neue gesellschaftliche Bedürfnisse mit sich brachte“ (83).

Läßt sich ein neues, höheres Konsumtionsniveau längere Zeit, also über mehrere Zyklen hinweg aufrechterhalten, und entsprechen ihm auch neue „gehobene“ Bedürfnisstrukturen, *dann hat dieses neue Konsumtionsniveau nicht nur Konsequenzen für die Lohnentwicklung, sondern für die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, d. h. letztlich für deren Wert.*

Genau wie der Faschismus den Wert der Ware Arbeitskraft nachhaltig gesenkt hat, indem er mit „Kanonen statt Butter“ das Reproduktionsniveau der Arbeitskraft reduzierte, genauso wird der Wert und nicht nur der Preis der Arbeitskraft tangiert, wenn das Reproduktionsniveau der Arbeitskraft tatsächlich und nachhaltig verbessert wird. Der Unterschied zwischen einer Preisänderung der Arbeitskraft im Verlauf eines Zyklus und der Wertveränderung besteht darin, *daß das in Werten ausgedrückte neue Reproduktionsniveau selbst zum Gravitationszentrum wird, um das der Preis der Ware Arbeitskraft schwankt.* Die Marxsche Aussage, daß der Wert der Arbeitskraft ein moralisches und historisches Moment enthalte, hat sich in ihrer ökonomischen Virulenz in der Geschichte der BRD ganz deutlich gezeigt. Ohne Betrachtung der Wertveränderungen der einzelnen Elemente der in die Reproduktion der Arbeiterklasse eingehenden Waren ist es nicht möglich, aus dieser Entwicklung zu schließen, daß sich der Wert der Arbeitskraft aufgrund dieser Prozesse *vergrößert* habe. Eine solche Schlußfolgerung wäre zumindest voreilig. Was sich verändert hat im Sinne einer Verbesserung, ist der *Lebensstandard* der Arbeiterklasse. Aber selbst wenn infolge der starken Produktivitätssteigerungen der Wert der in die Reproduktion eingehenden Waren nicht höher gewesen sein sollte als der Wert der Waren, die das niedrigere, im Faschismus erpreßte Konsumtionsniveau ausmachten, bedeutet dies doch eine Begrenzung für die Wertsenkung der Arbeitskraft und daher für die Ausdehnung des Mehrwerts.

Dementsprechend können in der Krise die Löhne nicht so weit gesenkt werden, daß sie das einmal historisch erreichte Reproduktionsniveau nicht mehr abdecken, ohne daß die Arbeiter und ihre Organisationen dem Widerstand entgegensetzen (84).

So werden die im Faschismus gesetzten Voraussetzungen der hohen Mehrwertrate nach und nach zersetzt. Das Kapital wird daher im Verlauf der 50er Jahre immer mehr auf seine genuinen Methoden der Steigerung der Mehrwertrate durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, d. h. Verwohlfeilerung der Elemente der Reproduktionskosten und Intensivierung der Arbeit durch Umgestaltung des Arbeitsprozesses, verwiesen. Da aber Produktivitätssteigerungen durch bloße Erhöhung des Auslastungsgrades der Kapazitäten, durch Vertiefung des Systems der Arbeitsteilung, durch Massenproduktion (economies of scale) usw. nicht mehr in dem Maße möglich waren wie noch zu Beginn der 50er Jahre, steigt nun der Kapitalaufwand zum Zwecke der Produktivitätssteigerung enorm an.

Es beginnt somit gegen Ende der 50er Jahre eine neue Phase der Kapitalakkumulation in Westdeutschland. Der Übergang selbst konnte reibungslos verlaufen, weil aufgrund des sehr hohen Niveaus der Kapitalrentabilität und – so können wir schließen – der Profitrate – die neuen Produktionsbedingungen relativ leicht eingeführt werden konnten. Krisenerscheinungen hat es lediglich in einzelnen Branchen und Sektoren gegeben – wie im Bergbau und in der Landwirtschaft –, die aber schon deshalb keine große Rolle spielten, weil die in den Krisen freigesetzten Arbeitskräfte relativ leicht in anderen Bereichen unterkommen konnten und die Profitmasse und Profitrate in der Wirtschaft groß genug war, um in Krisen geratene Einzelkapitale zu subventionieren oder in Zentralisationsvorgängen zu übernehmen. Außerdem expandierte der kapitalistische Weltmarkt und bot so dem westdeutschen Kapital ein immer größeres Realisierungsfeld für seine Waren.

3.3 Profitrate und Kapitalakkumulation in Westdeutschland in den 60er Jahren

3.3.1 Die Veränderung der Tendenz der Kapitalverwertung in den 60er Jahren

In den vorangegangenen Teilen ist gezeigt worden, welche ökonomischen und politischen Verhältnisse die rasche Kapitalakkumulation in den 50er Jahren in der BRD ermöglichten. Von der ökonomischen Seite her gesehen waren es insbesondere das niedrige Reallohnniveau der westdeutschen Arbeiter, der niedrige Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen der Industrie und am „Volkseinkommen“ in der Gesamtwirtschaft, die langen Arbeitszeiten, die verfügbaren Arbeiter und die Produktivitätssteigerungen (ohne entsprechende Kapitalintensivierung), die ein hohes Niveau der Kapitalverwertung und eine krisenfreie Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus bis in die 60er Jahre hinein ermöglichten. Diese außerordentlich günstigen

84 Vgl. dazu insbesondere E. Mandel, der im 5. Kapitel seines Buches *Der Spätkapitalismus* (Frankfurt a. M. 1972) diesen Zusammenhang entwickelt.

Bedingungen der Kapitalakkumulation verschwinden aber allmählich Ende der 50er Jahre. Es treten daher mehr und mehr andere Tendenzen hervor. Bevor wir auf die Ursachen der veränderten Akkumulations- und Verwertungsbedingungen der 60er Jahre im einzelnen eingehen, wollen wir zunächst einige globale Tendenzen zusammenfassen.

Bereits im Laufe der Kapitalakkumulation in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zeigt sich eine Verknappung von Arbeitskräften, die in den 60er Jahren zu einem bestimmenden Moment wurde. Nicht nur stiegen die Reallöhne der westdeutschen Arbeiter an, sondern es stieg auch der Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen. Dieser Anstieg des Lohnanteils zuungunsten des Profitanteils ist besonders augenfällig für die erste Hälfte der 60er Jahre (und wieder für die 70er Jahre). Inwiefern daraus nun auch auf ein Absinken der Mehrwertrate geschlossen werden kann, soll weiter unten untersucht werden.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der 60er Jahre ist der enorme Anstieg der Kapitalintensität. Nach unseren Berechnungen stieg die Kapitalintensität in den 60er Jahren schneller als die Arbeitsproduktivität. Steigt in den 50er Jahren die Kapitalintensität um 28 v. H. und die Arbeitsproduktivität um 57 v. H., so steigt die Kapitalintensität in den 60er Jahren dagegen um 74 v. H. und die Arbeitsproduktivität um 62 v. H. (Beide Größen beziehen sich auf den Bereich der Industrie). Dieser Tendenz scheinen folgende Ursachen zugrunde zu liegen: War in den 50er Jahren noch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich durch Strukturveränderungen zwischen den Industriezweigen, durch einen steigenden Ausnutzungsgrad des Kapitalstocks, durch zunehmende Massenproduktion und auch durch Arbeitsintensivierung, so sind diese Möglichkeiten in den 60er Jahren weitgehend ausgeschöpft (85).

Eine wachsende Masse von fixem Kapital, technologische Innovationen, deren Anwendung und Verbreitung, sowie ein wachsender Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft werden jetzt nötig, die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern. Diese steigende Kapitalintensivierung der Produktion und die Substitution von Arbeitskraft durch Maschinerie bewirken zwar noch Produktivitätssteigerungen, der Kapitalaufwand pro Arbeiter steigt aber *schneller* als der Produktionsausstoß pro Arbeiter, also schneller als die Arbeitsproduktivität. Dies gibt uns wieder – gemäß unserer vorangegangenen Überlegungen – einen Hinweis darauf, wie sich die organische Zusammensetzung des Kapitals und das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit ($c/v+m$), das durch den Kehrwert der Kapitalproduktivität, den Kapitalkoeffizienten (K/Y) indiziert werden kann, entwickelt hat. Nach diesen Indikatoren müßten sowohl die organische Zusammensetzung des Kapitals als auch das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit gestiegen und die Profitrate gefallen sein.

Diese Trendentwicklung der Indikatoren der Kapitalverwertung läßt sich auch aus unseren Berechnungen (vgl. Tabelle 2) und aus unserem Schaubild (Schaubild 3) entnehmen: Die Kapitalintensität (K) in den 60er Jahren steigt schneller als die Arbeitsproduktivität Y/L . Dementsprechend sinkt auch die Kapitalproduktivität Y/K – unserem indirekten Ausdruck für das Verhältnis von lebendiger zu toter Arbeit

(v+m)/c. Das Absinken der Kapitalproduktivität ist der langfristig bestimmende Trend, der sich bereits seit Mitte der 50er Jahre abzeichnet und der nach unserer Interpretation dem Absinken der Kapitalverwertung zugrunde liegt. Darüber hinaus steigt noch der Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen in den 60er Jahren allerdings nicht in dem Maße, wie dies im Schaubild aufgezeigt wird (wir hatten auf die inflationäre Verfälschung schon hingewiesen). Dadurch wird das Absinken der Kapitalrentabilität – und, wie wir schließen können, das Absinken der Profitrate – noch verstärkt. Ob die Arbeiter sich aber tatsächlich – wie hieraus auf den ersten Blick zunächst zu schließen wäre – einen steigenden Anteil an den Produktivitätssteigerungen verschaffen konnten und somit die Mehrwertrate stagniert oder gar fällt, wird noch zu untersuchen sein.

Diese von uns dargestellten Akkumulationstendenzen des Kapitals in der BRD werden durch einen internationalen Vergleich noch deutlicher, insbesondere wenn wir Niveau und Entwicklungstrends von Kapitalintensität, Arbeitsproduktivität, Kapitalproduktivität und Lohnentwicklung mit denjenigen der USA konfrontieren.

Bei diesem Vergleich beschränken wir uns auf den Bereich der verarbeitenden Industrie. Dabei wollen wir nicht so sehr den absoluten Niveau-Unterschied der einzelnen Komponenten der Kapitalverwertung untersuchen, sondern deren Veränderung im Zeitablauf; wir wollen auch nicht die *Ursachen* für den Niveau-Unterschied bei den einzelnen Komponenten erforschen. Dies ist teilweise durch andere Arbeiten (86) schon geleistet worden. Uns interessieren hier zunächst nur die Wachstumsraten, also die trendmäßigen Veränderungen. Faßt man die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität ins Auge (vgl. Tabelle 6), so ergeben sich folgende Trends:

Die Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität sind in der BRD sowohl in den 50er Jahren als auch in den 60er Jahren nahezu doppelt so hoch wie in den USA. Daraus kann geschlossen werden, daß sich die Niveau-Differenz der Arbeitsproduktivität verkleinert hat. Demgemäß hat sich die sog. „technologische Lücke“ zwischen der BRD und den USA in den beiden letzten Jahrzehnten verringert. Nach Untersuchungen von H. Majer (87) trifft dies insbesondere für die Chemie-, Hütten-, Kunststoff-, Gummi- und Elektroindustrie zu.

Diese hohen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität sind aber in der BRD mit einer enormen Kapitalintensivierung erkaufte worden. Die Wachstumsraten der Kapitalintensität sind zwar in den 50er Jahren in der BRD und in den USA nahezu gleich (etwa 4 v. H. jährlich), in den 60er Jahren dagegen stiegen die Wachstumsraten in der BRD auf einen jährlichen Durchschnitt von 6,9 v. H. an. In den USA dagegen liegen sie nur bei 1 v. H.

86 Vgl. etwa K. Busch, Die multinationalen Konzerne, Frankfurt a. M. 1954, der den Niveauunterschied zwischen den USA und Westdeutschland mit dem Unterschied in der Technologie, der Qualifikation der Arbeitskraft und der Größe der Märkte (Massenproduktion) begründet.

87 H. Majer, Die „Technologische Lücke“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, Tübingen 1973

Tabelle 6:

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität in der verarbeitenden Industrie der BRD und USA 1950/70 (in Preisen und kaufkraftbereinigten US-Dollar von 1962)

	Arbeitsproduktivität (Y/L)		Kapitalproduktivität (Y/K)		Kapitalintensität (K/L)	
	50/60	60/70	50/60	60/70	50/60	60/70
BRD	5,7	5,7	1,7	-1,2	3,9	6,9
USA	2,2	2,9	-1,7	2,0	4,0	1,0

Quelle:

Majer, H.: Die „Technologische Lücke“ zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika, Tübingen 1973; eigene Berechnungen.

Daraus geht hervor, daß das US-Kapital eine Steigerung der Arbeitsproduktivität (2,9 v. H.) mit einer geringeren Wachstumsrate des Kapitaleinsatzes pro Arbeiter (1,0 v. H.) erreicht hat. Das BRD-Kapital erzielte zwar eine viel höhere Produktivitätssteigerung (95,7 v. H.), diese wurde aber mit einer noch größeren Wachstumsrate des Kapitaleinsatzes pro Arbeiter erkauft (6,9 v. H.).

Dementsprechend zeigt sich auch eine ganz gegenläufige Bewegung in der Entwicklung der Kapitalproduktivität in beiden Ländern. In den USA fällt die Kapitalproduktivität in den 50er Jahren, steigt aber in den 60er Jahren. Umgekehrt in der BRD: Hier steigt die Kapitalproduktivität bis in die zweite Hälfte der 50er Jahre, fällt aber in den 60er Jahren. Diese Entwicklungstrends sind auch für die wichtigsten Industriezweige nachweisbar.

Zum Vergleich der Entwicklungsrichtung der Kapitalverwertung in beiden Ländern ist es aber noch nötig, die Veränderung des Lohnanteils am Nettoprodukt in beiden Ländern in die Betrachtung mit einzubeziehen. Für die BRD haben wir dies bereits vorgenommen. Für die USA läßt sich feststellen, daß zwar die gesamtwirtschaftliche Lohnquote in den 60er Jahren ansteigt, Ende der 60er Jahre sogar *stark* ansteigt (nach unseren Berechnungen von 70,7 (1960) auf 71,6 (1968), um bis 1971 auf 76,4 hochzuschnellen (88)); hier sind aber dieselben Einwände zu berücksichtigen, wie wir sie bei der Betrachtung der Lohnquote der BRD geltend machen werden (in 3.3.2). Bleibt unsere Analyse zwar in Bezug auf die Lohnquote noch problematisch, so ist aber dennoch aufgrund der größeren Kapitalintensivierung und aufgrund der absinkenden Kapitalproduktivität in der BRD zu schließen, daß die Kapitalverwertung in der BRD sich in den 60er Jahren schneller verschlechtert hat als in den USA (89), obwohl das Niveau der Kapitalrentabilität in den USA wahrscheinlich immer noch niedriger liegt als in der BRD.

Dieser Unterschied in der *Veränderung* der Verwertungsbedingungen des Ka-

88 Eigene Berechnungen nach OECD, National Accounts, o. O., o. J. (1970)

89 Dies mag auch, neben den Wechselkursverschiebungen, ein Grund für den verstärkten Kapitalabfluß in die USA in den 70er Jahren sein. Vgl. dazu unseren letzten Teil.

pitals in den beiden Ländern läßt aber vermuten, daß sich auch das *Niveau* der Kapitalrentabilität in den beiden Ländern angenähert hat. Dies gilt allerdings nur für die 60er Jahre. Für die 50er Jahre hingegen ist zu konstatieren – wie aus den Untersuchungen von Maddison u. a. hervorgeht –, daß der Unterschied der Kapitalrentabilitäten noch sehr groß war. Nach diesen Berechnungen (90) etwa betrug das Verhältnis von Bruttoprofit zum fixen Kapital (Lagerhaltung eingeschlossen) in den USA im Durchschnitt von 1950 bis 1960 etwa 18 v. H., während die Kapitalverwertung nach dieser Berechnung in dem gleichen Zeitraum für das BRD-Kapital das Niveau von 27,5 v. H. aufwies.

Wir wollen diese Berechnungen des Niveaus der Kapitalverwertung nicht auf die 60er und 70er Jahre ausdehnen, denn uns kam es zunächst nur darauf an, die Trendverschiebung der BRD-Kapitalrentabilität gegenüber der Rentabilität des Kapitals in den USA mit Hilfe unserer Komponenten der Kapitalverwertung aufzuzeigen. Durch diesen internationalen Vergleich wollten wir die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des BRD-Kapitals in den 60er Jahren gegenüber den 50er Jahren nochmals verdeutlichen und die Ursache für das Absinken der Rate der Kapitalverwertung – die enorme Kapitalakkumulation und Kapitalintensivierung – sichtbar machen (91).

3.3.2 Profit und Lohn in den 60er Jahren

Diese schnelle Kapitalakkumulation in der BRD hatte – wie schon gezeigt – zur Folge, daß sich etwa seit Mitte der 50er Jahre die Schranke der absoluten Masse exploitablem Arbeitskraft geltend macht. Diese Schranke der Akkumulation besteht auch in den 60er Jahren, wenngleich das Kapital durch die Eingliederung ausländischer Arbeiter („Gastarbeiter“) und die Beschäftigung von Frauen im Produktionsprozeß sie weiter hinauszuschieben versucht: Die Zahl der ausländischen Arbeiter steigt von 329 000 (1960) auf 1,2 Mio. (1965) und auf 1,9 Mio. (1970) (92). Die Zahl der im „produzierenden Gewerbe“ beschäftigten weiblichen Erwerbstätigen steigt im Zeitraum von 1957 bis 1970 von 2,8 Mio. auf 3,2 Mio. (93). Gleichwohl stagniert das (gesamtwirtschaftlich erfaßte) Arbeitsvolumen, die Zahl der geleisteten

90 A. Maddison, *Economic Growth in the West*, a. a. O., S. 53

91 Zur Erklärung der Aufhebung der Niveauunterschiede und der Mechanismen, die dies bewirken gibt es mehrere Ansätze: einmal von der neo-klassischen Wachstumsforschung (Dennison, a. a. O.), zum anderen der Ansatz von Ch. P. Kindleberger (*Europe's Postwar Growth, The Role of Labour Supply*, Harvard University Press, Cambridge (Mass) 1967), der von der niedrigen Lohnrate und Überschuarbeitsbevölkerung in Westeuropa ausgeht. Weiter ist hier A. Maddison (a. a. O.) zu nennen, der von der Rolle der staatlichen Nachfrage her das Nachkriegswachstum Westeuropas erklärt. Vgl. zur marxistischen Interpretation E. Mandel, *Die EWG und die Konkurrenz USA-Europa*, Frankfurt a. M. 1968 und Klaus Busch a. a. O., die allerdings nicht von einem akkumulationstheoretischen Ansatz ausgehen.

92 Vgl. Osterland et al., *Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD*, Frankfurt a. M. 1973, Tab. 49 (im Anhang)

93 Ebd., Tab. 47

Arbeitsstunden sinkt sogar von 55 658 Mio. (1960) auf 54 200 Mio. (1970) (vgl. auch Tabelle 7). Sieht man von den im ersten Teil (PROKLA 13) gemachten Einschränkungen zum Indikator „Arbeitszeit“ für die Wertbildung ab, so kann aus dem absoluten Sinken der verausgabten Arbeitsquanta geschlossen werden, daß der Wertbildungsprozeß in den 60er Jahren nicht mehr ausgeweitet werden kann, wenngleich weiterhin die Produktion von Gebrauchswerten durch die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit gesteigert wird (94).

Tabelle 7:

Wachstumsraten des Arbeitsvolumens in den 60er Jahren

1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
1,2	0,3	-0,4	-0,7	0,4	-0,3	-1,2	-3,3	0,8	1,5	1,1

Quelle:

Statistisches Jahrbuch 1971, RKW-Forschungsprojekt, a. a. O.

Damit muß (wie oben schon gezeigt) auch die Produktion von *zusätzlichem* Mehrwert, soweit dies durch die absolute Ausdehnung der Arbeitszeit bzw. der Anzahl der exploitablen produktiven Lohnarbeiter geschieht, an eine Grenze stoßen. Diese Grenze wird insbesondere Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre in dem Maße enger, in dem in diesem Zeitraum durch die Verknappung der Ware Arbeitskraft die Arbeiter und ihre Organisationen eine stärkere Position im Kampf um die Höhe des Preises der Arbeitskraft und die Länge der Arbeitszeit gewinnen. Denn nunmehr war es den Gewerkschaften (und noch mehr den betrieblichen Vertretungsorganen der Arbeiter, den Betriebsräten) möglich, Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden der Industriearbeiter sanken nicht zuletzt deshalb in den 60er Jahren von 46,3 (1960) auf 44,8 (1970) (95). Die Lohnquote steigt (gesamtwirtschaftlich) von 60,6 % auf 66,7 % (96), in der Industrie steigen die Lohnstückkosten von 33,3 % auf 48,3 % (97). Die Arbeitszeitverkürzungen und die Lohnerhöhungen mußten insgesamt einen negativen Effekt auf die Profitproduktion haben.

Wenn wir daher hier die These aufstellen, *daß in diesem Zeitraum die Mehrwerttrate des westdeutschen Kapitals zumindest nicht fällt, wenn sie nicht sogar noch erhöht werden kann*, so bedarf es zur Erläuterung zunächst einiger weitergehender Ausführungen über die Zusammensetzung der Arbeitsbevölkerung.

Das Ansteigen der Lohnquote, wie dies – wenn auch inflationär verfälscht – in unserem *Schaubild 3* deutlich wird, scheint auf den ersten Blick der bedeutsamste Faktor in den 60er Jahren zu sein, der ein Sinken der Kapitalrentabilität be-

94 Wir gehen im weiteren davon aus, daß der Anteil der von produktiven Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden gleichermaßen gesunken ist; auf Basis bestimmter technischer Durchschnittsbedingungen ist natürlich nur die produktive Arbeit wertbildend.

95 Osterland et al., a. a. O., Tab. 61 (im Anhang)

96 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1972, S. 146, Tab. 38

97 Vgl. unsere Tabelle 2, dieser Anstieg bedeutet *real* nur eine geringfügige Steigerung, wie oben bereits dargestellt.

wirkt. Die Erfolge der Lohnarbeiter im Konflikt um die Lohnhöhe und Länge der Arbeitszeit scheinen so Ursache der kapitalistischen Krise zu sein. Wir hatten schon in der Einleitung darauf hingewiesen, daß an diesem Phänomen Theorien anknüpfen, die mit dem veränderten Verhältnis von Lohn zu Profit aufgrund verschärfter Klassenauseinandersetzungen die kapitalistische Krise begründen. Der Fehler dieser Argumentation liegt nicht darin, daß die in der Tat sich verschärfenden Klassenkämpfe nicht einen Druck auf die Verwertungssituation des Kapitals haben (soweit die Erfolge der Lohnkämpfe nicht durch die Erhöhung des Preisniveaus teilweise wieder zurückgenommen werden können). Der Fehler liegt einerseits darin, daß die langfristig die Kapitalverwertung bestimmende Veränderung des Verhältnisses von tot zu lebendiger Arbeit, die sich in dem sinkenden Trend der Kapitalproduktivität (Y/K) in unserem Schaubild ausdrückt, nicht berücksichtigt wird.

Darüber hinaus wird aber eine solche Betrachtungsweise deshalb falsch, weil kurzschlüssig die industrielle *Lohnquote* (in unserem Fall das Verhältnis von Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der Industrie zum Nettoproduktionsvolumen) mit der *Mehrwertrate* gleichgesetzt wird. In die industrielle Lohnquote gehen nämlich nicht nur die Löhne von Arbeitern ein, die an der Produktion des Mehrwerts teilnehmen, sondern es gehen darin auch

- a) *Profitbestandteile*, soweit sie den Leitungsfunktionären des Kapitals in Form überproportional hoher Gehälter ausgezahlt werden und – dies ist hier bedeutsamer –
- b) Löhne von *unproduktiven Arbeitern* des Kapitals (Zirkulationsagenten etc.), die aus dem Mehrwertfonds gezahlt werden, ein.

Denn die unproduktiven Arbeiter produzieren keinen Wert respektive Mehrwert, das Wachstum dieses Teils der Lohnabhängigen hängt wesentlich ab von der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im produktiven Bereich des industriellen Kapitals. Eine Expansion des Anteils der unproduktiven Arbeiter an der Gesamtarbeitskraft bringt daher auf der einen Seite keinen zusätzlichen Mehrwert hervor, sondern schränkt das akkumulationsfähige Mehrprodukt ein. Auf der anderen Seite läßt derselbe wachsende Anteil der unproduktiven Arbeiter die Lohnquote ansteigen, der Ausbeutungsgrad *scheint* zu sinken, wenn fälschlicherweise die Lohnquote mit der Mehrwertrate ineins gesetzt wird. Dies gilt für die gesamtwirtschaftliche Lohnquote gleichermaßen, nur gehen in die gesamtwirtschaftliche Lohnquote weitere unproduktive Schichten von Lohnabhängigen ein, wie die der *staatlichen Lohnarbeiter*, aus der Revenue der Lohnabhängigen bezahlte Lohnarbeiter etc.

Nun liegen uns zwar neuere Untersuchungen zur Klassenstruktur in der BRD und damit auch zur Entwicklung des Anteils der unproduktiven Lohnarbeiter vor (98), darin wird aber noch nicht der Anteil der Lohnsumme der unproduktiven Lohnarbeiter an der Gesamtlohnsumme bestimmt. Da aber ein Wachstum der unproduktiven Arbeitsmasse durchaus noch nicht notwendig auch ein Wachstum des Lohnfonds, den diese Arbeiter auf sich vereinigen, einschließt, wollen wir zunächst

98 Projekt Klassenanalyse, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Berlin (West) 1074; IMSF, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, Sozialstatistische Analyse, Frankfurt a. M. 1973

aus der amtlichen Statistik Indikatoren für die Entwicklung des Anteils der unproduktiven Arbeiter an der Entwicklung der Lohnquote herausfinden. Um einen Indikator für die Entwicklung der Mehrwertrate zu bekommen, kehren wir den zuvor entwickelten Zusammenhang um: Aus dem steigenden Anteil der Lohnsumme der unproduktiven Lohnarbeiter und der Entwicklung der Lohnquote wird auf eine steigende Mehrwertrate geschlossen – vorausgesetzt, daß sich die Löhne in den verschiedenen Bereichen in etwa gleichmäßig entwickeln. Zu diesem Zweck werden wir die Statistik mit Hilfe der folgenden Gleichung untersuchen:

$$\frac{W}{Y} = \frac{(a_{pr} + a_{unpr} + a_{st}) W}{Y}$$

In dieser Gleichung ist Y (das Nettoprodukt) eine Funktion der produktiven Lohnarbeiter, wie wir bereits im ersten Teil darstellten.

Weiter ist:

- a_{pr} gleich dem Anteil der Lohnsumme der produktiven Arbeiter an der Gesamtlohnsumme (= W_{pr}/W)
- a_{unpr} gleich dem Anteil der unproduktiven Lohnarbeiter des Kapitals an der Gesamtlohnsumme (= W_{unpr}/W)
- a_{st} gleich dem Anteil der Lohnsumme der staatlichen Lohnarbeiter an der Gesamtlohnsumme (= W_{st}/W)

Aus dieser Gleichung ist ersichtlich, daß ein schnelleres Anwachsen von (a_{unpr}) und (a_{st}) gegenüber (a_{pr}) den Anteil der produktiven Arbeiter sinken läßt. Daraus würde folgen:

- a) bei *konstant* gebliebener Lohnquote muß die Mehrwertrate gestiegen sein;
- b) bei *gestiegener* Lohnquote kann die Mehrwertrate gleich geblieben oder sogar gestiegen sein; sie kann dann gefallen sein, wenn die Gesamtlohnerhöhungen sogar die Zunahme der Lohnsumme der unproduktiven Arbeiter und der vom Staat beschäftigten Erwerbstätigen überkompensiert hätten. (Da aber die Steigerungsrate der Lohnquote nicht unmittelbar vergleichbar ist mit der Steigerungsrate der Anteile der unproduktiven Arbeiter, müssen wir uns im folgenden mit den angeführten Indikatoren begnügen.)

Tabelle 8:
Lohnanteile und Lohnentwicklung in verschiedenen Sektoren der westdeutschen
Wirtschaft

Branchen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Bruttoeinkommen 1970 im Vergleich zu 1960(1960=100)	Anteil der Bruttoeinkommen . . . in der Branche I an den Bruttoeinkommen insgesamt		Veränderungen der Anteile . . . von 1960 bis 1970 in v. H.
	1960	1970		1960	1970	
<i>Produktive Bereiche</i>						
Land- und Forstwirtschaft	2670	3520	131,8	1,9	1,0	-47,4
Energiewirtschaft/Bergbau	6620	9450	142,8	4,7	2,7	-42,5
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	61670	154700	250,9	43,5	43,9	0,1
Baugewerbe	12750	31640	248,2	9,0	9,0	0
Industrie	50310	125600	248,4	35,5	35,7	0,1
Insgesamt	83710	199330	238,1	59,1	56,6	-4,2
<i>Unproduktive Bereiche</i>						
Handel, Verkehr						
Nachrichtenübermittlung	23520	57170	243,1	16,6	16,2	-2,4
Kreditinstitute						
Versicherungsunternehmen und sonstige Dienstleistungen	9200	25960	282,2	6,5	7,4	13,8
Staat	20580	59280	290,1	14,5	16,8	15,9
Insgesamt	53300	142410	267,2	37,6	40,4	7,5
Insgesamt	141760	352140	248,4	-	-	-

Quelle:
Statistisches Jahrbuch 1973, S. 522 f.; DIW, Produktionsvolumen . . . , a. O., eigene Berechnungen. Die Anteile der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit addieren sich wegen Doppelzählungen (die Industrie ist dem Produzierenden Gewerbe subsumiert) nicht zu 100.

Wenn wir davon ausgehen, daß der überwiegende Teil der produktiven Arbeiter unter der Rubrik „Produzierendes Gewerbe“ zusammengefaßt ist, wird aus der Tabelle 8 deutlich, daß sich die Anteile der Bereiche, in denen der größte Teil der unproduktiven Arbeiter erfaßt ist (Handel, Verkehr, Dienstleistungen, Staat) überproportional gegenüber den „produktiven Bereichen“ in den 60er Jahren expandiert sind: Der Anteil der Lohnsummen, den die „unproduktiven Bereiche“ auf sich vereinigen können, steigt um 7,5 v. H., während der Anteil der Lohnsummen der „produktiven Bereiche“ an der Gesamtlohnsumme um 4,2 v. H. fällt. Im einzelnen steigt sogar der Anteil der Lohnsumme der unter „Dienstleistungen“ zusammengefaßten Lohnarbeiter um 13,8, der der vom Staat beschäftigten Erwerbspersonen um 15,9 v. H.. Die Annahme, daß das überproportionale Wachsen der Lohnsumme der unproduktiven Arbeiter auf einen wachsenden Anteil an den Lohnabhängigen überhaupt zurückzuführen ist, wird durch Ergebnisse des Projekts Klassenanalyse bestätigt, wengleich dort die Zuordnung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Arbeiterkategorien differenzierter erfolgt, als es uns hier möglich war. Danach verschiebt sich der Anteil der unproduktiven Arbeiter des Kapitals an der Arbeiterklasse von 13,0 v. H. (1950) auf 22,2 v. H. (1961) und steigt bis 1970 weiter auf einen Anteil von 25,3 v. H. (99). Zugleich erhöht sich der Anteil der vom Staat beschäftigten Erwerbspersonen von 11 v. H. (1950) auf nahezu 16 v. H. im Jahre 1970 (100).

Die Entwicklung der Anteile der verschiedenen Arbeiterschichten am Neuwert wird in diesen Zahlen nicht sichtbar, jedoch kann – stellt man die Ergebnisse der Tabelle 8 neben diese Analyse der Strukturverschiebung – aus der Veränderung der Anteile der unproduktiven Lohnarbeiter zuungunsten der produktiven Lohnarbeiter geschlossen werden, daß sich die Produktivkraft der produktiven Arbeiter erhöhte und daß die Mehrwertrate trotz des gegenteiligen Scheins der gestiegenen Lohnquote zumindest gleichgeblieben, wenn nicht sogar gestiegen ist.

Der steigende Anteil der Lohnarbeiter am Nettoprodukt (hier: der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen) wäre demnach Ausdruck des steigenden Anteils der unproduktiven Arbeiter an den Beschäftigten, die aus dem Mehrwert bezahlt werden und deren steigender Anteil so Ausdruck einer hohen und wahrscheinlich sogar steigenden Mehrwertrate ist. Soweit die Lohnarbeiter in den 60er Jahren tatsächlich Realloohnerhöhungen durchsetzen können (und wir hatten darauf schon hingewiesen, daß dies jetzt in stärkerem Maße möglich ist als in den 50er Jahren), nehmen sie Anteil an der Entwicklung der Produktivkraft der produktiven Arbeit, ohne die Rate des Mehrwerts zu senken. Dies wird auch deutlich in einem Vergleich der Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit der Entwicklung der realen Nettolöhne (101):

99 Projekt Klassenanalyse, a. a. O., S. 219, Tab. 41

100 Ebd., S. 423

101 Die folgenden in der Tabelle 9 erfaßten Werte beziehen sich allerdings nur auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität und die realen Nettolöhne der Erwerbstätigen insgesamt. In die Berechnung der *Arbeitsproduktivität* gehen daher unproduktive Bereiche ein, in denen die Entwicklung der Produktivität der Arbeit nicht die Mehrwertproduktion im produktiven Bereich unmittelbar berührt. Eine steigende Produktivität in diesen Bereichen würde lediglich den Abzug vom gesamtgesellschaftlich akkumulierfähi-

Tabelle 9:

Reale Produktivitätssteigerung und reale Lohnsteigerung

Jahr	Reales BIP/ Erwerbst. Zuwachs in v. H.	Nettolohn- und Gehaltssumme je besch. Arbeitnehmer Zuwachs in v. H.
1951–1958	5,5	5,3
1959–1967	4,6	4,6
1968–1972	4,8	4,7

Quelle:

J. Bergmann, O. Jacobi, W. Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der BRD, Frankfurt/Main 1974 (unveröff. Manuskript), S. 178; eigene Berechnung*

Aus dieser Gegenüberstellung, die auf Zeiträume sich bezieht, die in etwa unserer „Phaseneinteilung“ entsprechen, wird zumindest deutlich, daß die Lohnerhöhungen von produktiven *und* unproduktiven Lohnarbeitern nicht den akkumulationsfähigen Mehrwert einschränken, sondern lediglich bewirken, daß die Lohnabhängigen einen Anteil an der Entwicklung der Produktivkraft der produktiven Arbeit erkämpfen können. Zugleich wird aber auch deutlich, daß eine weitere Steigerung des akkumulationsfähigen Mehrwerts durch Reallohnsenkung, was der sinkenden Kapitalrentabilität und auch dem Fall der Profitrate hätte entgegenwirken können, seine Grenze an der gestärkten Stellung der Lohnabhängigen findet, die besonders zu Anfang der 70er Jahre durch ökonomische Kämpfe den Druck des Kapitals auf den Reallohn zu hindern suchen.

3.3.3 Kapitalstock und Arbeitsproduktivität

Auch die Entwicklung des Kapitalstocks verläuft in den 60er Jahren anders als in den 50er Jahren. Dies wird schon deutlich daran, daß die Zunahme der Investitionen im Zeitraum 1960 bis 1970 (in Preisen von 1962) nur noch 73 v. H. ausmacht gegenüber mehr als 150 v. H. in den 50er Jahren. Dieses Ergebnis kommt zustande, obwohl die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt,

gen Mehrwert durch diesen Bereich vermindern. Zudem wird, da die Produktivitätsentwicklung in diesen unproduktiven Bereichen nachweislich erheblich unter der Produktivitätssteigerung im produktiven Bereich des Kapitals liegt, die gesamtwirtschaftliche „Meßzahl“ der Produktivitätsentwicklung erheblich gesenkt. Auch in die *Nettolöhne* gehen die Löhne von unproduktiven Arbeitern ein, siehe oben. Ein Einwand, wie er gegen die Studie von Bergmann et al. erhoben wurde, daß die Nettolöhne nicht die tatsächliche Kostenbelastung der Unternehmen widerspiegelte“ (vgl. G. Müller, U. Rödel, Koreferat zu O. Jacobi und W. Müller-Jentsch, unveröff. Manusk. Starnberg 1974, S. 2) trifft unseren Zusammenhang insofern, als die über Steuern finanzierten Staatsausgaben auch durchaus in den Wert der Arbeitskraft eingehen (Bildungsausgaben, soziale Sicherung). Dagegen ist aber einzuwenden, daß a) nicht das gesamte Steueraufkommen der Lohnarbeiter wieder in die Reproduktion der Arbeitskraft via Staatsausgaben eingeht, b) in diesem Einwand die Rolle der unproduktiven Arbeiter *völlig* negiert wird.

höher ist als in den 50er Jahren. In der Industrie hingegen sinkt die Investitionsquote in diesem Jahrzehnt langfristig, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

Tabelle 10:

Nettoproduktionsvolumen und Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie in Preisen von 1962

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Effektives Nettoproduktionsvolumen (Mrd. DM)	151,1	160,0	166,1	170,9	186,7	197,4	199,6	194,1	217,1	245,2	260,3
Bruttoanlageinvestitionen (Mrd. DM)	19,3	21,1	20,9	19,3	20,3	22,3	21,7	19,4	18,8	24,6	27,9
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Nettoproduktionsvolumen in v.H.	12,8	13,2	12,6	11,3	10,9	11,3	10,9	10,0	8,7	10,1	10,7

Quelle:

DIW, Produktionsvolumen, a. a. O.; eigene Berechnungen

Ganz deutlich ist hier die zyklische Bewegung der Investitionsquote; aber selbst wenn man konjunkturell ähnliche Jahre vergleicht (z. B. 1960 und 1969), ist erkennbar, daß die Investitionsquote langfristig sinkt. Auch die Struktur der Investitionen ändert sich. Wenn man von der Bruttoinvestitionssumme die Abschreibungen (102) abzieht, um den Wert der Nettoinvestitionen zu erhalten, so zeigt es sich, daß der Anteil der – den Abschreibungen entsprechenden – Ersatzinvestitionen im genannten Zeitraum zunimmt bzw. der Anteil der Nettoinvestitionen an den Bruttoinvestitionen abnimmt. Die Bewegung dieser „Nettoquote“ folgt im großen und ganzen der Bewegung der Kapitalproduktivität. Bis zur Mitte der 50er Jahre steigt sie an (von 55,6 v. H. 1950 auf 67 v. H. 1955), um danach kontinuierlich zu fallen (vgl. Tabelle 4a). Dies ist damit zu erklären, daß infolge des steil ansteigenden Kapitalaufwands die Masse des Fixkapitals immer größer wird und daher auch – zum Teil auch verstärkt durch die verkürzte Lebensdauer der Anlagen und Änderungen im Finanzierungssystem – höhere Abschreibungsbeträge erforderlich macht. Wenn die Investitionsquote nicht dementsprechend ansteigt oder gar sinkt, muß daraus das anteilmäßige und absolute Wachstum der Ersatzinvestitionen und die relative Abnahme der Nettoinvestitionen resultieren. Dies hat einen weiteren Effekt, nämlich die – wenn auch geringfügige – Verlangsamung der Zuwachsraten des Kapitalstocks. Dies läßt sich darstellen anhand aller Größen, die die Bestände an Fixkapital indizieren: Legt man das Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen zugrunde, so betragen die Zuwachsraten von 1960 bis 1970 im Unternehmenssektor

102 Zum Problem der Bewertung von Abschreibungen sowie zur Berechnung des Anlagevermögens vgl. Heinrich Lützel, Das reproduzierbare Sachvermögen zu Anschaffungs- und Wiederbeschaffungspreisen, in: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 11/1972

142 v. H., in der gewerblichen Wirtschaft 153 v. H. und im staatlichen Sektor 159 v. H.. Betrachtet man das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, so sind die Zuwachsraten im genannten Zeitraum bei den Unternehmen 174 v. H., in der gewerblichen Wirtschaft 175 v. H. und im Staatssektor 203 v. H.. Das Bruttoanlagevermögen in der Industrie, das 1950 bis 1960 noch um 107 v. H. zunahm, wächst in der folgenden Dekade nur noch um 85 v. H. (103). Daran zeigt sich also zweierlei: Erstens, daß in den 60er Jahren die Wachstumsraten des Kapitalstocks sich verlangsamten – ein untrüglicher Indikator dafür, daß der Anteil der Nettoinvestitionen an den Gesamtinvestitionen zurückgeht. Weiter bedeutet dies, daß die stark angestiegene Investitionsquote in der Gesamtwirtschaft bei dem mittlerweile erreichten Umfang des Kapitalstocks nicht hinreichte, um ähnlich große Zuwachsraten des Kapitalstocks – und damit auch der Produktionskapazität – zu erreichen, wie noch in den 50er Jahren. Mit anderen Worten: Die Ausdehnung des Produktionspotentials wird umso schwieriger, je höher der Kapitalkoeffizient oder je niedriger die Kapitalproduktivität ist. So heißt es schon im zweiten Gutachten des Sachverständigenrates von 1965: „Während man im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955 nur 2,4 v. H. des Bruttoinlandsprodukts investieren mußte, um eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1 v. H. zu ermöglichen, waren im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1973 dafür 4,5 v. H. des Bruttoinlandsprodukts erforderlich.“ (104)

Zweitens geht aus den Zahlen hervor, daß im Gegensatz zu den 50er Jahren das Nettoanlagevermögen des Staates stärker zunimmt als dasjenige der Industrie oder gewerblichen Wirtschaft. Hierin drückt sich, ebenso wie in dem wachsenden Anteil der vom Staat Beschäftigten an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten, die veränderte Bedeutung des Staates im Reproduktionsprozeß des westdeutschen Kapitals aus. Darauf wird aber noch zurückzukommen sein.

So steigt zwar die absolute Zuwachsrate des Kapitalstocks in den 60er Jahren langsamer als in den 50er Jahren; aber da in dieser Zeit das Arbeitsvolumen sogar abnimmt, resultiert dieser verlangsamte absolute Anstieg doch in einer beschleunigten Zuwachsrate der Kapitalintensität. Darin drückt sich vor allem der Charakter des „technischen Fortschritts“ in den 60er Jahren aus. Zu diesem Problem wollen wir einige Anmerkungen machen; Anmerkungen deshalb, weil wir an dieser Stelle nicht in der Lage sind, die komplizierten Probleme der technologischen Entwicklung systematisch abzuhandeln, andererseits jedoch wegen der Wichtigkeit dieser Problematik für die Entwicklungsbedingungen der Kapitalakkumulation in Westdeutschland nicht darauf verzichten können, die beherrschenden Tendenzen herauszuarbeiten.

Nach der neoklassischen Vorstellung herrscht ein neutraler technischer Fortschritt vor, wenn das absolute Produktionsvolumen und das Produktionsvolumen pro Arbeiter wächst und der Kapitaleinsatz pro Arbeiter (K/L) (sowie die Einkommensverteilung) konstant bleiben. Nach postkeynesianischer Theorie liegt hingegen

103 Ebd., S. 621 und eigene Berechnungen. Auch Kregel u. a., a. a. O.

104 Sachverständigenrat, Jahrgutachten 1965, Ziff. 93

ein neutraler technischer Fortschritt vor, wenn der Kapitalkoeffizient K/Y (bzw. der reziproke Wert, die Kapitalproduktivität Y/K) konstant bleibt, wobei die Kapitalintensität steigen kann, also die Arbeitsproduktivität entsprechend steigen muß. In der Bundesrepublik beobachten wir in den 60er Jahren einen wachsenden Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft. Für ein gegebenes Produktionsniveau steigt also der Produktionsmitteleinsatz im Verhältnis zur lebendigen Arbeit; es werden also Arbeitskräfte durch Produktionsmittel substituiert und damit zunächst freigesetzt. So steigt bei zunehmendem Produktionsumfang der Einsatz von Produktionsmitteln relativ schneller als der Arbeitseinsatz.

Diese Beziehung läßt sich auch anders formulieren: Soll die Kapitalproduktivität steigen, dann muß der Kapitaleinsatz (genauer: der Einsatz von fixem Kapital) pro Arbeiter langsamer ansteigen als die Arbeitsproduktivität. In den 60er Jahren jedoch steigt die Kapitalintensität schneller als die Arbeitsproduktivität (vgl. Tabelle 2 und Schaubild 3). Daraus kann nur geschlußfolgert werden, daß der technische Fortschritt in Westdeutschland in den 60er Jahren vor allem arbeitssparend gewesen ist: Arbeitskräfte wurden durch fixes Kapital ersetzt. Dieser empirischen Erscheinung entspricht auch die Marxsche Annahme von der im Verlauf der Kapitalakkumulation ansteigenden technischen Kapitalzusammensetzung. Nach der Marxschen Theorie nimmt der Produktionsmitteleinsatz im Verhältnis zur lebendigen Arbeit schon bei einem gegebenen Produktionsniveau im Zeitablauf zu (Umwälzung des Originalkapitals) und steigt relativ schneller im Verlauf der Kapitalakkumulation, so daß auch das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit zunimmt. Ebenso steigt die Wert- bzw. organische Zusammensetzung des Kapitals c/v (vorausgesetzt, der Einfluß der Veränderung von v wird eliminiert).

Diese Tendenz schlägt sich auch in der Zusammensetzung des Produktenwerts nieder. Denn hier muß auch der Anteil des konstanten Kapitals (bzw. des konstanten fixen Kapitals, wovon unsere Analyse ausgeht) auf Kosten des Anteils der lebendigen Arbeit zunehmen. Daß es auch Gegentendenzen hierzu gegeben hat und auch weiterhin geben wird, ist selbstverständlich und hängt nicht zuletzt vom Preis der Ware Arbeitskraft im Verhältnis zu den Kapitalkosten ab.

Die These jedoch, daß ein neutraler oder gar kapitalsparender technischer Fortschritt zeitweise oder längerfristig überwiegen könne (105) und dies die Marxsche Theorie der Surplusarbeitsbevölkerung und der fallenden Tendenz der Profitrate widerlegen würde, trifft zumindest für die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik (insbesondere für die 60er Jahre) nicht zu.

Welche Konsequenzen hat diese Art des technischen Fortschritts und der Akkumulation für die Beschäftigungslage der Arbeiter? Welche Trends sind zukünftig noch zu erwarten? Da der Anteil der lebendigen Arbeit im Verhältnis zum Produktionsmitteleinsatz auf einem gegebenen Produktionsniveau abnahm und mit der Akkumulation relativ zurückging, kam es zu einer ständigen Freisetzung und

105 Diese These wird von einer Reihe von Kritikern des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate vertreten, so von M. Blaug, *Technical Change and Marxian Economics*, in: *Marx and Modern Economics*, ed. by D. Horowitz, London 1968. Auch B. Schefold, a. a. O., geht von dieser These aus.

Einsparung von Arbeitskräften (106), deren Wiederbeschäftigung durch die hohen Wachstumsraten und durch die ständige Kapitalerweiterung in den 60er Jahren zunächst noch gesichert war, indem die freigesetzten Arbeiter eine Wiederbeschäftigung in denselben oder anderen Industriezweigen fanden. Solange noch die Rate der Produktionsausdehnung und der Kapitalerweiterung in denselben oder anderen Produktionszweigen genügend groß war, ging dieser Prozeß der Umsetzung und Wiederbeschäftigung für die freigesetzten Lohnarbeiter noch einigermaßen glimpflich vonstatten, wenn dies auch bereits Entlassungen, Umsetzungen, *Dequalifikation* und Umschulung zur Folge hatte (107).

Andererseits fanden durch die in der Folge der beschleunigten Akkumulation stärkere Expansion des Dienstleistungssektors und der unproduktiven Bereiche viele Arbeiter nur hier eine Beschäftigung (vgl. auch Tabelle 8). Wenn in der BRD durch diese beiden Momente zunächst auch weitgehend die freigesetzten Arbeiter eine Wiederbeschäftigung fanden, so bedeutete dies doch angesichts der mangelnden Voraussicht und Planung und der naturwüchsigen Entwicklung der Produktionsstruktur des kapitalistischen Reproduktionsprozesses für einzelne Arbeiterschichten und Berufsgruppen eine enorme Belastung, Dequalifikation, Degradierung und Verschlechterung ihrer Lage.

In recht gravierendem Ausmaß zeigt sich dieses Problem aber erst in den 70er Jahren, indem bei geringeren Wachstumsraten des Sozialprodukts und geringeren Raten der Kapitalerweiterung (die Investitionsraten sind in der BRD in den 70er Jahren stark abgefallen) die bisher nur *latente* industrielle Reservearmee als *tatsächliche* industrielle Reservearmee hervortritt, deren Wiederbeschäftigung – ebenso wie die Wiederbeschäftigung der durch Produktionseinschränkung entlassenen Arbeiter – für bestimmte Alters- und Qualifikationsgruppen unmöglich geworden ist. Die letzten Jahre der ökonomischen Entwicklung der BRD zeigen daher auch zunehmende, wenn auch noch nicht dramatische, Arbeitslosenraten und eine ansteigende industrielle Reservearmee, die für einige Berufsgruppen und Industriezweige schwerwiegender wird.

An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen (ohne genauere Analyse), daß diese veränderten Bedingungen des Produktionsprozesses mit den entsprechenden Konsequenzen für die Arbeiterklasse auch Folgen für die staatliche Politik gehabt haben. Die Veränderung der staatlichen Bildungspolitik, insbesondere im Bereich

106 Freisetzung bezeichnet die Arbeitsmenge, die aufgrund von Produktivitätssteigerungen nicht mehr notwendig ist, um eine bestimmte Menge von Gebrauchswerten zu produzieren. Wenn im Jahre 1968 zur Erzeugung eines Nettoprodukts von 100 ebenfalls 100 Beschäftigte eingesetzt werden müssen, dann läßt sich dieses Nettoprodukt von 100 im Jahre 1980 von 54,4 Beschäftigten herstellen. Die Freisetzung beträgt also 45,6 v. H. Von Einsparung spricht man, wenn man im Jahre 1980 das Nettoprodukt von 100 als von 100 Beschäftigten produziert ansetzt und im Jahre 1968 dazu mehr als 100 Beschäftigte braucht; es werden also im Verlauf der Entwicklung Arbeitskräfte zur Produktion einer gegebenen Menge Produkte eingespart. Die hier verwendeten Zahlen sind übrigens der RKW-Studie, Berichtsband, Frankfurt 1970, S. 102 ff. Die Begriffe werden auch von Marx im gleichen Sinne im 13. Kapitel des 1. Bandes des „Kapital“ verwendet.

107 Vgl. H. Kern und M. Schumann, *Der soziale Prozeß bei technischen Umstellungen*, Frankfurt a. M. 1972

der Berufsbildung, die forcierten Maßnahmen zur Herstellung einer diesen Produktionsbedingungen entsprechenden „Infrastruktur“ (108), die veränderte Arbeitsmarktpolitik (wie sie im Gesetz zur Arbeitsförderung 1969 ihren Ausdruck findet), sind nicht zu begreifen, wenn nicht die hier analysierten Veränderungen der Akkumulationsbedingungen berücksichtigt werden. Auch die schon erwähnte Tatsache, daß das Netto-Anlagevermögen gerade im Staatssektor im Gegensatz zu den 50er Jahren stärker als im privaten Bereich zunimmt und daß auch der Anteil der vom Staat beschäftigten Arbeitskräfte an der Gesamtarbeitskraft wächst, findet in diesen Prozessen eine plausible Begründung (109).

Unter diesen Bedingungen nimmt es nicht wunder, daß Steigerungen der *Arbeitsproduktivität* notwendig mit einem Absinken der *Kapitalproduktivität* bzw. einem Ansteigen des Kapitalkoeffizienten, der das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit indiziert, einhergeht. Um die Produktivität der Arbeit zu steigern, müssen ja immer mehr Massen an konstantem, vor allem an konstantem fixen Kapital eingesetzt werden. Wie aus dem Schaubild 3 deutlich hervorgeht, trifft diese Aussage zunächst einmal auf den industriellen Sektor zu. Aber auch für die Gesamtwirtschaft gilt dies. In folgender Tabelle sind die jährlichen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität, der Kapitalintensität und des Kapitalkoeffizienten (Kehrwert der Kapitalproduktivität) wiedergegeben:

Tabelle 11:

Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität und der Kapitalintensität; Absolute Größe des Kapitalkoeffizienten in der Gesamtwirtschaft, 1960–1970

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Produktivität	7,4	5,3	4,5	4,2	6,4	6,0	3,5	4,2	6,7	6,0	4,0
Kapitalintensität	4,3	5,1	6,0	5,9	6,2	5,8	6,4	8,8	4,7	3,3	4,1
Kapitalkoeffizient	3,3	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5	3,6	3,8	3,8	3,7	3,7

Quelle:

WiSta, 1971, S. 604, *Jahresgutachten des Sachverständigenrates, eigene Berechnungen*

Wir sehen, daß in diesem Jahrzehnt der Kapitalkoeffizient leicht ansteigt, also die Kapitalproduktivität auch in der Gesamtwirtschaft abnimmt. Wenn nicht die Wirtschaftskrise 1966/67 sehr hohe Produktivitätszuwächse erbracht hätte (vgl. dazu weiter unten); dann wäre der Anstieg des Kapitalkoeffizienten noch höher ausgefallen. Wenn man die Gesamtwirtschaft betrachtet, so ist für die Zunahme des Kapital-

108 Vgl. zu diesem Problemkreis stellvertretend D. Läßle, *Staat und allgemeine Produktionsbedingungen*, Westberlin 1973

109 Um Mißverständnissen allerdings vorzubeugen, möchten wir betonen, daß es keine Möglichkeiten für direkte und quasi-automatische Durchsetzung der Produktionsnotwendigkeiten in der staatlichen Politik gibt. Vielmehr vollzieht sich dieser Durchsetzungsprozeß selbst in Form von Konflikten, Krisen, Auseinandersetzungen und Kämpfen. Diese Prozesse jedoch werden in diesem Aufsatz nicht untersucht.

koeffizienten bzw. für die Abnahme der Kapitalproduktivität nicht nur die Steigerung des Kapitaleinsatzes pro Arbeitsplatz verantwortlich, sondern auch das „Vordringen der Infrastrukturinvestitionen“ (110). Wachsende Beträge des produzierten Mehrwerts konnten nun nicht mehr ohne weiteres in Kapital, das sich Mehrwert aneignet, verwandelt werden, sondern die den Teilen des Mehrwerts entsprechenden Gebrauchswerte gehen jetzt in die materiellen Produktionsvoraussetzungen ein, die der Staat bereitstellen muß. So steigt denn auch in diesem Zeitraum der Anteil des Staates an den Bauinvestitionen von 24,1 v. H. auf 27,7 v. H., während der Anteil der Unternehmen von 33,1 v. H. auf 28,8 v. H. fällt. Dies ist zwar nur ein grober Indikator für die wachsende Bedeutung staatlich bereitgestellter Infrastruktur; er zeigt aber doch die veränderten Wachstumsbedingungen an, die sich in der – wie schon ausgeführt – sinkenden Kapitalproduktivität ausdrücken.

Schon im Abschnitt 3.3.2 wurde unter dem Aspekt der sich hinter der ansteigenden Lohnquote verborgenden Erscheinungen auf die wachsende Bedeutung der unproduktiven Sektoren hingewiesen. Dies muß noch einmal aufgenommen werden, um die Produktivitätsentwicklung interpretieren zu können. Wenn man die verschiedenen Produktivitätsmaße betrachtet, so zeigt sich folgendes Bild:

Tabelle 12:

Produktionsergebnis 1970 (1962 = 100)

	je Beschäftigtenstunde	je Arbeiter	je Arbeiterstunde
Gesamte Industrie	157,7	160,3	166,2
Verarbeitende			
Industrie	156,8	158,9	165,0
Bergbau	185,7	183,2	195,4

Quelle:

WiSta 1971, S. 240

Auffallend ist, daß das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde in allen Bereichen der Industrie schneller anstieg als das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde. Der Grund kann nur darin liegen, daß in der Größe „Beschäftigtenstunde“ die geleisteten Arbeitsstunden aller Angestellten, d. h. cum grano salis der unproduktiven Arbeiter enthalten sind. Während so im Nenner des Bruchs der Durchschnitt der produktiven und unproduktiven Arbeiter („je Beschäftigtenstunde“) zu finden ist, haben wir im Zähler des Produktionsergebnis, das das Resultat der Arbeit eines Teils der Beschäftigten, nämlich der produktiven Arbeiter ist. Wenn auch in dieser Stringenz die Aussage nur gilt, wenn man die Marxsche Begrifflichkeit anlegt, da ja in der bürgerlichen Berechnung des Produktionsergebnisses auch die unproduktiv Beschäftigten als wertbildend zählen (als Bezieher von Einkommen sind sie ja per se „produktiv“!), so kommt doch selbst in dieser Statistik – wenn auch verzerrt – der Unterschied zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern noch zum Ausdruck. Die schon im vorangegangenen Abschnitt konstatierte Ausweitung der un-

produktiven Bereiche war nur dadurch möglich, daß die Produktivkraft der Arbeit im produktiven Sektor sehr stark anstieg.

Statistisch drückt sich dies darin aus, daß in Land- und Forstwirtschaft, im verarbeitenden Gewerbe, in Energie und Bergbau, also in den Bereichen, in denen überwiegend produktive Arbeiter beschäftigt werden, die Produktivitätsentwicklung über dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche liegt, wohingegen sie in allen unproduktiven Bereichen unter dem Durchschnitt liegt (111). So zeigt es sich, daß die konstatierte Ausdehnung der unproduktiven Bereiche, die wir berücksichtigen, um zu zeigen, daß eine gestiegene Lohnquote nicht unbedingt auf eine gesunkene Mehrwertrate schließen läßt, *nur* möglich war aufgrund der starken Produktivitätssteigerung im produktiven Sektor. Dies bestätigt aber unsere bisherigen Überlegungen von einer anderen Seite her: Die gestiegene Arbeitsproduktivität im produktiven Bereich läßt auf eine gestiegene Mehrwertrate schließen. Die Ausdehnung der unproduktiven Bereiche aber ging auf Kosten der aus dem Mehrwert zu „finanzierenden“ Akkumulation in dem produktiven Sektor. Das bedeutet aber, daß tendenziell der Ausweitung der unproduktiven Sektoren Grenzen gesteckt sind, da diese nur möglich ist bei enormen Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Da dazu aber unter den gegebenen Verhältnissen sehr hoher Aufwand an Fixkapital notwendig ist und folglich der Kapitalkoeffizient ansteigt, wird sich eine solche Tendenz nicht durchsetzen können. Dies gegen alle diejenigen Theorien, die von einem säkularen Anstieg des „tertiären Sektors“ ausgehen und dabei nur Trends extrapolieren, ohne dessen Widersprüchlichkeit begreifen zu können.

Gehen wir nun dazu über, die Produktivitätsentwicklung unter dem Aspekt der *zyklischen Bewegung* der Kapitalakkumulation zu betrachten. Schon auf den ersten Blick fällt an den in Tabelle 11 wiedergegebenen Wachstumsraten auf, daß die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität jeweils vor der Krise absinken, um danach wieder in die Höhe zu schnellen. Mit den Zuwachsraten der Kapitalintensität ist es genau umgekehrt, so daß kurzfristig nach der Krise die Kapitalproduktivität ansteigt bzw. der Kapitalkoeffizient absinkt. Darin dokumentiert sich die *Funktion der Krise*, nämlich die Kapitalverwertung wieder auf ein so hohes Niveau zu heben, daß eine erneute Phase der Akkumulation beginnen kann. Nach der Krise von 1966/67 spricht der Sachverständigenrat von einem „Produktivitätswunder“, dessen Erklärung es wert ist, an dieser Stelle ausführlich zitiert zu werden:

„Die Ursache für das ‚Produktivitätswunder‘ sehen einige in der hohen Auslastung des Produktionspotentials in diesem Boom, andere verweisen auf die heilsamen Wirkungen der Rezession. Es ist aber auch denkbar, daß sich die Kapitalproduktivität auf längere Sicht wieder erhöht hat. – Kurzfristig kann die Arbeitsproduktivität dadurch überdurchschnittlich gesteigert werden, daß mit zunehmender Auslastung der Sachkapazitäten die *fixen Elemente im Personalbestand* der Unternehmen *stärker genutzt* werden. Vom Rezessionstal der Jahre 1966/67 aus gesehen, waren demnach die Voraussetzungen für kräftige Produktivitätssteigerungen besonders günstig . . . Auf den Übergang von der Minder- zur *Vollauslastung (der Kapazitäten)* dürfte es teilweise zurückzuführen sein, daß sich der Produktivitätsanstieg kräftig beschleunigte. Offenbar bedurfte es erst einer konjunkturellen Anspannung wie im Jahre 1969, um die Unternehmen zu veranlas-

sen, ihre *Produktionsreserven voll zu mobilisieren*. Die Anzahl der Unternehmen, die 1969 zu *Mehrschichtarbeit* übergegangen sind, oder zusätzliche Schichten eingelegt haben, dürfte erheblich größer gewesen sein als in der letzten Hochkonjunktur; seit langem sind nicht mehr so viele *Überstunden* geleistet worden wie in diesem Jahre (1969). – Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die hohen Produktivitätszuwächse ohne die vorangegangene Rezession niemals hätten erreicht werden können, und daß es offenbar von Zeit zu Zeit einer ‚Reinigungskrise‘ bedürfe, um günstige Wachstumsbedingungen zu schaffen. Man kann wohl nicht bestreiten, daß die Rezession eine Rolle für das ‚Produktivitätswunder‘ gespielt hat – als Gegenposten zu den Produktivitätsausfällen während dieser Zeit. Viele Unternehmen haben *veraltete Produktionsanlagen stillgelegt* und sich auf Investitionen mit hohem *Rationalisierungseffekt* verlegt. Häufig konnten sie ihre Produktion und ihren Vertrieb *straffen*, sei es *durch technische und organisatorische Neuerungen* im eigenen Unternehmen, sei es durch *Zusammenschluß mit anderen Unternehmen* oder durch Abstimmung des Produktionsprogramms . . . 1968 und 1969 ist jedoch allem Anschein nach die Kapitalproduktivität in der Gesamtwirtschaft nicht so stark zurückgegangen, wie es dem längerfristigen Trend entsprochen hätte. Für diese These spricht vor allem, – daß die Welle der *Arbeitszeitverkürzungen*, die Anfang der 60er Jahre einsetzte, nach der Rezession *zum Stillstand* gekommen ist (und wohl auch in absehbarer Zeit nicht mehr das Ausmaß früherer Jahre erreichen dürfte), – daß sich der Anteil der privaten Ausrüstungsinvestitionen an den gesamten Investitionen erhöht hat und daß die privaten Ausrüstungsinvestitionen – gemessen am Bruttosozialprodukt – noch nie so groß gewesen sind wie 1969, was zu einer *Verbesserung der Altersstruktur unseres Kapitalstocks* geführt hat, – daß in den letzten Jahren viele neue *arbeitssparende Techniken und Verfahren* entwickelt und zur Produktionsreife gebracht worden sind (wie zum Beispiel der Einsatz von *Computern* bei der Planung, Steuerung und Kontrolle des Produktionsprozesses), die sich in der Aufschwungphase dieses Zyklus erstmals voll auf die Kapitalproduktivität ausgewirkt haben . . . “ (112).

Kurz: Die Produktivitätssteigerungen sind bewirkt worden durch (a) Intensivierung der Arbeit („stärkere Nutzung der fixen Elemente im Personalbestand“), (b) Vollauslastung der Kapazitäten, (c) Mobilisierung der Reserven, (d) Ausdehnung der Arbeitszeit (Mehrschichtbetrieb, Überstunden, keine Arbeitszeitverkürzungen), (e) Stilllegung von „veralteten“ Anlagen, also Reduzierung des konstanten Kapitals, (f) Rationalisierung und Effektivierung von Produktion und Zirkulation, (g) Konzentration und Zentralisation von Kapitalen, (h) teilweise Einführung arbeitssparender Techniken und Verfahren.

In der Krise werden also noch einmal alle die Möglichkeiten mobilisiert, die auch in den 50er Jahren Ursache der hohen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität gewesen sind. Der Sachverständigenrat hat sich in diesem Zusammenhang noch die Illusion geleistet, anzunehmen, „daß sich die Kapitalproduktivität auf längere Sicht wieder erhöht hat“. Aber die Krise ist nur ein Moment in der langfristigen Bewegung der Kapitalakkumulation. In ihr verschaffen sich kurzzeitig die dem Verfall der Kapitalrentabilität entgegenwirkenden Ursachen Geltung, ohne aber die dem Akkumulationsprozeß zugrundeliegenden Tendenzen aufheben zu können. So kommt es, daß ab ca. 1970 sich wieder die grundlegenden Tendenzen des stärkeren Anstiegs der Kapitalintensität gegenüber dem Anstieg der Arbeitsproduktivität durchsetzen mit der Konsequenz eines weiteren Abfalls der Kapitalrentabilität.

3.3.4 Die Entwicklung der Branchenstruktur

Bei der Darstellung der grundlegenden Tendenzen und Bedingungen der Kapitalakkumulation in den 50er Jahren haben wir darauf hingewiesen, daß die Branchenstruktur besonders günstig für die starke Weltmarktflechtung der westdeutschen Wirtschaft gewesen ist und daß umgekehrt die starke Weltmarktabhängigkeit diese Branchenstruktur mit dem Schwergewicht im Maschinenbau, in der Chemie, Elektroindustrie, im Fahrzeugbau usw. beförderte. Dies hält auch in den 60er Jahren an, wie aus folgender Aufstellung hervorgeht, in der alle diejenigen Zweige aufgeführt sind, deren Exportanteil am gesamten Umsatz höher ist als der Durchschnitt von 19,5 v. H. in der gesamten Industrie:

Tabelle 12:

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in besonders exportintensiven Branchen 1971

Kohlenbergbau	24,1
Kali- und Steinsalzbergbau	28,3
Sonstiger Bergbau	20,3
Eisenschaffende Industrie	27,2
Chemische Industrie	30,8
Kohlenwertstoffindustrie	23,4
Maschinenbau	35,2
Straßenfahrzeugbau	40,6
Schiffbau	42,6
Elektrotechnische Industrie	21,3
Feinmechanik, Optik	34,6
Büromaschinen, Datenverarbgt.	44,6
Feinkeramik	29,4
Musikinstrumente usw.	26,1
Insgesamt	19,5

Quelle:

Statistisches Jahrbuch 1973, S. 233

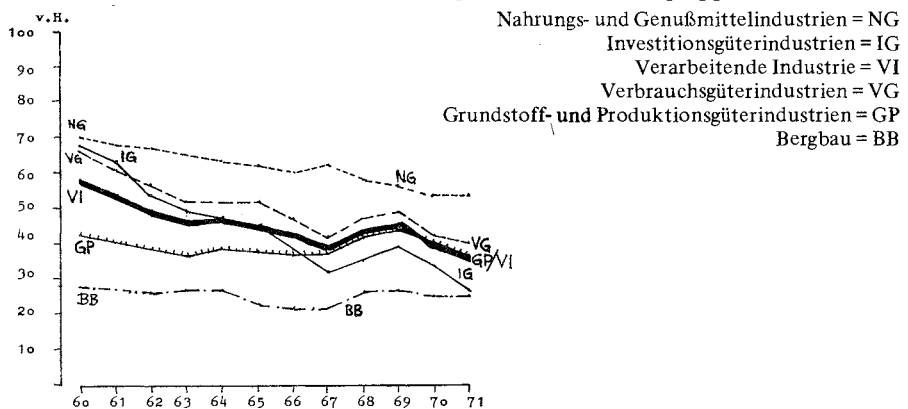
Aus der Tabelle geht hervor, wie stark nicht nur die westdeutsche Industrie insgesamt, sondern vor allem einige wichtige Branchen vom Weltmarkt abhängig sind. Die in diesen Zweigen angelegten Kapitale können nur akkumulieren, wenn im Maße ihrer Akkumulation der Weltmarkt expandiert. Auf der anderen Seite aber wirkt der Weltmarkt über die Importseite auf die Branchenstruktur. Denn um im entsprechenden Ausmaß und auf Dauer exportieren zu können, müssen die Importe als „Gegenposten“ ausgeweitet werden. Die importierten Waren aber machen den Waren westdeutscher Einzelkapitale Konkurrenz. Dadurch kann es geschehen, daß bestimmte Branchen, deren Produkte in anderen Ländern unter günstigeren Umständen als in Westdeutschland hergestellt werden können, in ökonomische Schwierigkeiten geraten, wie es in den 50er Jahren im Bergbau, in der Landwirtschaft und

heute vor allem in der Textilindustrie der Fall ist. Auch wenn in der BRD der größte Teil der Importe ebenfalls aus Produkten der gewerblichen Wirtschaft besteht, so ist doch auf die Differenz zwischen der Einfuhr- und Ausführstruktur hinzuweisen: In der Einfuhr macht 1970 der Anteil der gewerblichen Fertigwaren genau 50,0 v. H. aus, in der Ausfuhr hingegen 85,8 v. H. Und innerhalb der Produkte der gewerblichen Wirtschaft selbst liegt ein Schwerpunkt der westdeutschen Exporte bei den Produktionsmitteln, im Importbereich dagegen bei den Gebrauchswaren. Bezeichnenderweise exportierte das westdeutsche Kapital 1972 für 4,1 Mrd DM Textil- und Lederindustriemaschinen, denen ein Import in Höhe von 0,6 Mrd DM gegenüberstand, während im gleichen Jahr für 3,1 Mrd. DM Textilien, Schuhe und andere Lederwaren exportiert, aber für 7,9 Mrd DM importiert worden sind. Dies ist nur ein Beispiel, das anzeigen soll, daß nicht nur die Exportverhältnisse, sondern auch die Importe für die Entwicklung der Branchenstruktur relevant sind.

Wenn auf der einen Seite danach gefragt wird, welches die Auswirkungen der Weltmarktverflechtung für die Branchenstruktur sind, so müssen auf der anderen Seite die Bedingungen untersucht werden, die die Position der Branche auf dem Weltmarkt bestimmen. Um an diese Problemstellung näher heranzukommen, wollen wir nun die wichtigsten Branchen der westdeutschen Industrie auf ihre relative Stellung (innerhalb der gesamten Industrie) hinsichtlich der Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität, Lohnquote und Kapitalrentabilität betrachten. Zunächst untersuchen wir die Industriegruppen des Bergbaus (BB), der verarbeitenden Industrie (VI) und deren Untergruppierungen: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (GP), Investitionsgüterindustrien (IG), Verbrauchsgüterindustrien (VG) und Nahrungs- und Genußmittelindustrien (NG).

Schaubild 5

Entwicklung der Kapitalrentabilität in ausgewählten Industriegruppen 1960–1971



Quelle:

Eigene Berechnungen auf Basis der Daten bei Kregel, R. u. a., a. a. O.

Im Schaubild 5 haben wir die Kapitalrentabilität dieser Industriegruppen in den 60er Jahren berechnet. Erstens ist auf einen Blick erkennbar, daß sich die Kapitalrentabilität *zyklisch* bewegt und in diesem Prozeß langfristig sinkt. Zweitens ist der besonders starke Abfall der Kapitalrentabilität in den Investitionsgüterindustrien, zu denen Branchen wie der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau, die elektrotechnische Industrie usw. gehören, auffallend. Wir können dies damit erklären, daß in diesen Zweigen die Arbeitsproduktivität niedriger als im Durchschnitt der gesamten Industrie liegt und der Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen (Lohnstückkosten) überdurchschnittlich hoch ist (113). Die unterdurchschnittliche Kapitalintensität hat den besonders starken Abfall der Kapitalrentabilität nicht aufhalten können. Drittens ist noch etwas auffallend am Verlauf der Kurven: Die aktuelle Höhe der Kapitalrentabilität in den einzelnen Industriegruppen liegt in Krisenzeiten näher zusammen als in Boomphasen. Wir wollen diesem Problem in diesem Aufsatz nicht weiter nachgehen, meinen jedoch, daß dieses Phänomen nur interpretierbar ist, wenn wir die Tendenzen zum Ausgleich der einzelnen Branchenprofitraten zur Durchschnittsprofitrate untersuchen, also die Probleme von Konkurrenz und Monopol in die Betrachtung einbeziehen würden.

Mit dieser zunächst noch groben Kennzeichnung der unterschiedlichen Branchenentwicklung können wir uns aber nicht zufriedengeben, da künftige Entwicklungstendenzen wesentlich davon abhängen, aufgrund welcher Faktoren die Kapitalrentabilität fällt. Die Reaktionsmöglichkeiten des Kapitals sind schließlich verschieden je nach den Ursachen, die für das Fallen der Kapitalrentabilität verantwortlich sind. Prinzipiell kann sie fallen infolge einer ansteigenden Kapitalintensität, einer fallenden Arbeitsproduktivität bzw. einem Auseinanderklaffen der Wachstumsraten von Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität oder einer ansteigenden Lohnquote bzw. steigenden Lohnstückkosten. Wenn wir diese Faktoren kombinieren, so können wir die Hauptgründe für die absinkende Kapitalrentabilität herausfinden. Bei der Untersuchung der wichtigsten Branchen stellte sich folgendes Ergebnis heraus:

Erstens: Nur in drei Branchen verbesserte sich in den 60er Jahren die Kapitalrentabilität, nämlich in der Chemieindustrie, der Mineralölverarbeitung und der Kunststoffverarbeitung. Hier spielten sicherlich auch Extraprofiten eine Rolle, die diese Industriezweige auf sich ziehen konnten infolge ihrer Sonderstellung im Reproduktionsprozeß des Kapitals (Branchengruppe III).

Zweitens: Bei fast allen Branchen, die im Jahre 1960 in der Kapitalverwertung noch über dem Durchschnitt der Industrie lagen, und die bis zum Jahre 1971 unter den Durchschnitt abgesunken sind (Branchengruppe I), zeigt sich eine gleichartige Konstellation: die Kapitalintensität und die Arbeitsproduktivität liegen unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie, die Kapitalproduktivität ist überdurchschnittlich hoch, ebenso aber auch die Lohnquote mit dem Resultat, daß die Kapitalrentabilität im Verlauf der 60er Jahre niedriger als der Durchschnitt geworden

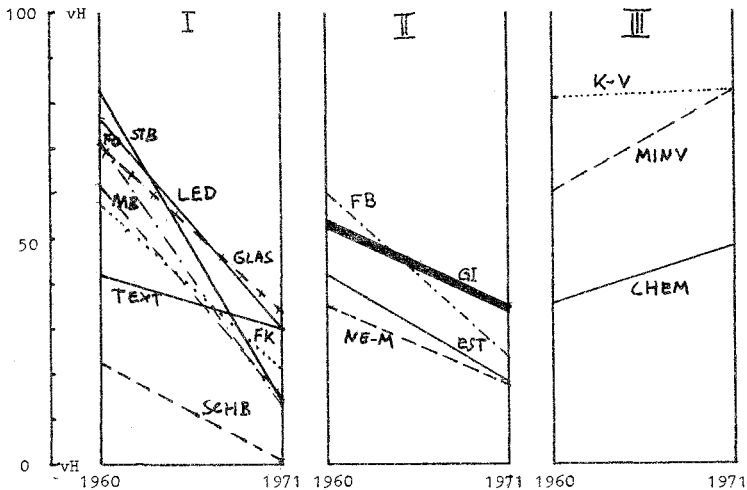
113 Wir verweisen hier nochmals darauf, daß bei der Berechnung der Lohnstückkosten die Lohnentwicklung nicht deflationiert worden ist und daher notwendig eine Verfälschung der Lohnstückkosten entsteht. Dennoch ist es möglich, in diesem Zusammenhang die Lohnstückkosten zu benutzen, da ja dieses Problem alle Branchen betrifft und daher die Vergleichsmöglichkeit, um die es uns hier geht, hergestellt ist.

ist. Bezeichnenderweise lagen alle diese Branchen – Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, feinmechanische und optische Industrie, feinkeramische Industrie, Glasindustrie, Lederindustrie sowie die Investitionsgüterindustrie in ihrem Durchschnitt – noch im Jahre 1960 über dem Durchschnitt der Kapitalrentabilität der Gesamtindustrie. Wenn man noch diejenigen Industriezweige dieser Gruppen hinzuzählt, deren Kapitalproduktivität unterdurchschnittlich ist, die daher auch schon 1960 unter dem Schnitt der Kapitalverwertung lagen (Textilindustrie und Schiffbau), dann haben wir eine relevante Gruppe von Industriezweigen, deren Kapitalrentabilität überdurchschnittlich stark gefallen ist, weil die Lohnstückkosten sehr hoch liegen. Infolge der hohen Lohnquote suchen diese Zweige ihr Heil vor allem in einer Senkung des Lohnanteils.

Drittens: Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Industriezweige, bei denen die Senkung der Kapitalrentabilität aus verschiedenen Gründen – wegen einer hohen und steigenden Lohnquote, wegen sehr rasch forcierter Kapitalintensivierung oder zu langsam steigender Arbeitsproduktivität – eingetreten ist. Hier müßten ins Einzelne gehende branchenspezifische Untersuchungen, die wir hier nicht durchführen können, mehr Aufschluß geben.

Schaubild 6

Bewegung der Kapitalrentabilität in einigen Branchen der westdeutschen Wirtschaft von 1960 bis 1971



STB = Stahl- und Leichtmetallbau; FO = Feinmechanik und Optik; LED = Lederindustrie; MB = Maschinenbau; FK = Feinkeramische Industrie; TEXT = Textilindustrie; SCHB = Schiffbau; FB = Straßenfahrzeugbau; EST = Eisen- und Stahlindustrie; NE-M = NE-Metallindustrie; K-V = Kunststoffverarbeitung; MINV = Mineralölverarbeitung; CHEM = Chemieindustrie; GI = Gesamte Industrie

Quelle:

Eigene Berechnungen auf Basis der Daten von Kregel u. a., a. a. O.

Anhand des Schaubildes 6 läßt sich diese Unterschiedlichkeit der Branchenentwicklung verdeutlichen. Wir haben die untersuchten Branchen in drei Gruppen eingeteilt. In der Gruppe I befinden sich alle Branchen, deren Kapitalrentabilität in der Dekade von 1960 bis 1970 überdurchschnittlich fällt bei unterdurchschnittlicher Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität, zum Teil überdurchschnittlicher Kapitalproduktivität, aber relativ hohen Lohnstückkosten. In der Gruppe II befinden sich die wichtigsten Branchen mit vergleichsweise niedriger Kapitalrentabilität, aber dabei hoher Kapitalintensität, so daß hier die Senkung der Kapitalrentabilität vor allem an der Kapitalintensivierung liegt. Die fett ausgezogene Linie im Schaubild der Branchengruppe II bezeichnet den Durchschnitt der gesamten Industrie. In der Branchengruppe III schließlich befinden sich alle Branchen, die in der vergangenen Dekade einen Anstieg der Kapitalrentabilität verzeichnen konnten. Es sind dies alles Branchen mit vergleichsweise hoher Arbeitsproduktivität und niedrigem Lohnanteil.

Unser Interesse konzentrieren wir auf die erste Gruppe von Industriezweigen, bei denen – um es zu wiederholen – die Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität unter dem industriellen Durchschnitt liegen, die Kapitalproduktivität als kombinierter Ausdruck nicht unbedingt negativ sein muß und die Lohnquote überdurchschnittlich hoch ist. Offensichtlich liegt dann die negative Entwicklung der Kapitalrentabilität vor allem an den stark gestiegenen Lohnstückkosten. Jedenfalls sieht es so vom einzelkapitalistischen Standpunkt aus. Nun bestehen prinzipiell zwei Möglichkeiten, um dieses Problem zu bewältigen, nämlich einmal die Lohnkosten durch Rationalisierung, d. h. unter den gegebenen Umständen Erhöhung der Kapitalintensität einzusparen, oder aber in Regionen auszuwandern, in denen die Lohnkosten aufgrund besonders niedriger Löhne sehr gering sind. Allerdings sind hier zwei „Typen“ von Branchen aufgrund ihres unterschiedlichen Arbeitsprozesses zu unterscheiden: diejenigen Branchen mit hohem Lohnkostenanteil und gleichzeitig hohem Anteil von hochqualifizierten Arbeitskräften und diejenigen Branchen mit hohem Lohnkostenanteil und gleichzeitig einer großen Zahl von nur gering qualifizierten Arbeitskräften. Insbesondere bei dieser zweiten Kategorie von Branchen, zu denen neben der Textilindustrie auch die elektrotechnische Industrie, z. T. der Straßenfahrzeugbau, die feinmechanische und optische Industrie, die Lederindustrie gehören, spielt denn auch die jüngst zu beobachtende Entwicklung zum Export nicht nur von Warenkapital, sondern auch von Geldkapital zur Anlage in sogenannten Niedriglohnländern eine wichtige Rolle. Ohne jetzt auf die darin angelegten Probleme genauer eingehen zu können, sollen nur einige der in unserem Zusammenhang wichtigen Tendenzen aufgezeigt werden.

Den einzelnen Kapitalen scheint es so, als ob der Fall der Kapitalrentabilität vor allem an den sehr stark angestiegenen Lohnstückkosten liege. Der von uns hervorgehobene Zusammenhang zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität, Erhöhung der Mehrwerttrate und Zunahme des Anteils des unproduktiven Sektors ist dem einzelnen Kapital verborgen. So wird es versuchen, sich dem „Kostenfaktor“ hohe Löhne, an denen nach seiner Vorstellung die Misere verschlechterter Verwertungsbedingungen liegt, zu entziehen. Dabei spielen nun je nach der Verflechtung in den Weltmarkt zwei „Strategien“ eine Rolle. Wenn westdeutsche Kapitale gegen-

über Konkurrenten aus anderen Ländern in den Preisen nicht mithalten können, weil in den Marktpreis des Produkts – bei sehr arbeitsintensiver Produktion – hohe Löhne eingehen, die in anderen Ländern von dort produzierenden Kapitalen nicht gezahlt zu werden brauchen, dann wird zunächst einmal der Ruf nach „Schutz vor der ausländischen Konkurrenz“ laut. Handelsbeschränkungen, effektive Schutzzölle, Protektion durch verschiedene Subventionsformen sind dann Mittel, um die Konkurrenzfähigkeit, wenn schon nicht auf dem Weltmarkt, so doch auf dem inneren Markt herzustellen. Die Angaben über die effektiven Schutzzölle in Westdeutschland zeigen denn auch eine Korrelation zwischen effektiven Handelshemmnissen und der Bedeutung der Lohnkosten in den einzelnen Industriezweigen. So beträgt der effektive Zollschatz für die Produkte der Textilindustrie ca. 21 v. H., der Bekleidungsindustrie ca. 22 v. H., der NE-Metallindustrie ca. 25 v. H. Ohne diese Schutzmaßnahmen würde sicherlich die Kapitalrentabilität in den genannten Zweigen noch niedriger sein. Aber noch etwas kommt hinzu und bezeichnet die Widersprüchlichkeit der Situation: Die einen Branchen des westdeutschen Kapitals sind auf hohe Exportquoten angewiesen; die anderen Branchen dagegen müssen sich vor „Billigimporten“ durch Handelshemmnisse schützen. Auf die Dauer aber werden durch die Verhinderung von Importen auch die Exporte gefährdet, da durch sie – wenn auch nicht allein – die Zahlungsunfähigkeit anderer Länder herbeigeführt wird. Bei Abschaffung der Handelshemmnisse aber geraten die betreffenden westdeutschen Branchen in ökonomische Krisen.

Daher wird die andere Strategie umso wichtiger, nämlich die Produktion der Waren selbst in sogenannte Niedriglohnländer zu verlagern. Für die BRD scheint uns die Annahme plausibel, daß einige traditionelle Industriezweige wie die Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Lederverarbeitung, Teile der feinmechanischen und optischen Industrie und der elektrotechnischen Industrie ohne effektiven Zollschatz den Standort in Westdeutschland gegenüber der Konkurrenz aus sogenannten Niedriglohnländern kaum werden verteidigen können. Denn die Möglichkeiten einer weiteren kostensparenden Substitution von Arbeit durch Kapital bleibt so lange begrenzt, wie aufgrund der sehr niedrigen Löhne in manchen Regionen der Erde eine sehr arbeitsintensive Produktionsweise ökonomische Vorteile bringt. So ist es in den nächsten Jahren wahrscheinlich, daß der seit 1969 verstärkt zu beobachtende Trend, auch Geldkapital zum Zweck der Errichtung von Produktionsstätten in Niedriglohnländern zu exportieren, sich fortsetzen wird. Insbesondere werden folgende Produktionen am ehesten betroffen, weil der Anteil der Lohnkosten bei der Fertigung sehr hoch ist: Textilien, Bekleidungsartikel, elektrotechnische und elektronische Produkte, feinmechanische und optische Produkte. Die Ansiedlung der diese Produkte herstellenden Industrien erfolgt konzentriert in einzelnen Regionen der Erde, in Südostasien, in den sogenannten „freien Industriezonen“ etwa in Südkorea und Taiwan, Singapur oder Mexiko.

Diese Tendenzen deuten an, daß sich auf die Dauer neue Branchenstrukturen durchsetzen werden. Arbeitsintensive Produktionsprozesse werden tendenziell in Niedriglohnländer verlagert, wohingegen kapitalintensive Produktionsprozesse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bleiben werden. So schreibt Ger-

hard Fels, „daß eine Branche in der Arbeitsteilung um so wettbewerbsfähiger ist, je kapitalintensiver sie produziert, weil bei kapitalintensiver Produktion das Lohngefälle wenig relevant ist . . . Die Entwicklungsländer haben dagegen Wettbewerbsvorteile bei Produktionen, die wenig Sachkapital und weniger qualifizierte Arbeitskräfte erfordern als andere Produktionen (114). Aus dem folgenden Schaubild 7 läßt sich die Struktur der Branchen entsprechend ihrer Rangfolge in der Kapitalintensität und den Lohnstückkosten ersehen. Auf den ersten Blick fällt auf, daß Kapitalintensität und Lohnstückkosten hochgradig negativ korrelieren, d. h. daß einer hohen Kapitalintensität ein relativ niedriger Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen und umgekehrt entspricht. Dies läßt sich damit erklären, daß in der Regel Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität positiv korrelieren. Eine hohe Arbeitsproduktivität bedeutet ja, daß aufgrund der zu Marktpreisen bewerteten Gebrauchswertmasse der Anteil der Löhne am Produktionsergebnis (in unserem Zusammenhang: Nettoproduktionsvolumen) relativ gering ist. Von einer hohen Arbeitsproduktivität in einer Branche und dem ihr (wie dargestellt) entsprechenden niedrigen Lohnanteil am Nettoproduktionsvolumen kann jedoch keineswegs auf eine dementsprechend hohe Branchenmehrwertrate geschlossen werden, wie es z. B. bei Zschocke geschieht (115). Die Mehrwertrate kann nur gesamtgesellschaftlich bestimmt werden durch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, d. h. die Produktivitätsentwicklung in der Gesamtwirtschaft. Wenn man aber von der Gesamtwirtschaft ausgeht, dann müssen notwendig Überlegungen zum Verhältnis von produktiver und unproduktiver Arbeit angestellt werden, wie wir es in Teil 3.3.2 versucht haben.

114 G. Fels, Der Wandel der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und seine Konsequenzen für die Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, in: WSI-Studien, Nr. 22, Köln 1973, S. 17

115 H. Zschocke, a. a. O., S. 102 f.

FÜR ALLE DIE GEGEN DEN
MILITARISMUS KÄMPFEN:

antimilitarismus
information 

Die *ami* bringt jeden Monat:

- o Gegeninformationen und aktuelle Meldungen
- o Rechtshinweise und wichtige Urteile zur KDV
- o Theoriediskussion - Hintergründe und Tendenzen des Militarismus

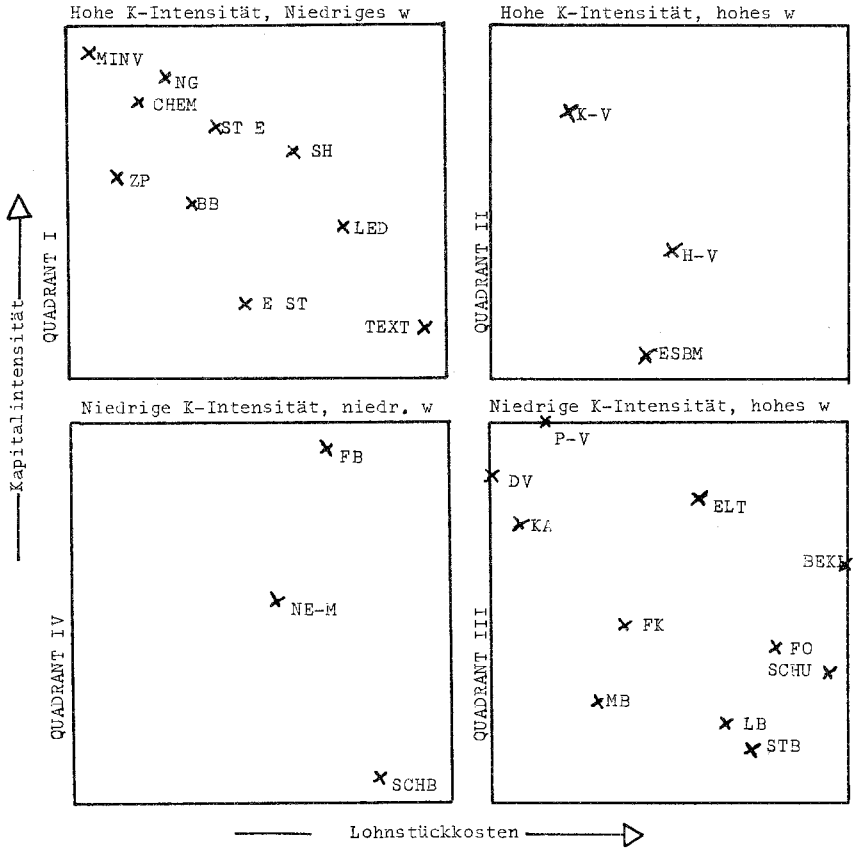
Jedes vierte Heft ist ein Theorieheft mit Doppelumfang
Bisher erschienen u.a.: Wirtschaft und Rüstung -
Europäische Sicherheit - KDV-Arbeit -

Kostenlose Probeexemplare anfordern bei:

Brigitta Gründing, 8 München 19, Nördliche
Auffahrtsallee 20

Schaubild 7

Korrelation von Kapitalintensität und Lohnstückkosten in der westdeutschen Industrie



Legende der Abkürzungen der Industriezweige: MINV = Mineralölverarbeitung; NG = Nahrungs- und Genußmittelindustrien; CHEM = Chemieindustrie; ST E = Industrien der Steine und Erden; SH = Sägewerke und holzbearbeitende Industrie; ZP = Holzschliff, Zellstoff usw.; BB = Bergbau; LED = Lederindustrien; E ST = Eisen- und Stahlindustrie; TEXT = Textilindustrie; H-V = Holzverarbeitung; ESBM = Eisen-, Blech-, Metallwarenindustrie; P-V = Papierverarbeitung; DV = Druckereien; ELT = Elektrotechnische Industrie; KA = Gummi- und Asbestverarbeitung; BEKL = Bekleidungsindustrie; FK = Feinkeramik; FO = Feinmechanische und optische Industrie; NE-M = Nicht-eisen-Metallindustrie; SCHU = Schuhindustrie; MB = Maschinenbau; LB = Luftfahrzeugbau; STB = Stahl- und Leichtmetallbau; SCHB = Schiffbau; FB = Straßenfahrzeugbau; K-V = Kunststoffverarbeitung

Quelle:

Eigene Berechnungen, Daten von R. Kregel u. a., a. a. O.; w = Lohnstückkosten

Von den vier Quadranten sind nur der erste und dritte für uns interessant. Wenn die bezeichneten Tendenzen einer über den Außenhandel vermittelten Umstrukturierung der Branchen wirksam werden, dann dürften vor allem diejenigen Branchen betroffen sein, die im dritten Quadranten liegen, also einen vergleichsweise hohen Lohnanteil bei gleichzeitig relativ niedriger Kapitalintensität aufweisen. Dies gilt natürlich nur ungefähr; näheren Aufschluß kann man nur durch eine ins Einzelne gehende Branchenanalyse gewinnen. Es kann auch sein, daß wie in der optischen Industrie Westdeutschlands schon geschehen, nur die arbeitsintensiven *Teile* der Produktion ausgelagert werden, während die kapitalintensiven und hohe Qualifikationen erfordernden Prozesse in Westdeutschland weiter betrieben werden (116).

Die Konsequenzen dieser Umstrukturierungstendenzen für die Arbeiterklasse sind bereits jetzt abzusehen. Erstens entstehen dadurch Tendenzen branchenspezifischer und regionaler Arbeitslosigkeit. Zweitens wird dadurch auf die Löhne Druck ausgeübt. Drittens werden damit Dequalifizierungs- und Requalifizierungsprozesse erzwungen.

4. Die gegenwärtigen Bedingungen der Kapitalakkumulation in der BRD

Nachdem wir die Tendenzen der Kapitalakkumulation in den vergangenen Jahren herausgearbeitet haben, können wir versuchen, die grundlegenden Entwicklungstrends der nächsten Jahre anzugeben. Damit beanspruchen wir keineswegs, eine Prognose der Kapitalentwicklung aufzustellen, vielmehr geht es uns darum, die ökonomischen Zwänge herauszuarbeiten, vor denen die Arbeiterbewegung und die politischen Organisationen der Arbeiterklasse in Westdeutschland stehen, sowie ihre Handlungsspielräume materialistisch zu bestimmen. Wir werden dabei so vorgehen wie bisher und die Faktoren untersuchen, die auf die Bewegung der Kapitalrentabilität Einfluß haben. Schon aus den Ergebnissen dieser Untersuchung lassen sich bestimmte Schlußfolgerungen hinsichtlich der Handlungsspielräume ziehen. Zur weiteren Konkretion aber wird es notwendig sein, die Untersuchung auf weitere Aspekte und Bereiche auszudehnen — ein Unterfangen, dessen Notwendigkeit wir anhand der Beschreibung von offenen Problemen klarmachen können, ohne in diesem Artikel diese Ansprüche einzulösen.

1. Die langfristige Steigerung der *Kapitalintensität*, die in entscheidendem Ausmaß den langfristigen Trend der Kapitalverwertung in Westdeutschland bestimmt hat, wird auch weiterhin entscheidend für die Entwicklung des Kapitals bleiben. Dies resultiert nicht allein aus den besonderen Bedingungen der Kapitalentwicklung, die vor allem in der BRD herrschen — darauf gehen wir gleich ein —, sondern aus immanenten Gesetzen der Produktionsweise. Denn das Kapital stellt sich der Lohn-

116 Bekanntestes Beispiel hierfür ist Rolle. Während die technische Entwicklung und andere Prozesse, die hochqualifiziertes Personal erfordern, in Westdeutschland betrieben werden, erfolgt die arbeitsintensive Produktion unter günstigen Lohnverhältnissen in Singapur. Die dort produzierten Kameras sind nicht für den nah- und fernöstlichen, sondern vor allem für den westdeutschen Markt bestimmt. Die Billigkeit der Arbeitskräfte macht demzufolge sogar die zusätzlichen Transportkosten wett.

arbeit in der seiner Begrifflichkeit entsprechenden stofflichen Form der „großen Industrie“ der Maschinerie, also als konstantes Kapital gegenüber. Damit macht es sich unabhängig von allen Begrenztheiten der Arbeitskraft, seien sie nun psychischer oder physischer Natur oder resultierten sie aus dem sozialen Charakter der Arbeit, der nicht voll vom Kapital beherrschbar ist. Denn das Kapital ist ein gesellschaftliches Verhältnis und wenn auch das Kapital Subjekt der Bewegung in der kapitalistischen Produktionsweise ist, so ist es doch kein von den Interessen und Kämpfen der Lohnarbeiterklasse autonomes Subjekt. Diese Autonomie versucht es sich ja gerade in der tendenziellen Substitution von Arbeit durch Kapital zu verschaffen; denn die Maschinerie kennt keine Psyche, Arbeitszeitbegrenzungen sind ihr fremd und Streiks erst recht. So kommt es, daß prinzipiell das Kapital, indem es durch Substitution von Lohnarbeit durch Kapital dem Widerspruch und den besonderen Interessen der Arbeiterklasse entgegen will, einen neuen Widerspruch produziert, der seinen Ausdruck als ansteigende technische Zusammensetzung des Kapitals oder als ansteigende Kapitalintensität findet.

Diese allgemeine Tendenz findet in den kommenden Jahren in Westdeutschland sicherlich keine bedeutsame historische Gegenwirkung – es sei denn eine tiefe ökonomische Krise, die radikal und gewaltsam die sonst nicht wirksamen Gegen Tendenzen mobilisieren würde. Wenn wir davon zunächst einmal absehen, ergibt sich folgendes Bild:

Erstens scheint es, daß sich die Organisation des Produktionsprozesses nicht so bedeutend verändern läßt, daß auf diese Weise der notwendige Kapitalvorschuß für konstantes Kapital entscheidend verringert werden könnte (117).

Zweitens wird sich auch zukünftig dem Kapital gegenüber der Zwang zur „Substitution“ von Arbeitskraft durch Maschinerie durchsetzen; denn das Arbeitsvolumen wird nur geringfügig steigen (118), während zusätzlich eine zunächst hohe Lohnrate Rationalisierungsinvestitionen verstärkt als „ökonomisch sinnvoll“ erscheinen lassen wird. Die Produktivitätssteigerungen werden sich daher nur durch die Erhöhung der Kapitalintensität erreichen lassen, d. h. durch die Anwendung „arbeitssparender“ Methoden im Produktionsprozeß (119).

Drittens, und dieser Faktor betrifft nicht nur das fixe Kapital, sondern das konstante insgesamt, wird der Teil des konstanten Kapitals, der für den Kauf von Rohstoffen und Energie aufgebracht werden muß, angesichts der weltweit steigenden Rohstoffpreise in den nächsten Jahren nicht zurückgehen (120). Die steigenden Rohstoffpreise erlangen für das Kapital in den Metropolen also nicht nur dadurch Bedeutung, daß Milliardenbeträge von Geldkapital und Zahlungsmitteln in die Ver-

117 Vgl. RKW-Forschungsprojekt, 7 Bericht, a. a. O., S. 82: „(Man kann) . . . in der Regel davon ausgehen, daß dann (unter bestimmten technischen Bedingungen, d. Verf.) der Produktionsablauf derart rationell gestaltet wird, daß keine organisatorischen Fortschritte mehr erzielt werden können.“ Andererseits ist nach dem RKW-Berichtsband das technische Niveau (der Mechanisierungsgrad) wiederum wesentlich abhängig von dem herrschenden Lohnsatz.

118 Vgl. ebd., S. 22 f.

119 Vgl. ebd., S. 36

120 Vgl. die Artikel von Masserrat und Tamassebi in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 11/12 (1974)

fügung der rohstoffproduzierenden Länder fließen (insbesondere in die ölproduzierenden Länder), was die Zahlungsbilanz der Verbraucherländer stark belastet, sondern auch dadurch, daß die Auslagen für das konstante Kapital entsprechend steigen und folglich die organische Zusammensetzung erhöhen. (Auch die Produktionskosten der Arbeitskraft werden aus diesem Grunde steigen, weil die Preise von Rohstoffen, die in die Konsumtion der Arbeiterklasse eingehen, steigen.)

2. Die *Arbeitsproduktivität*, so kann aus unseren bisherigen Überlegungen geschlossen werden, kann bei dem weiter herrschenden Zwang zur Kapitalintensivierung der Produktion sicherlich nicht in einem solchen Maße angehoben werden, daß der negative Effekt der Steigerung der Kapitalintensität auf die Kapitalrentabilität ausgeglichen werden könnte. D. h. kapitalaufwendige Methoden zur Steigerung der Arbeitsproduktivität werden auch in den 70er Jahren bestimmend sein. Denn einmal ist eine arbeitsorganisatorische „Optimalisierung“ des Produktionsprozesses, die sowohl die ökonomische Anwendung von c (konstantem Kapital) als auch die Intensivierung der Arbeit umfaßt, nicht unbegrenzt möglich. Gerade neuere Untersuchungen haben ergeben, daß beim „vorherrschenden Mechanisierungsgrad“ Grenzen für die Zunahme der Arbeitsproduktivität sichtbar werden (121), während eine weitere Intensivierung der Arbeit sowohl wegen der Grenze der physischen Belastbarkeit der Arbeiter als auch wegen der Abwehrkämpfe der Arbeiter gegen verschlechterte Arbeitsbedingungen unmöglich wird. Auch wird in den 70er Jahren der sogenannte Struktureffekt ohne große Bedeutung bleiben (122). Dagegen wird mit der Steigerung der Kapitalintensität, die zugleich eine Steigerung der „Fixkostenanteile“ einschließt, wenn auch der „Kapitalaufwand pro Produktseinwand“ steigt bzw. die Kapitalproduktivität sinkt (was für die 60er Jahre von uns nachgewiesen wurde), die kontinuierliche Vollauslastung der Kapazitäten noch dringlicher als früher (123). Gerade die absinkende Kapazitätsauslastung in einzelnen Branchen, zyklisch zur Zeit noch verstärkt, wird in den nächsten Jahren (124) die Steigerung der Arbeitsproduktivität beschränken.

3. Resultat dieser Prozesse wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine auch weiterhin absinkende Kapitalproduktivität sein. Damit diese nicht negativ auf die Kapitalrentabilität durchschlägt, bleibt dem westdeutschen Kapital nur der Ausweg, die *Lohnstückkosten* zu senken. Diesen Zusammenhang kann man auch anders ausdrücken: Wenn eine Erhöhung der Mehrwertrate mit Hilfe der ansteigenden Produktivkraft der Arbeit in den 70er Jahren schwieriger als den Jahren zuvor sein wird, um die notwendig steigende organische Kapitalzusammensetzung zu kompensieren, dann wird das Kapital darauf zurückkommen müssen, die Mehrwertrate durch politische Eingrenzung der Lohnrate zu erhöhen. Dieser allgemeine Zusammenhang ist es, der die vielfältigen Maßnahmen der Einkommenspolitik – von der „konzertierten Aktion“ über die Mobilisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit gegen die Ge-

121 Vgl. RKW-Berichtsband, a. a. O., S. 82 (vgl. FN 117)

122 Vgl. RKW-Forschungsprojekt, Bd. 2, a. a. O., S. 58

123 RKW-Berichtsband, a. a. O., S. 122: Durch den gestiegenen „Fixkostensockel“ stellt sich „die Forderung nach Vollauslastung der Anlagen . . . noch dringlicher als früher.“ Vgl. auch unsere Ausführungen zur Weltwirtschaftskrise.

124 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1974

werkschaften, polizeiliche Unterdrückung von Streikbewegungen bis zur staatlichen Steuerpolitik – begründet.

4. Wenn wir sagten, daß die Profitrate bzw. die Kapitalrentabilität in den vergangenen Jahren gefallen ist und weiter fallen wird, so gilt dies keineswegs für die *Profitmasse*. Die hohe Ausbeutungsrate der Lohnarbeiter sorgte schließlich dafür, daß die von den produktiven Lohnarbeitern produzierten Profite schnell zunahmen. Wenn man die Steigerung der Bruttogewinne errechnet, so erreichen sie gegenüber 1950 (= 100) im Jahre 1960 einen Wert von 176 und 1970 einen Wert von 551, d. h. sie erhöhten sich um mehr als das fünffache. Angesichts dieser Entwicklung könnte davon gesprochen werden, daß die „Profitmasse die Profitrate aufwiege“ und daher für die Einschätzung der künftigen Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitals weniger die zu erwartende Profitratenentwicklung als die Entwicklung der Profitmasse relevant wäre. Diese Annahme trifft jedoch nur beschränkt zu. Denn nur bereits bestehende große Kapitale können sich evtl. mit der Profitmasse zufriedengeben, ohne die eigene Verwertungssituation mit anderen Kapitalen vergleichen zu müssen. Ein Vergleich aber erfordert immer den Bezug des Resultats – Profitmasse – auf den Aufwand, um es zu erreichen (gesamter Kapitalvorschuß), d. h. die Zugrundelegung der Profitrate.

Wenn ein einzelnes Kapital aber alternative Verwendungsmöglichkeiten für aus dem produzierten Profit akkumulierbare Fonds kalkuliert, dann wird die Profitrate wieder wichtig; sie ist und bleibt unter kapitalistischen Verhältnissen „das belebende Feuer der Produktion“. Große Kapitale, bei denen die Profitmasse die Profitrate noch aufwiegen mag, akkumulieren noch in begrenztem Umfang. Die Widersprüche werden mit dem verlangsamten Akkumulationstempo allerdings eher verschärft; denn die Klassenwidersprüche spitzen sich dann zu. Wenn aber die Profitrate so sehr fällt, daß aus der wachsenden Profitmasse keine Zusatzkapitale mehr zur bisherigen Profitrate industriell angelegt werden können, dann erscheint Kapital als überschüssig, als „überakkumuliert“.

Bevor darauf eingegangen werden kann, muß eine Erscheinung wenigstens benannt werden, die mit der wachsenden Profitmasse zusammenhängt. Wie wir gesehen haben, ist der Kapitalaufwand pro Arbeitsplatz enorm angestiegen. Damit war notwendigerweise ein gewaltiger *Konzentrations- und Zentralisationsprozeß* von Kapital verbunden, der vor allem nach der Krise von 1966/67 ein bis dahin noch nicht erreichtes Ausmaß angenommen hat. Die Konzentration und Zentralisation von Kapital drückt sich einmal in der langfristigen Tendenz darin aus, daß der Anteil der selbständigen Kapitalisten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen kontinuierlich abnimmt, nämlich von 31,6 v. H. im Jahre 1950 auf 15,6 v. H. im Jahre 1972. Fast 85 v. H. aller Erwerbspersonen sind also Lohnarbeiter, deren produktiver Teil eine steigende Profitmasse produziert. Zum anderen haben auch die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse eine zyklische Verlaufsform. Dies ist eine Konsequenz der Tatsache, daß mit Konzentrationsmaßnahmen das Kapital Verwertungsschwierigkeiten zu bereinigen versucht. Begleiterscheinungen und Ausdrucksformen der Konzentration und Zentralisation sind daher regelmäßig Rationalisierungen in Produktion und Zirkulation, Betriebsstillegungen, um Produktionspro-

gramme zu „bereinigen“, Pleiten und Betriebsübernahme durch größere Konzerne, d. h. Prozesse von Kapitalvernichtung, Produktionsverlagerungen in andere Regionen. Zum dritten ist hier entscheidend, daß die Tendenz der Konzentrations- und Zentralisationsprozesse über die nationalen Grenzen hinaus und zur Internationalisierung von Produktion und Zirkulation führt. Es entstehen auch in Westdeutschland international agierende Konzerne – mit den entsprechenden Konsequenzen für den Gesamtproduktionsprozeß des Kapitals (125). Eine wesentliche Erscheinung wird sein, daß mit der Internationalisierung des Kapitals die Unterschiede der nationalen Reproduktionsräume, insbesondere die Unterschiede in der Lohnhöhe, in der Steuergesetzgebung, in der Höhe des Zinsfußes, ausgenutzt werden, um insgesamt auf das in verschiedenen Nationen vorgeschossene Kapital eine höhere Profitrate zu beziehen, als es bei nur national begrenztem Aktionsfeld möglich wäre.

Damit sind wir bereits bei den Konsequenzen der sinkenden Kapitalrentabilität, die sich in den 60er Jahren schon andeuteten aber in den 70er Jahren eine stärkere Bedeutung erlangen werden. In diesem Zusammenhang wollen wir nur auf vier Punkte eingehen, nämlich auf die zyklische Verlaufsform der Akkumulationsbewegung, auf die Tendenzen zum Geldkapitalexport, die Entstehung einer industriellen Reservearmee Einkommenspolitik die Verwertung des Kapitals weiterhin sicherzustellen.

4.1 *Akkumulationsbewegung und Krisenzyklus*

Die *zyklischen Krisenerscheinungen*, die auch in den 50er und in der ersten Hälfte der 60er Jahre in bezeichnender Regelmäßigkeit, allerdings nur als Abschwächung des Wachstums auftreten, haben sich bis zur manifesten Krise verstärkt. Die Rezession von 1966/67 war nach unserer Interpretation deshalb so stark, weil die dem Profitratenfall entgegenwirkenden Tendenzen nur noch durch eine tiefgreifende „Bereinigung“ der Verwertungsschwierigkeiten zeitweise mobilisiert werden konnten. Anhand des ausführlichen Zitats des Sachverständigenrates (im Abschnitt 3.3.3) haben wir die wichtigsten durch die Krise bewirkten Bereinigungsprozesse aufgezeigt. Auch aus den statistischen Angaben läßt es sich entnehmen, daß die Krise die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität beschleunigte, das Wachstum der Kapitalintensität verlangsamte und die Lohnstückkosten zeitweise senkte. Alles in allem ergab sich daraus – wie aus Schaubild 3 leicht ersichtlich – eine positive Wirkung auf die Kapitalrentabilität. Kein Wunder also, daß nach der Krise ein neuer ungestümer Boom der Kapitalakkumulation sich entfalten konnte. Aber die grundlegenden Widersprüche der Kapitalakkumulation konnten nur reduziert, aber nicht aufgehoben werden und so mußte notwendig der Aufschwung in eine Stagnationsphase und schließlich eine neue, schwerere Krise – die wir gegenwärtig erleben – überleiten.

Dieser Krisenzyklus der Kapitalakkumulation konnte so lange lediglich als

125 Vgl. u. a. K. Busch, *Multinationale Konzerne . . .*, a. a. O.

eine Aufeinanderfolge von „Wachstumszyklen“ (126) erscheinen, wie die Wachstumsraten und die Kapitalrentabilität insgesamt hoch, d. h. aber die dem Wachstum zugrundeliegenden Widersprüche noch nicht zugespitzt waren. Seitdem die dem Profitratenfall entgegenwirkenden Tendenzen (hohe Ausbeutungsrate, Verringerungen der organischen Zusammensetzung des Kapitals, mobilisierbare Produktionsreserven ohne größeren Kapitalvorschuß usw.) im Prozeß der Kapitalentwicklung selbst an Wirksamkeit eingebüßt haben, können sie nur noch in Krisen mobilisiert werden. Ein neuer Aufschwung hat somit die Krise zur Vorbedingung. Weil wir angeben können, um welche zu bereinigende Widersprüche es sich dabei handelt, können wir auch die grundlegende Verlaufsform der Krise angeben: Der Kapitalaufwand muß gesenkt werden durch Vernichtung von Kapital sowohl in Gebrauchswertform (Betriebsstillegungen, Verschrottung von Anlagen usw.) als auch in Wertform (Konkurse, Sonderabschreibungen, Preisverfall usw.); die Arbeitsproduktivität muß gesteigert werden durch Intensivierung der Arbeit, das in der Krise für das Kapital probateste Mittel, durch Rationalisierungen, sofern sei keine Neuanlage von Kapital erfordern; die Lohnstückkosten müssen gesenkt werden durch Reduzierung der Löhne, also durch „Senkung des Lebensstandards“ (127), durch Senkung betrieblicher und überbetrieblicher sozialer Leistungen usw. Wie sich im einzelnen diese Prozesse entfalten werden, läßt sich allerdings nur schwer abschätzen. Denn dies hängt wesentlich ab von den staatlichen Eingriffen und den Reaktionen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen.

Wenn unsere Analyse stimmt, daß in den 70er Jahren keine Möglichkeiten für das westdeutsche Kapital bestehen, ohne Kapitalintensivierung die Arbeitsproduktivität zu steigern, und auch die Lohnstückkosten nicht in genügendem Ausmaß zu senken sind, dann ist es nur wahrscheinlich, daß periodische Krisen entstehen. Nun ist eine ökonomische Krise nicht einfach eine Episode im Ablauf der Kapitalakkumulation, sondern ein tiefgreifender Einschnitt nicht nur im Prozeß der Kapitalverwertung, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen und Beziehungen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist nicht nur eine ökonomische Formel, sondern ein realer Prozeß, der in die Arbeits- und Produktionsbedingungen hart eingreift. Die Senkung der Lohnstückkosten ist kein sachlicher Vorgang der Kostensenkung, sondern beinhaltet eine Veränderung des Teilungsverhältnisses des produzierten Wertprodukts zugunsten des Kapitals und zu Lasten der Lohnarbeit. Dies kann daher nicht ohne soziale Auseinandersetzungen und Kämpfe abgehen.

126 Vgl. etwa die Untersuchungen von Hopp, Wagner, Bombach. dem Sachverständigenrat, die von Wachstumszyklen sprechen.

127 Vgl. Helmut Schmidt, zit. in der Frankfurter Rundschau vom 4.10.1974: Lebensstandard senken, „Die Völker der westeuropäischen Industriestaaten müssen nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen...“

4.2 Weltmarkteinflüsse

Daß die Krisenhaftigkeit des westdeutschen Kapitals, deren zyklische Verlaufsform wir hier umrissen haben und die ihre Ursache in den Tendenzen der Akkumulation in den 60er Jahren hat, noch nicht früher in stärkerem Maße hervorgetreten ist, verdankt das westdeutsche Kapital auch seiner starken Stellung auf dem Weltmarkt. Die starke Nachfrage nach westdeutschen Waren auf dem Weltmarkt bewirkte zunächst, daß die Kontinuität des Reproduktionsprozesses gewährleistet wurde, eine erweiterte Reproduktion und die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch die Ausdehnung der ausländischen Märkte für das westdeutsche Kapital möglich war, ohne daß eine solche Steigerung der Produktion von den Nachfrageverhältnissen begrenzt war. Dies wurde gerade dann deutlich, wenn in den zyklischen Krisen der nationale Markt sich verengte (wie etwa in der Krise 1966/67), während die ungebrochene Nachfrage nach westdeutschen Waren im Ausland das mögliche Ausmaß der Krisen reduzierten. Wir können diese Bedeutung des Weltmarkts für alle zyklischen Abschwünge in Westdeutschland feststellen. Diese starke Stellung ermöglichte es dem westdeutschen Kapital auch, die Verteuerung der Rohstoffeinfuhren durch einen verstärkten Export von Waren zu bezahlen – auf Kosten der diese Waren importierenden Länder. Diese starke Stellung auf dem Weltmarkt wirkt sich auch in der aktuellen Krise (1974/75) „entschärfend“ aus, was sich besonders in einzelnen Branchen wie der Stahl- und der Chemieindustrie zeigt. So ist – trotz der Aufwertungen – 1973 der Exportüberschuß in Westdeutschland mit 33 Mrd DM höher als jemals zuvor seit 1967. Auch 1974 hält diese Tendenz an. Allein von Januar bis August 1974 betragen die Überschüsse der Handelsbilanz 32,8 Mrd DM.

Für die hohen Exportüberschüsse und die absolut und relativ bedeutsame Produktion von Waren für den äußeren Markt sind zwei Momente maßgeblich: erstens profitable Produktionsbedingungen im Inland und zweitens günstige Realisierungsbedingungen auf dem Weltmarkt. Da, wie in unseren bisherigen Ausführungen dargestellt, die Produktionsbedingungen in der BRD sich aufgrund des fallenden Verwertungsgrades verschlechtert haben, die Realisierungsbedingungen für das westdeutsche Kapital auf dem Weltmarkt aber immer noch außergewöhnlich gut sind, macht sich seit Ende der 60er Jahre neben den starken Exporten auch eine Tendenz bemerkbar, überschüssiges Geldkapital zu exportieren in der Erwartung, darauf eine höhere Profitrate im Ausland als bei der Anlage im Inland beziehen zu können.

Die verstärkte Anlage von Kapital im Ausland ist allerdings auch durch die „Verbilligung“ der Kapitalanlage im Ausland infolge der Aufwertungen der DM bewirkt worden (128). Darüberhinaus haben aber die veränderten Bedingungen der Profitproduktion in Westdeutschland eine Verschiebung in den Beziehungen zum Weltmarkt zur Folge gehabt. War bis Ende der 60er Jahre der Export von Warenkapital allein dominierend, so setzt sich allmählich offenbar auch ein verstärkter Export von anlagesuchendem Geldkapital durch.

128 Der durchschnittliche Aufwertungssatz der DM gegenüber den Währungen der gesamten westlichen Welt Ende November 1973 im Vergleich zu Ende 1969 beträgt 22,4 v. H., gegenüber dem Dollar 39,8 v. H. und gegenüber dem Pfund Sterling 43,1 v. H.

Der Grund für diese Verschiebung ist die relative Verschlechterung der Möglichkeiten für Kapitalanlagen in Produktionssphären, in denen Waren für den Absatz auf dem inneren und äußeren Markt hergestellt werden. (Damit ist keineswegs gemeint, daß die Produktion von Waren bereits unprofitabel für das Kapital gewesen sei.)

Denn neben der bisher vorherrschenden Motivation für Geldkapitalexporte, nämlich die Absicherung und Erweiterung von Exportmärkten zu gewährleisten, setzt sich seit Anfang der 70er Jahre die Tendenz stärker durch, die Produktionsprozesse selbst zu verlagern: Teile des Produktionsprozesses, die „kapitalintensiv“ sind, werden im Inland durchgeführt und andere Teile, die „arbeitsintensiv“ sind, werden in sogenannten Niedriglohnländer verlagert. Eine solche Auslagerung kann nicht nur unter dem Aspekt der „internen“ Kapitalrentabilität betrachtet, sondern muß auch im Zusammenhang mit der internationalen Arbeitsteilung gesehen werden. Denn die Wirkung der Weltmarktkonkurrenz besonders auf jene Branchen, die zuvor bereits als „arbeitsintensiv“ charakterisiert wurden und in denen der Lohn ein relativ wichtiger Faktor im Kostpreis ist, verschärft die Rentabilitätskrise der Kapitale in diesen Branchen. Wie wir schon ausgeführt haben, ist die Annahme plausibel, daß arbeitsintensive Industriezweige und/oder arbeitsintensive Produktionsbereiche (Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie, Teile der ESBM-Verarbeitung, der feinmechanischen und optischen Industrie, die lederverarbeitende Industrie) ihren Standort in der BRD kaum werden halten können. Der relativ hohe Zollschutz und die vergleichsweise niedrigen Löhne – im Jahre 1970 betragen die Stundenlöhne für Arbeiter in Durchschnitt der gesamten Industrie 6,95 DM; im Bergbau 8,76 DM, in der elektrotechnischen Industrie 6,46 DM, in der feinmechanischen und optischen Industrie 6,05 DM, in der Lederverarbeitung 5,03 DM, in der Textilindustrie 5,72 DM und in der Bekleidungsindustrie 4,94 DM („Frauenarbeit!“) (129) – stellen zwar einen gewissen Schutz vor der Weltmarktkonkurrenz der Niedriglohnländer dar. Da aber der Lohnanteil insgesamt gegenüber dem Anteil des Fixkapitals am Kostpreis sehr groß ist, machen Lohnunterschiede sehr viel aus. Die arbeitsintensiven Industriezweige sind deshalb eher als andere Branchen zum Standortwechsel gezwungen, weil in ihnen durch Lohneinsparungen – die Differenz des Lohnniveaus zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern – die Kapitalrentabilität bei Auslagerung in ein „Niedriglohnland“ gehalten oder sogar erhöht werden kann. Soweit kapitalintensive Industriezweige ebenfalls ihre Produktion bzw. Teile dieser Produktion auslagern, hat dies seinen Grund darin, daß bei technisch ausgereiften und standardisierten Produktionsverfahren die Arbeitsproduktivität nicht weiter (in großen Sprüngen) gesteigert werden kann, während die Produktionsverfahren den Einsatz unqualifizierter Arbeit erlauben. Auch in diesen Bereichen – *Elektrotechnik, optische und feinmechanische Industrie* – soll eine Auslagerung der Produktion unter den genannten Bedingungen die Kapitalrentabilität erhöhen (129a).

129 Stat. Jahrbuch 1971, S. 206, eigene Berechnungen

129a Eine profitable Anlage von produktivem Kapital stößt dagegen innerhalb der industrialisierten kapitalistischen Welt (der EG, USA und Japans) zunehmend auf Schwierigkeiten,

4.3 Überakkumulation und Arbeitslosigkeit

Unsere Analyse hat gezeigt, daß sich für die BRD empirisch eine Tendenz zur Überakkumulation von Kapital aufzeigen läßt, die offensichtlich in anderen wichtigen kapitalistischen Ländern ihr Pendant findet, dort noch verstärkt durch nationale Strukturkrisen, verschlechterte Stellung auf dem Weltmarkt (Devisenprobleme etc.) und verschärfte Klassenkämpfe. Unter *Überakkumulation von Kapital* verstehen wir hier nicht nur die Ausdehnung der Produktionskapazitäten im Verhältnis zu einer im geringeren Maße gewachsenen „effektiven Nachfrage“. Vielmehr verstehen wir darunter das Phänomen, daß eine zusätzliche Kapitalanlage abnehmende Profite bringt, die Kapitalverwertung sinkt, wodurch die Neuanlage von Kapital eingeschränkt wird und somit auch die „Investitionsnachfrage“ stagniert oder sinkt, Geldkapital nicht zur produktiven Anlage verwandt wird, sondern auf den „Geld- und Kapitalmarkt“ fließt. Überakkumulation von Kapital ist daher nur die *Kehrseite* der fallenden Profitrate. Dies ist eine Umschreibung für einen Überfluß an Kapital, das nicht mehr produktiv, weil nicht mehr zu einer „angemessenen“ Profitrate, angelegt werden kann, wengleich große Konzerne weiter das Kapital aufgrund hoher Profitmassen, die sie auf sich vereinigen können, noch ausdehnen können.

Überakkumuliertes Kapital existiert in allen Kapitalformen:

- als nicht absetzbares Warenkapital (z. B. die nicht absetzbaren Autohalden in der BRD);
- als nicht ausgelastetes Produktivkapital (so sind die Kapazitäten des westdeutschen Kapitals in der zweiten Hälfte 1974 nur noch zu ca. 80 v. H. ausgelastet);
- als überschüssiges „vagabundierendes“, da nicht in produktives Kapital zurückzuverwandelndes Geldkapital (das z. B. auf dem Eurogeldmarkt als Spekulationsgeld existiert und einen permanenten Unruhefaktor auf den internationalen Geldmärkten darstellt).

Überakkumulation von Kapital schließt also die Veränderung der Reproduktionsbe-

wengleich durch die Verschiebung der Produktivitäten zwischen einzelnen Ländern durchaus noch in einzelnen Branchen der Kapitalexport sinnvoll sein wird bzw. sich erst noch entwickelt (Beispiele sind die seit einigen Jahren verstärkten Investitionen der Automobilindustrie und der Chemieindustrie in den USA und anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern). Diese Direktinvestitionen haben einen anderen Charakter als die Investitionen in Niedriglohnländern. Sie stellen keinen Versuch des Ausweichens vor hohen Löhnen dar, sondern sind der Versuch, erstens mit Produktionsstätten auf den Exportmärkten Fuß zu fassen im Falle, daß Handelshemmnisse den Warenexport einschränken, und zweitens angesichts der Ölpreissteigerungen die enorm angestiegenen Transportkosten zu verringern. Diese Kapitalexporte beruhen sozusagen auf „Gegenseitigkeit“; denn andere kapitalistische Länder müssen, um auf dem westdeutschen Markt Positionen halten und ausweiten zu können, auch ebenfalls direkt investieren. Dies ist sogar gegenüber den westdeutschen Geldkapitalexporten die – zumindest quantitativ – bedeutsamere Existenz. Denn ebenso typisch wie die permanenten Exportüberschüsse in der Handelsbilanz sind die permanenten Überschüsse von Geldkapitalimporten in der Kapitalverkehrsbilanz. Nur kann gegenüber der Globalentwicklung des Geldkapitalverkehrs die neuere Tendenz des westdeutschen Kapitals zu Geldkapitalexporten zum Zwecke der Errichtung von Produktionsstätten in „Niedriglohnländern“ nicht vernachlässigt werden.

ziehungen, ein Sinken der Nachfrage nach Produkten der Abteilung I (Produktionsmittel) ein, macht sich die Überakkumulation auch als Beschränkung der Konsumtion von Kapitalisten und Arbeitern geltend (aufgrund sinkender Profite, sinkenden Reallöhnen und Arbeitslosigkeit), wird auch die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln nachlassen, was die Nachfrageverhältnisse insgesamt wiederum berührt. Überakkumulation stellt sich somit auch als Sinken der „effektiven Nachfrage“ dar.

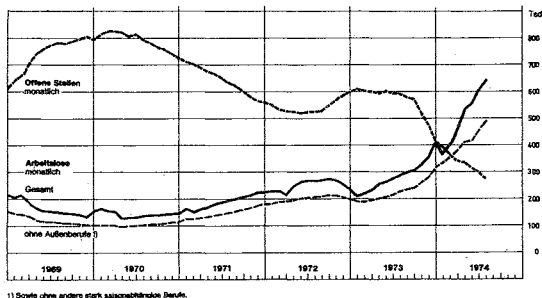
Auf der anderen Seite bedeutet dies Arbeitslosigkeit, weil die Erweiterung von Produktivkapital nicht mehr in ausreichendem Umfang erfolgt, die Kapazitäten unausgelastet sind und das Kapital auf den Geldmarkt drängt, und die Krise über die Störung des Geld- und Kreditwesens andere Bereiche erfaßt.

Legen wir diese für die BRD zutreffenden allgemeinen Zusammenhänge und die in den vorangegangenen Ausführungen dargestellten Einflüsse des Weltmarkts zugrunde, so können wir – abgesehen von der zyklischen industriellen Reservearmee – drei miteinander vermittelte Ursachen für die Herausbildung von Arbeitslosigkeit in der BRD in der aktuellen ökonomischen Entwicklung festmachen:

- (1) als Ausdruck der Überakkumulation von Kapital, sinkender Kapitalverwertung, geringerer Kapitalanlage und Produktionseinschränkung; dafür ist die durch den Abschwung im Zyklus verstärkte Arbeitslosigkeit in der Investitionsgüterindustrie (insbes. der Metallindustrie) kennzeichnend;
- (2) als sogenannte „technologische“ Arbeitslosigkeit, die in dem „arbeitsparenden technischen Fortschritt“ ihre Ursache hat, d. h. die Freisetzung von Arbeitskräften durch die Veränderung der Zusammensetzung des Kapitals, ohne daß die freigesetzten Arbeiter wieder durch die Ausdehnung der Produktion hätten absorbiert werden können
- (3) als Arbeitslosigkeit, die aus der strukturellen Krise einzelner Branchen, die wir zuvor als „arbeitsintensiv“ gekennzeichnet hatten und die besonders von der Weltmarktkonkurrenz bedroht sind, erwächst (Textil- und Bekleidungsindustrie, Schuh- und Lederwarenindustrie)

Schaubild 8

Arbeitslose und offene Stellen 1969–1974



Quelle:

Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Nr. 8 (August 1974), S. 5

Das *Ausmaß* der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit (vgl. unser Schaubild 8, das allerdings die aktuelle Zuspitzung Ende 1974 noch gar nicht ausdrückt!) ist aber wesentlich davon bestimmt, daß es dem Kapital nicht mehr möglich ist (aufgrund seiner Verwertungssituation), in einem Maße beschleunigt zu akkumulieren, daß die durch die Rationalisierungsinvestitionen und Strukturkrisen freigesetzten Arbeiter wieder in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingegliedert werden könnten. Das Niveau der Investitionen erweist sich als zu niedrig. Eine solche Annahme wird durch die bürgerliche Konjunkturforschung bestätigt, die konstatiert, daß die Nettoinvestitionen zurückgehen und verstärkt „Rationalisierungsinvestitionen“ vorgenommen werden: „Die Investitionsausgaben haben (1974, d. Verf.) wertmäßig zwar noch leicht zugenommen, doch war dies wesentlich auf die Preissteigerungen bei Investitionsgütern zurückzuführen. Dem Volumen nach gingen die *Ausrüstungsinvestitionen* im zweiten Quartal 1974 saisonbereinigt etwas zurück; sie bewegen sich damit nunmehr seit etwa 4 Jahren (!) . . . auf ein und demselben Niveau. Die Zurückhaltung der Unternehmen bei neuen Investitionen dürfte sich nicht zuletzt daraus erklären, daß die Gewinnmargen in der Wirtschaft immer stärker unter Druck geraten“ (130).

Mit der ansteigenden Arbeitslosigkeit bei anhaltender Inflation bahnt sich jedoch ein Dilemma für die staatliche Wirtschaftspolitik an: Das „Postulat der Vollbeschäftigungspolitik“ gerät mehr und mehr in Konflikt mit dem versuchten Festhalten an einer Politik der „Geldwertstabilität“, umgekehrt, selbst bei (relativ) hoher Arbeitslosigkeit sinkt die Rate der Geldentwertung nicht mehr.

4.4 Staatliche Wirtschaftspolitik im Dilemma (131)

Die staatliche Wirtschaftspolitik seit Mitte der 60er Jahre war zunächst in dem Versuch, die Krise 66/67 zu überwinden, scheinbar erfolgreich und schien jenen Kritikern marxistischer Krisentheorien recht zu geben, die von einer prinzipiellen Autonomie des spätkapitalistischen Staates gegenüber der Wirtschaft ausgingen und die Steuerungsmöglichkeit der Wirtschaft durch den Staat behaupteten. Dieser Erfolg staatlicher Regulierung der Krise 66/67 hatte aber seine materielle Ursache darin, daß in und nach der Krise sich die dem Verfall der Kapitalrentabilität entgegenwirkenden Ursachen wieder geltend machten und der Staat in seiner Politik an eben diesen entgegenwirkenden Momenten anknüpfen und diese befördern konnte, ohne daß er in diesem Zeitraum die Inflation über „deficit-spending“ zugleich anheizte. Gleichzeitig konnte es nicht die dem Akkumulationsprozeß zugrunde liegenden Tendenzen aufheben; nach wie vor steigt die Kapitalintensität in dem folgenden Zeitraum schneller als die Arbeitsproduktivität und es sinkt – nach kurzer Unterbrechung – die Kapitalproduktivität und die Kapitalrentabilität. So kommt es, daß

130 Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1974

131 Wir werden in einem weiteren Artikel versuchen, auf Basis unserer empirischen Analyse die gegenwärtigen inflationären Prozesse akkumulationstheoretisch zu untersuchen. Hier werden wir daher (entgegen unserer Vorankündigung in PROKLA 13) nicht genauer auf die Inflation und deren Erklärung eingehen.

sich diese Tendenzen in den 70er Jahren verschärft geltend machen; mit dem erneut eingetretenen Phänomen der zyklischen Überakkumulationskrise und stockender Kapitalakkumulation und Stagnation.

Dabei stellt sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren stärker als in der Krise 1966/67 hervortritt. Ist daher der Staatsapparat (aus politischen Gründen) zu „antizyklischen Interventionen“ gegen die Herausbildung der Arbeitslosigkeit gezwungen und versucht er, den in der Krise erfolgenden Prozeß der Kapitalvernichtung aufzuhalten, so treten auf der anderen Seite mehr und mehr *inflationäre Prozesse* hervor, die durch die Anwendung der Instrumente der staatlichen Politik (deficit-spending, Verbilligung der Geld- und Kreditaufnahmen, Begünstigung von Kapital-, Handels- und Konsumentenkredite) gefördert werden. Durch die Inflation wird aber die staatliche „Beschäftigungspolitik“ wieder begrenzt.

Wir können hier nicht näher auf die Ursachen der „permanenten Inflation“ eingehen, dies soll weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Wohl aber kann hier aufgezeigt werden, daß die „Gegenmittel“ der staatlichen Wirtschaftspolitik gegen die inflationäre Entwicklung, die Verteuerung der Geld- und Kreditaufnahmen, Verminderung der Staatsausgaben und weitere Beschränkung des Massenkonsums durch Lohnbegrenzung („staatliche Einkommenspolitik“) (132) nicht nur relativ wirkungslos gegen die Inflation sind, sondern zugleich auch jene Tendenzen verstärken, die zur Brachlegung von Kapital und zur Arbeitslosigkeit führen. (Abgesehen davon, daß durch die Möglichkeit der Kreditaufnahme im Ausland die staatliche Restriktionspolitik konterkariert werden kann durch die großen Einzelkapitale.)

In diesem Dilemma der staatlichen Politik wird an der Oberfläche der ökonomischen Bewegung deutlich, daß der Staat nicht autonom die Akkumulationsbewegung steuern und regulieren kann, sondern eingebunden ist in die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalreproduktion. Letztlich ist die staatliche Politik eben abhängig von den *Bedingungen der Profitproduktion und Akkumulation*. Solange noch keynesianische Illusionen vorherrschen konnten, daß durch Nachfragesteuerung die Produktion nach (politischem) Belieben angekurbelt werden könnte, schien die Annahme einer Autonomie des Staates begründet zu sein. Sobald aber die verminderte Profitrate die Möglichkeiten keynesianischer Regulierungspolitik begrenzt, gerät die staatliche Wirtschaftspolitik in Schwierigkeiten: Es „mag (nämlich) sein, daß selbst eine Rückkehr zu einem hohen Niveau der ökonomischen Aktivität keinen Erfolg haben würde, die Profitrate auf das Niveau der frühen Nachkriegsperiode zu heben . . . In diesem Fall hat die Wirtschaftspolitik, die dazu bestimmt ist, das Wachstum durch die privaten Investitionen zu fördern, eine schwierige Aufgabe vor sich . . .“ (133).

Der Staat ist also genauso in den Widersprüchen der Produktionsweise befangen wie das Kapital selbst. Seine Qualität als Krisenregulator für das Kapital ergibt

132 Vgl. dazu J. Hoffmann, W. Semmler, Kapitalreproduktion Staatseinflüsse auf den Arbeitslohn und Gewerkschaften, Referat auf dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wirtschaft in Hamburg, 1.-4. Oktober 1974, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1974 (im Erscheinen)

133 R. M. Solow, *Capital Theory and the Rate of Return*, Amsterdam (North-Holland Publishing Company) 1963, S. 93

sich daher nur daraus, daß der Staat manche Prozesse beschleunigen und abkürzen kann, sowie als politisches Machtinstrument die in der Krise sich ergebenden sozialen Konflikte, die der Existenzweise des Kapitals gefährlich werden können, zu unterdrücken vermag. Der Staat vermeidet daher die Krise nicht, sondern er treibt sie auf die Spitze, indem er die ökonomische Gewaltsamkeit ihrer Lösung (Zusammenbringen „der widerstreitenden Agentien“) mit seinen politischen Mitteln verschärft. Je nach den Möglichkeiten, die die Gesetze dem Staat verschaffen und den politischen Bindungen der den Apparat herrschenden Partei wird die politisch vermittelte Krisenbereinigung schneller und brutaler oder langwieriger verlaufen. Die zyklischen Krisen der Kapitalakkumulation kann der Staat also nicht verhindern; er kann ihre bereinigende Funktion lediglich beschleunigen und damit das Werk der Krise unterstützen.

Dem oben aufgezeigten Dilemma kann sich daher der Staat nur dadurch entziehen, indem er auf die Profitbedingungen der Kapitale einwirkt, diese verbessert. Zwar wird die *staatliche Einkommenspolitik* aus dem angeblichen Zusammenhang von Lohnsteigerungen und Preissteigerungen begründet; diese Politik der Lohnbegrenzung zielt jedoch – von der Produktionsseite her gesehen – auf die Stabilisierung von Profit und Profitrate. Nach dem „Verschleiß“ der keynesianischen Wirtschaftspolitik zeichnet sich somit unter den Bedingungen sinkender Kapitalrentabilität eine „Rückorientierung“ zu neo-klassischen Instrumenten der Wirtschaftspolitik ab, nämlich der Lohnbegrenzung, des Drucks auf die Gewerkschaften, auf spontane Lohnstreiks etc. Gleichzeitig wird eine gewisse Rate der Unterbeschäftigung hingenommen, die in „klassischer“ Weise die Lohnentwicklung eindämmen soll: Eine „natürliche Rate der Arbeitslosigkeit“ wird als Ausweg aus der Krise der Kapitalverwertung propagiert, während die Einkommenspolitik in diesem Zusammenhang nur noch „flankierende“ Funktion hat, den zur Rückgewinnung der Stabilität „unumgänglichen“ Beschäftigungsrückgang in Grenzen zu halten (134).

134 Vgl. Hoffmann, Semmler, a. a. O. und die dort zitierte Literatur

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Nr. 1:
WIDERSPRÜCHE UND FUNKTION DER
THEORIE VON BETTELHEIM
144 S., DM 5.-

Aus dem Inhalt:

- Nair, Bettelheims Umwälzung der Wissenschaft
- Dallemagne, Bettelheim oder die Identität der Gegensätze
- Jakobic, Kulturrevolution und Kritik des Ökonomismus
- Mandel, Nochmals zur Frage des Charakters der Sowjetunion

Nr. 2:
IMPERIALISMUS UND UNTERENT-
WICKLUNG
128 S., DM 5.-

Aus dem Inhalt:

- Mandel, Imperialismus und 'nationale Bourgeoisie' in Lateinamerika
- Mires, Kurze Geschichte des Populismus
- Laclau, Feudalismus und Kapitalismus in Lateinamerika
- u.a.

Nr. 3/4:
REFORM UND REVOLUTION IN PORTUGAL
180 S., DM 9.-

Aus dem Inhalt:

- Blackburn, Wohin treibt Portugal
- Chronik der laufenden Ereignisse bis April 75
- Hardy, Portugal: Anatomie der neuen Militärmacht
- Die Ökonomie des Mangels – Motor und Schranke der portugiesischen Revolution
- u.a.



Nr. 5:
PORTUGAL - GRENZEN DER REVOLUTION?
100 S., DM 6.-

Aus dem Inhalt:

- Münster, Der 25.11. und seine Folgen
- Krabbe, Entwicklungstendenzen der portugiesischen Industrie
- Collin, Revolution und Konterrevolution in der portugiesischen Landwirtschaft
- Krabbe, Die Produktionsverhältnisse der portugiesischen Landwirtschaft
- Münster, Die Entwicklung der Basisaktivitäten seit dem 25.4.1974

Nr. 6:
TROTZKI, LUXEMBURG UND LUKACS –
EINE REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE
ZUM LENINISMUS?

Aus dem Inhalt:

- Geras, Das Konzept der politischen Massenbeteiligung bei Trotzki
- Wolter, Weder Bolschewismus noch Menschewismus – Trotzki's Stellung in der russischen Sozialdemokratie
- Haller/Wolter, Rezensionen von neueren Trotzki-Interpretationen (Projekt Klassenanalyse, Münster, Rabehl, Mandel)
- Krabbe, R. Luxemburg – eine revolutionäre Sozialdemokratin in Deutschland
- Mandel, R. Luxemburgs Stellung in der deutschen Sozialdemokratie
- Dutschke, Über Lukacs. Eine Buchrezension
- Milliband, Die sowjetische Erfahrung – Eine Kritik an Bettelheims Buch über die Klassenkämpfe in der SU 1917 bis 1923

Einzelheft DM 6.-, Doppelheft DM 9.-,
Abo 4 Nrn. incl. Porto DM 21.-